

# Von Zapatero lernen

von JOHAN GALTUNG

Es ist unabdingbar, ungelöste Konflikte gründlich zu analysieren, mitsamt den Widersprüchen, die ihnen zugrunde liegen, und den kulturellen und strukturellen Bedingungen, in die sie eingebettet sind. Noch besser ist es jedoch, sie so zu transformieren, dass die beteiligten Parteien sie gewaltfrei und mit kreativem Einfühlungsvermögen austragen können.

Im Folgenden will ich einige ungelöste Konflikte kurz darstellen und Lösungsperspektiven andeuten, die das Gewaltpotenzial reduzieren können, statt den »Feind« abzuschrecken oder umzubringen. Die ersten sechs Beispiele betreffen strukturelle, globale Bruchlinien, die von grundlegender Bedeutung sind, weil sie alle anderen Konflikte beeinflussen. Es folgen drei Beispiele von dauerhaft ungelösten Regionalkonflikten.

- Ökonomische Bruchlinie – die Klassenfrage im globalen Maßstab: Im Prozess der Globalisierung durchdringt das Kapital die einzelnen Gesellschaften wie die Weltgesellschaft, mit der Folge, dass die soziale Schere national wie global immer weiter auseinander klafft. Dieser Konflikt zwischen Reichen und Armen ist am ehesten zu lösen, wenn sich parallel alternative Wirtschaftsmodelle entwickeln können, einschließlich solcher, die ganz ohne Geld auskommen.

- Militärische Bruchlinie – »Staatsterrorismus« gegen »Terrorismus«: Hier handelt es sich um eine immer umfassendere und schärfere Konfrontation zwischen Terrorstaaten, die mit militärischen Mitteln Zivilisten umbringen, und zivilen Terroristen, die Militärangehörige und Zivilisten umbringen. Solche Konflikte haben in der Regel historische Ursachen und artikulieren sich häufig religiös. Zur Lösung kann eine historische Aufarbeitung und ein umfassender Dialog der Kulturen beitragen, aber auch eine internationale Entspannungsinitiative nach dem Vorbild des Helsinki-Prozesses, der zur Überwindung des Ost-West-Konflikts beigetragen hat.

- Nationale Bruchlinie – 2.000 Völker, 200 Staaten, aber nur 20 homogene Nationalstaaten. Hier handelt es sich um Konflikte zwischen dominanten Kulturnationen und solchen, die sich auf dem Rückzug befinden oder bedroht fühlen. Die Lösung kann in Modellen von Föderativstaaten oder Staatenkonföderationen gesucht werden bzw. in einer allgemeinen Regionalisierung der staatlichen Willensbildung, am besten noch überwölbt durch ein »weltbürgerliches« Bewusstsein.

- Kulturelle Bruchlinie – Christentum gegen Islam: In beiden Religionen gibt es Fundamentalisten, die sich im Besitz der Wahrheit wähnen. Die Lösungsperspektive liegt in einem Dialog der Religionen, der mit Respekt und Neugier geführt wird. Die gegenseitige Achtung ist dabei durch säkulare Verfassungsgrundsätze und umfassende Menschenrechte sicherzustellen.

- Gender-Bruchlinie – Männer gegen Frauen: Frauen werden weltweit zu Opfern von Gewalt, erstens von unmittelbarer Gewalt durch selektive Abtreibung, Kindermord an Mädchen und Sexualverbrechen; zweitens von struktureller Gewalt in Form von Missachtung und Diskriminierung; drittens von kultureller Gewalt, die aus der patriarchalischen Annahme einer »naturgegebenen« Überlegenheit des Mannes resultiert. Die Lösung dieses Konflikts erfordert umfassende Reformen im Erziehungs- und Bildungswesen, die konsequente Durchsetzung der Gleichberechtigung als fundamentalem Menschenrecht und eine »Feminisierung« der Gesellschaft.

- Imperiale Bruchlinie – US-Imperium gegen den Großteil der übrigen Welt. Die Konfliktlinie verläuft zwischen dem globalen Hegemon und der übrigen Welt. Eine Lösung erfordert massiven Widerstand außerhalb wie innerhalb der USA (Arme, nichtweiße Immigranten, Frauen) und einen Lernprozess, in dem die politische Klasse der USA entdeckt, dass ökonomische Fairness, militärische Zurückhaltung, Anerkennung des Völkerrechts und kultureller Dialog letzten Endes auch für sie selbst von Vorteil sind.

Als Beispiele für regionale Konflikte seien hier die aktuell schwierigsten und bedrohlichsten genannt, die in ihrer Gesamtheit das Nahostproblem ausmachen:

- Israel-Palästina – Der Konflikt entspringt aus dem historischen Faktum einer Art von Besiedlungskolonialismus, der sich auf eine gewisse historische Legitimität berufen kann (im Gegensatz zu historischen Siedlungskolonien wie USA und Australien). Eine Lösung wäre langfristig die Bildung einer Nahost-Gemeinschaft (analog zur heutigen EU) aus sechs Staaten, die Israel und die angrenzenden Staaten umfasst, einschließlich eines voll unabhängigen und anerkannten Palästina. Innerhalb dieser Gemeinschaft müsste uneingeschränkte Bewegungsfreiheit für Personen, Güter und Dienstleistungen, nicht aber für Ansiedlung und für Investitionen gelten.

- USA/Großbritannien-Irak – Der Konflikt ist das Resultat eines autokratischen Herrschaftssystems, internationaler Sanktionen und eines völkerrechtswidrigen Angriffs. Die Elemente einer Lösung wären: Rückzug der Aggressoren, Bildung einer irakischen Konföderation, offene Grenzen zu anderen von Kurden und Schiiten bzw. Arabern bewohnten Regionen, eine offizielle Entschuldigung der USA und Großbritanniens und Entschädigungszahlungen, schließlich eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren Osten (KSZME), analog zur KSZE in Europa.

- USA/EU-Iran – Hinter der Diskussion über das Atomprogramm des Iran verbergen sich andere und allgemeinere Konflikte und Probleme: der Kampf um den Einfluss im gesamten Nahen und Mittleren Osten, die Pläne zu einem »Regimewechsel« sowie die Konkurrenz zwischen Euro und

# 4

Kapitel

Dollar. Auch der historische Hintergrund des Putsches von 1953, mit dem die CIA und das britische MI6 die Regierung Mossadegh beseitigt und die 25-jährige Diktatur des Schahs ermöglicht haben, spielt im kollektiven Gedächtnis eine wichtige Rolle. Schritte in Richtung einer Lösung wären deshalb die historische Aufarbeitung des Putsches von 1953 und eine Entschuldigung der Verantwortlichen, vor allem aber Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone im Mittleren Osten.

## Die ungelösten Konflikte

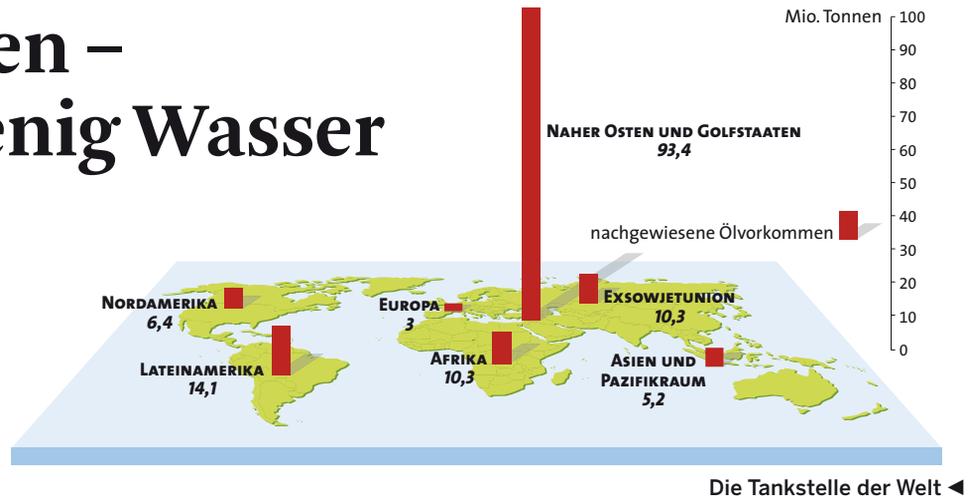
Am Beispiel Spaniens lässt sich zeigen, wie sich der Westen sinnvoll in Bezug auf den vielschichtigen Konflikt verhalten kann, der gemeinhin als »Terrorismus« bezeichnet wird. Ministerpräsident Jose Luis Zapatero hat auf die brutalen Attentate vom 11. März 2004 in Madrid ganz anders reagiert als etwa George W. Bush nach dem 11. September 2001 oder Tony Blair nach dem 7. Juli 2005. Er hat erstens nahezu 400.000 illegalen marokkanischen Immigranten, die eine Beschäftigung nachweisen konnten, einen legalen Status gegeben. Er hat zweitens, wie angekündigt, inzwischen die spanischen Truppen aus dem Irak abgezogen. Er hat drittens einen Dialog mit dem König von Marokko begonnen, bei dem zweifellos auch die beiden spanischen Enklaven Ceuta und Melilla zur Debatte stehen. Und er hat viertens die Initiative zu einer »Allianz der Kulturen« ergriffen, in deren Rahmen unter Schirmherrschaft der UN u. a. eine Diskussion mit dem türkischen Regierungschef in Madrid stattgefunden hat.

Zapatero hätte sicher noch mehr tun können, wie etwa seine Vermittlerdienste für den Irak und für den Konflikt um Palästina/Israel anbieten oder den spanischen Kolonialismus auf marokkanischem Boden thematisieren. Doch anders als Bush und Blair mit ihrer Fixierung auf den »Krieg gegen den Terrorismus« hat er erreicht, dass Angriffe auf das spanische Territorium sehr viel unwahrscheinlicher geworden sind, während das Vorgehen der USA und Großbritanniens nur noch mehr Traumata und ungelöste Konflikte hervorbringen wird. Zapatero ist das leuchtende Vorbild, an dem sich möglichst viele orientieren sollten.

- **Johan Galtung**, norwegischer Politikwissenschaftler und Konfliktforscher, wirkte in über 40 Konflikten weltweit als Vermittler, Gründer des Internationalen Friedensforschungsinstituts in Oslo, Leiter der NGO Transcend, die Konflikt diagnose und -prognose mit konkreten Lösungsvorschlägen verbindet.

# Der Nahe Osten – viel Öl und wenig Wasser

*Trotz aller politischen und militärischen Turbulenzen bleibt der Nahe Osten mit seinem enormen Ölreichtum eine Schlüsselregion für die Weltenergieversorgung. Das große Problem, auf das die Region unweigerlich zusteuert, ist jedoch die Wasserfrage. Wenn die vorhandenen Ressourcen nicht mehr ausreichen, um die Bedürfnisse der Menschen zu decken, drohen erbitterte Verteilungskonflikte.*



Auf der Welt-Energiekarte ist der Nahe Osten nach wie vor eine ganz entscheidende Region. Denn seine Öl- und Erdgasvorkommen sind immens und vor allem leicht zu erschließen – jedenfalls bis vor kurzem. Aufgrund der aktuellen Fördermengen und der riesigen Reserven sind die Monarchien der Golfregion, der Irak und der Iran heute die wichtigsten

Akteure auf dem Rohölmarkt. Saudi-Arabien allein wird ein Viertel der gesicherten Vorkommen dieser Erde (263 Milliarden Barrel) zugeschrieben, an zweiter Stelle liegt der Irak (113 Milliarden), es folgen die Vereinigten Arabischen Emirate (98 Milliarden), Kuwait (97 Milliarden) und der Iran (93 Milliarden). Insgesamt lagern fast zwei Drittel der bekannten Ölreserven im Boden dieser fünf Länder.

Für die nähere Zukunft gibt es in der Rechnung allerdings eine unbekannt große Größe. Kein Mensch weiß, ob der Irak wieder seine alte Rolle für die globale Ölversorgung spielen wird. Seit dem Sturz des Saddam-Regimes im April 2003 ist die Förderung sehr unregelmäßig und erreicht im Durchschnitt lediglich 1,8 Millionen Barrel pro Tag. Diese Fördermenge liegt weit unter den von der neuen irakischen Regierung angestrebten 4 bis sogar

## ► Großer Durst in einer trockenen Region



6 Millionen Barrel pro Tag. Die Aufständischen verüben immer wieder Anschläge und Sabotageakte gegen die Pipelines. Angesichts derart chaotischer Zustände zeigen die internationalen Ölkonzerne keine große Bereitschaft, ihr Geld im Irak zu investieren.

Im Bereich der Erdgasförderung sind im Nahen Osten zahlreiche neue Projekte geplant oder im Bau. Die Anrainerstaaten des Persischen bzw. Arabischen Golfs verfügen über 40 Prozent der nachgewiesenen Welterdgasreserven und haben die Produktion in den letzten Jahren zügig hochgefahren. Das gilt insbesondere für Katar, das inzwischen der drittgrößte Erdgaslieferant nach Russland und dem Iran ist.

Der entscheidende Entwicklungsfaktor für alle diese Länder bleibt jedoch das Wasser. Obwohl mehrere Flüsse den Nahen Osten durchfließen, ist die Region semiarid bzw. arid, also eine mehr oder minder wüstenhafte Zone. Während die Wasservorräte dauerhaft begrenzt sind, steigt der Verbrauch seit zwanzig Jahren sehr stark an. Das liegt einerseits an der Verstärkung – 1970 hatte die Region zwei Millionenstädte, 2002 waren es bereits fünfzehn –, andererseits an der Zunahme der bewässerten Flächen, die mehr als drei Viertel des Wasserverbrauchs beanspruchen.

In mehreren Ländern der Region herrscht bereits Wassermangel, wenn man einen Wasserverbrauch von 1.000 Kubikmetern pro Kopf und Jahr als Minimum ansetzt. In einigen Ländern stehen nicht einmal 500 Kubikmeter pro Kopf und Jahr zur Verfügung. Die Golfstaaten konnten jedoch mithilfe ihrer Petrodollar-Einnahmen auf das teure Verfahren der Meerwasserentsalzung zurückgreifen. Damit gewinnen sie große Mengen an Trinkwasser, die zum Beispiel in Kuwait den Bedarf fast zu 100 Prozent decken.

In anderen Ländern nehmen die Spannungen im Hinblick auf das kostbare Nass deutlich zu. Das gilt etwa für Israel, Palästina und Jordanien, die um das Jordanwasser und dieselben unterirdischen Wasservorkommen konkurrieren. Jordanien und Israel haben zusammen ein Wasserdefizit von fast 300 Millionen Kubikmetern pro Jahr. Im Gaza-Streifen liegt das Defizit bei 80 Millionen Kubikmetern, was unter anderem auf die Überbevölkerung und bis August 2005 auch auf den Grundwasserverbrauch der jüdischen Siedler zurückzuführen ist. Vor ihrem Abzug aus dem Gaza-Streifen zapften die Is-



Pipelines und Militärbasen ◀

raelis im Grenzgebiet mit einer Reihe von Bohrungen die unterirdischen Wasseradern an, die vom Westjordanland herkommen und das Grundwasser des Küstenstreifens auffüllen.

Um ihren Bedarf zu decken, verfolgen einige Länder ehrgeizige Pläne zur Nutzung ihrer Wasserressourcen. Ägypten hat westlich des Nils das Projekt namens »Neues Tal« in Angriff genommen, mit dem die Anbaufläche von gegenwärtig 6 Prozent der Gesamtfläche des Landes auf 25 Prozent erhöht werden soll. In Jordanien setzt die Regierung auf zwei strategische Infrastrukturprojekte, um den Wassermangel zu überwinden. Das eine ist der Wehda-Staudamm (»Staudamm der Einheit«) am Grenzfluss Yarmuk, der in Kooperation mit Syrien gebaut wird und fast fertig ist. Wichtiger noch ist die Erschließung des unterirdischen Disi-Wasserreservoirs an der Grenze zu Saudi-Arabien.

Das ehrgeizigste Vorhaben im gesamten Vorderen Orient ist jedoch das Südost-

anatolien-Projekt (Güneydogu Anadolu Projesi, Great Anatolian Project, GAP) im Südosten der Türkei. Mit seinen insgesamt 22 Staudämmen soll es für die Bewässerung von 1,7 Millionen Hektar Ackerfläche sorgen und außerdem Elektrizität liefern. Die Mitte der 1980er-Jahre begonnenen Bauprojekte sollen in knapp 30 Jahren abgeschlossen sein und mindestens 30 Milliarden Dollar kosten. Die Infrastruktur für das Gesamtprojekt ist bereits zu mehr als der Hälfte fertig gestellt und hat wegen der Wasserregulierungen bereits zu heftigen Spannungen mit Syrien geführt.

#### WWW

Institute on Global Conflict and Cooperation der University of California

• [www.igcc.ucsd.edu/regions/middle\\_east/middle\\_east.php](http://www.igcc.ucsd.edu/regions/middle_east/middle_east.php)

Friends of the Earth Middle East

• [www.foeme.org](http://www.foeme.org)

The Palestinian Environmental NGOs Network

• [www.pengon.org](http://www.pengon.org)

Middle East Water Information Network (University of Pennsylvania)

• [www.water1.geol.upenn.edu/index.html](http://www.water1.geol.upenn.edu/index.html)

# Palästina – ein schrumpfendes Land

*In den letzten 60 Jahren hat es die internationale Gemeinschaft nicht geschafft, den Palästinensern zu ihrem Recht auf einen eigenen Staat zu verhelfen. Die einseitige Grenzziehung, die die israelische Regierung plant, bedeutet, dass – gemessen am UN-Teilungsplan von 1947 – ein Zwergstaat mit hoffnungslos zersplittertem Territorium entsteht.*

Am 29. November 1947 stimmte die UNO-Vollversammlung in New York über den Teilungsplan für das ehemals britische Mandatsgebiet Palästina ab. Beschlossen wurde damals die Bildung eines jüdischen Staates (56 Prozent des Mandatsgebiets) und eines arabischen Staates (44 Prozent). Das Territorium von Jerusalem war nicht mitgerechnet, da es unter internationale Aufsicht fallen sollte. Doch nachdem die Waffen gesprochen hatten, sahen die Dinge anders aus: Der Staat Israel war um ein Drittel größer als vorgesehen, während das übrige Gebiet zwischen Ägypten (Gaza-Streifen) und Jordanien (Westjordanland) aufgeteilt wurde. Etwa 800.000 Palästinenser, von denen viele mit Waffengewalt vertrieben wurden, mussten ihre Häuser und Felder zurücklassen.

Zwanzig Jahre und zwei Kriege später eroberte Israel im Juni 1967 das Westjordanland und den Gaza-Streifen. Die Besetzung wurde ergänzt durch eine Besiedlungspolitik, die stärker wurde, als in Israel die Rechte an die Macht kam. Während es 1977 erst 5.000 Siedler gab, waren es 1992, dem Jahr des Wahlsiegs von Jitzhak Rabin und seiner Arbeitspartei, bereits 120.000 (ohne Ostjerusalem); bis 2002 verdoppelte sich diese Zahl nochmals auf 240.000.

In der Zwischenzeit hatte allerdings die Ende 1987 begonnene erste Aufstandsbewegung, die Intifada, gezeigt, dass der Status quo nicht haltbar war. Nachdem Jordanien seine Ansprüche auf das Westjordanland aufgegeben hatte, beschloss die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) im Dezember 1988, ihren eige-

nen Staat auszurufen und den Staat Israel anzuerkennen. Der Weg war frei für Verhandlungen, die nach dem Golfkrieg zu den 1993 unterschriebenen Oslo-Abkommen führten.

Damit schien eine Lösung in Reichweite. PLO-Chef Jassir Arafat wurde nach seiner Rückkehr aus Oslo zum Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde gewählt. Doch der Mordanschlag auf Rabin am 4. November 1995 bedeutete für die palästinensische Autonomie den Todesstoß. Die Nachfolger Rabins, die Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu (1996–1999) und Ehud Barak (1999–2000), weigerten sich, sämtliche besetzten Territorien zurückzugeben.

Die Lage verschärfte sich mit dem Scheitern des Gipfels von Camp David im Juli 2000. Israel bestand darauf, auch über die 22 Prozent des palästinensischen Territoriums neu zu verhandeln, mit denen sich die PLO zufrieden gegeben hatte. Es wollte nur 90 Prozent des Westjordanlandes zurückgeben und weigerte sich zudem, die Souveränität über Jerusalem zu teilen und ein Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge anzuerkennen. Mit seinem provozierenden Auftritt auf dem Gelände der Al-Aksa-Moschee legte dann Ariel Scharon im Juli 2000 die Lunte an das Pulverfass – die zweite Intifada begann.

Der ehemalige General, der Anfang 2001 zum Premierminister gewählt wurde, ging davon aus, dass der »Krieg von 1948 noch nicht zu Ende« sei. Im Frühjahr 2001 nahm er die eklatante Zunahme von Selbstmordattentaten zum Anlass, das Westjordanland militärisch zurückzuerobern. Doch was dann folgte – der Hausarrest für Arafat, die Zerstörung der palästinensischen Infrastruktur und der Bau der Sperranlagen im Westjordanland – schockierte die Welt. 2004 verfügte der Internationale Gerichtshof in Den Haag den Abriss der für illegal erklärten Mauer. Auch die UN-Vollversammlung machte sich dieses Urteil zu Eigen. Und das so genannte Nahostquartett (UNO, USA, EU und Russland) forderte die israelische Regierung auf, die in seiner »Roadmap« formulierten Bedingungen zu erfüllen.

In dieser Situation kündigte Scharon seine »Friedensgeste« an. Die Logik der Räumung des Gaza-Streifens hat Scha-

rons Berater Dov Weisglass so dargestellt: »Der Plan eines Abzugs zielt auf das Einfrieren des Friedensprozesses. Wenn Sie den Friedensprozess einfrieren, verhindern Sie die Schaffung eines Palästinenserstaates und die Diskussion über die Flüchtlinge, die Grenzen und Jerusalem.« Israel gebe das eine Territorium nur auf, um das andere Territorium noch fester in den Griff zu bekommen. Diese Politik der vollendeten Tatsachen macht das künftige palästinensische Gebilde zu einem Schrumpfland aus vier Enklaven, die sich lediglich über die Hälfte des Westjordanlandes und den Gaza-Streifen erstrecken. Der Rest wird von Israel annektiert.

Die »internationale Gemeinschaft« hat offenbar, als sei sie durch den spektakulär inszenierten Abzug der Siedler aus dem Gaza-Streifen hypnotisiert, alle völkerrechtlichen Grundsätze vergessen. Das Nahostquartett hat aufgehört, die Einhaltung der »Roadmap« anzumahnen. Washington gibt für die Annexion von kompakten Siedlungsblocks grünes Licht, während die Europäische Union sogar so weit geht, ihren eigenen Bericht über die Annexion von Ostjerusalem zu unterschlagen.

Von den 44 Prozent des historischen Palästina, die man der arabischen Bevölkerung 1947 versprochen hat, werden ihnen 2007 womöglich nur einige »Bantustans« bleiben: von israelischen Siedlungen und Militärbasen umschlossene Miniterritorien, die nicht einmal 10 Prozent des einstigen britischen Mandatsgebiets ausmachen. Und das Ganze ohne die Hauptstadt Ostjerusalem und ohne eine Lösung des Flüchtlingsproblems.

## WWW

Englische Ausgabe der israelischen Tageszeitung »Haaretz«

• [www.haaretz.com](http://www.haaretz.com)

Israelisches Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten

• [www.btselem.org/English](http://www.btselem.org/English)

Jaffee Center for Strategic Studies (mit Links)

• [www.tau.ac.il/jcss](http://www.tau.ac.il/jcss)

Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (mit Links)

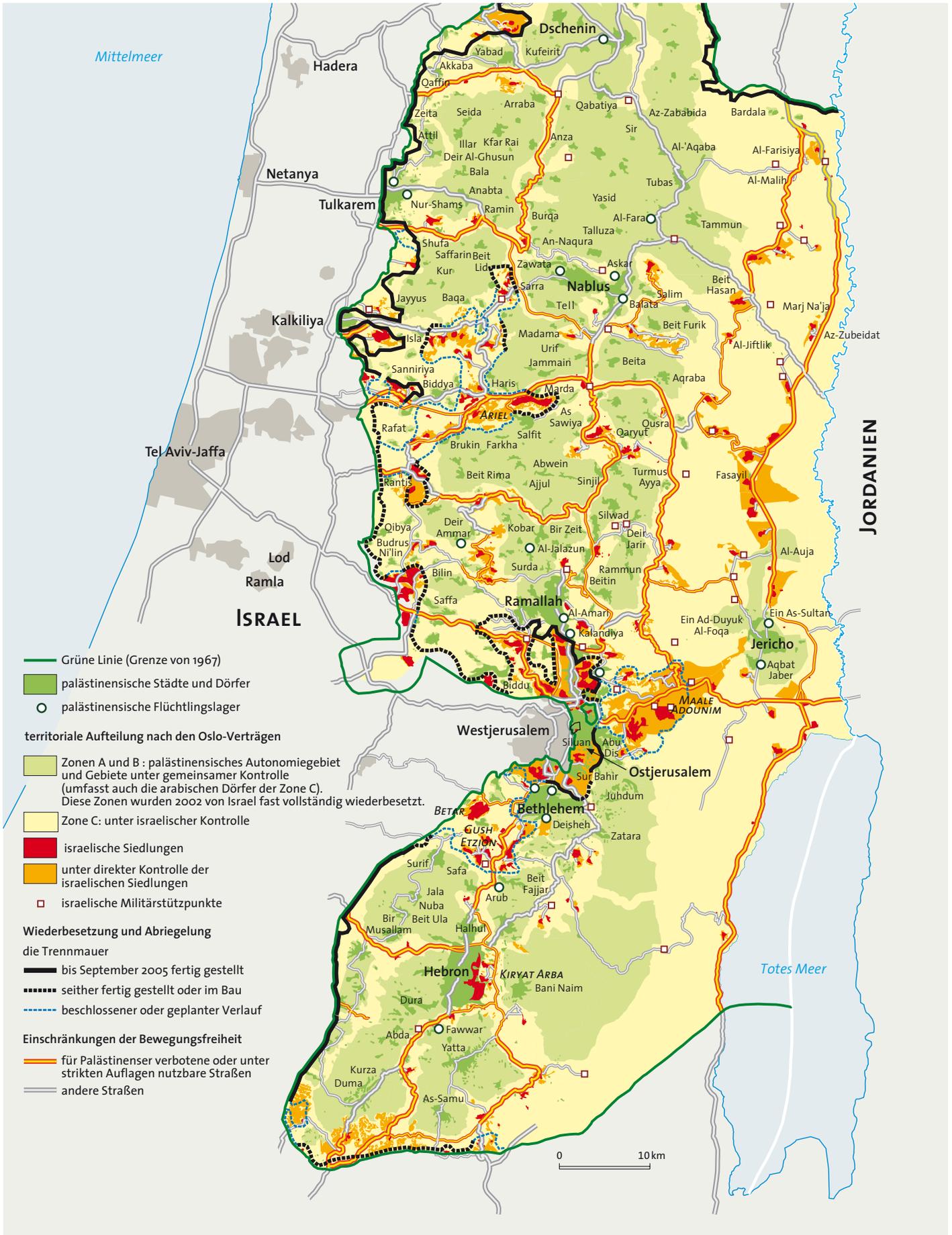
• [www.passia.org](http://www.passia.org)

Palestinian NGO Network

• [www.pngo.net/pngo.htm](http://www.pngo.net/pngo.htm)

Palestinian Centre for Human Rights

• [www.pchrgaza.org](http://www.pchrgaza.org)



# Irak: von der Diktatur zur Besatzung

*Der Golfkrieg von 1991 war der erste große internationale Konflikt nach dem Ende des Kalten Krieges, der mit militärischen Mitteln gelöst wurde. Obwohl »Desert Storm« unter dem Mandat der Vereinten Nationen stand, war damit ein Präzedenzfall geschaffen, der die Bush-Administration zu ihrer Doktrin eines Präventivschlags gegen so genannte Schurkenstaaten ermutigte.*

Der Krieg gegen den Irak war schon im Sommer 1990 absehbar, als Präsident Saddam Hussein seine Invasion in Kuwait startete. Als Antwort verhängten die UN ein Embargo gegen den Irak und forderten Bagdad auf, die Souveränität des Emirats wiederherzustellen. Die USA entsandten Truppen nach Saudi-Arabien und bauten eine multinationale Streitmacht auf, die am 17. Januar 1991 die Kriegshandlungen eröffnete.

Mit der Unterzeichnung eines Waffenstillstandsvertrags am 3. März endete dieser Irakfeldzug, der auf Seiten der Koalition 466 und auf irakischer Seite zwischen 50.000 und 150.000 (militärische und zivile) Menschenleben gekostet hat. Die UNO legte den Verlauf der irakisch-kuwaitischen Grenze neu fest, untersagte dem Irak den Besitz und die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und setzte eine Kontrollkommission ein, die das Entsorgen dieser Waffen überwachen sollte. Um Repressalien gegen den aufständischen Norden des Landes zu verhindern, richteten die USA eine Flugverbotszone ein, die dem irakischen Kurdistan zu einer faktischen Autonomie verhalf (siehe Seite 124). Ende August 1992 wurde eine ähnliche Verbotzone für den schiitischen Süden beschlossen, die aber keine vergleichbaren Folgen hatte. Diese territoriale Aufspaltung des Irak auf der Basis der Religionszugehörigkeit hat die Entwicklungen nach dem Sturz Saddams maßgeblich vorgeprägt.

Als Antwort auf die Verweigerungspolitik Saddam Husseins ordneten die USA immer wieder neue Luftschläge gegen

irakische Stellungen an. Dennoch erfolgten ab 1995 die ersten Abrüstungsschritte, zunächst im nuklearen und dann im biologischen Bereich. Im Mai 1996 wurde von den UN die Resolution »Öl für Lebensmittel« verabschiedet, die dem Irak den Verkauf von Öl erlaubte, um mit den Exporterlösen Lebensmittel und Medikamente zu kaufen. Als sich Bagdad im August 1998 gegen einige Inspektionen sperrte, begannen die USA und Großbritannien ihre Operation »Wüstenfuchs«, die das irakische Militärpotenzial zerstören sollte. Obwohl die Luftschläge jetzt zur Routine wurden, schreckte Washington vor einem Regimewechsel zurück, da die einzige Alternative eine Herrschaft der Schiiten gewesen wäre. Die Entscheidung für einen Regimewechsel erfolgte dann aber mit dem Krieg vom Frühjahr 2003.

Der erste Golfkrieg hatte den USA erstmals seit dem Ende des Kalten Krieges die Gelegenheit geboten, ihre neue Doktrin von den »Schurkenstaaten« (*rogue states*) zu testen. Doch die UNO behielt bei der internationalen Koordination zunächst die Schlüsselrolle. Die UN-Sanktionen konnten den Aufbau eines irakischen Atomwaffenpotenzials verhindern, erwiesen sich aber als untaugliches Instrument, um das Regime zu Fall zu bringen. Während die Sanktionen den irakischen Staat schwächten und die Zivilbevölkerung bestrafte, tüftelten die neokonservativen Kreise in den USA bereits an ihrer Theorie einer Demokratisierungsoffensive mittels »Präventivkriegen«. Zehn Jahre später sollte sie sich im Plan eines neu geordneten »Greater Middle East« niederschlagen.

Der Golfkrieg von 1991 machte die USA zur dominierenden Macht in einer internationalen Landschaft, die sich nach dem Fall der Berliner Mauer in tief greifendem Umbruch befand. Ägypten, Syrien, einige Mitgliedstaaten des Golf-Kooperationsrats und Marokko schlossen sich dem Militärbündnis an. Die Palästinenser wiederum verspielten jeden Kredit in der öffentlichen Meinung in den USA und in den Golfstaaten, weil sie sich auf die Seite Bagdads schlugen, das eine »umfassende Lösung« für »alle gegenwärtigen und künftigen Besatzungsprobleme in der Region« verkündet hatte.

Diese Verquickung mit dem ungelösten Palästinenserproblem wurde noch weiter verstärkt durch das Blutbad, das 1990 auf dem Platz vor der Al-Aksa-Moschee von der israelischen Polizei angerichtet wurde und 21 Menschenleben kostete. Das Vorgehen der Israelis wurde von den UN nur halbherzig verurteilt. In den arabischen Ländern sah man dies als eindeutigen Beleg dafür, dass im Westen mit zweierlei Maß gemessen wurde, womit das tief sitzende Gefühl, dass der eigenen Seite Unrecht geschieht, erneut bestätigt wurde.

Der Golfkrieg hat auch der Theorie vom »clash of civilisations« neue Nahrung gegeben, die 1993 von dem US-amerikanischen Politologen Samuel Huntington wiederbelebt wurde. Auch Saddam Hussein begann, auf der Klaviatur der arabischen Ressentiments zu spielen, die durch das den Palästinenser zugefügte Unrecht verstärkt wurden. Dabei bediente er sich einer islamischen Rhetorik, die eine panarabische Identität wiederbeleben sollte. Auch die »afghanischen« Dschihadisten, die nach dem Zusammenbruch der UdSSR abgerüstet hatten, erhielten durch den Golfkrieg wieder einen Feind: die gottlosen USA, deren Truppen in ihren Augen den heiligen Boden der arabischen Halbinsel entweihten. Das führte am Ende dazu, dass sie das gesamte christliche Abendland ins Visier nahmen.

Die inhaltsleere Kriegsberichterstattung der arabischen Medien gab Anlass zu massiver grundsätzlicher Kritik. Durch neue Kommunikationsmittel wie das Satellitenfernsehen hat dieser Krieg auch eine Modernisierung der arabischen Medienlandschaft angestoßen. Das bekannteste Beispiel ist der in Katar beheimatete Sender al-Dschasira, der dazu beiträgt, die arabische Welt mit eigenen aktuellen Bildern zu überfluten.

## WWW

### Historische Dokumentation

#### »The Saddam Hussein Sourcebook«

• [www.gwu.edu/~nsarchiv/special/iraq](http://www.gwu.edu/~nsarchiv/special/iraq)

#### Reiche Materialsammlung: Iraq Research and Documentation Project (IRDP)

• [www.iraqfoundation-org/projects/irdp/irdpindex.html](http://www.iraqfoundation-org/projects/irdp/irdpindex.html)

• [www.zmag.org/CrisesCurEvts/Iraq/IraqCrisis.cfm](http://www.zmag.org/CrisesCurEvts/Iraq/IraqCrisis.cfm)

#### Material der International Crisis Group

• [www.crisisgroup.org](http://www.crisisgroup.org)

-  Grenzen des Osmanischen Reichs 1914
  - territoriale Regelungen nach dem Sykes-Picot-Abkommen (1916)
    -  internationale Zone unter dem gemeinsamen Protektorat von Frankreich, Russland und Großbritannien
    -  französische Einflusszone
    -  britische Einflusszone
    -  Protektorat
    -  direkte Kontrolle
  -  britische Besetzung oder britisches Protektorat
  -  britische Einflusszone
  -  Russisches Reich
  -  russische Einflusszone
  -  italienische Besitzungen
  -  Besetzung durch griechische Truppen (1919–1922)
  -  Gebiete unter der Herrschaft von Abdalasis Ibn Saud vor 1925 und die wichtigsten seiner Eroberungen
- (1899) Jahr der Besetzung oder Eroberung bzw. Beginn des Protektorats

siehe auch Karten auf Seite 124/125



Bis zum Ersten Weltkrieg ◀

Nach dem Ersten Weltkrieg ▶

-  Völkerbundmandate:
    - 1920 Libanon, Syrien und Irak
    - 1922 Palästina ( das »Emirat Transjordanien« bleibt britisches Mandatsgebiet)
  - Mandatsmächte:
    -  Frankreich
    -  Großbritannien
  -  britische Besetzungen oder Protektorate
  -  Sowjetunion
  -  italienische Besitzungen
  -  das Königreich von Abdalasis Ibn Saud 1932, nach den Gebietseroberungen im Osten und im Süden
  -  neutrale Zonen
- (1899) Unabhängigkeitsjahr
-  Territorium der Türkei
  -  durch den Vertrag von Lausanne (1923) als türkisches Territorium bestätigt



# Irak: das Desaster der USA

*Das Regime von Saddam Hussein wurde 2003 innerhalb von knapp vier Wochen durch die »Allianz der Willigen« beseitigt. Doch daraus entstand nicht der demokratische und stabile Irak, den die Bush-Administration sich und der Welt versprochen hatte. Die USA stehen vor einem doppelten Problem: Der Guerillakampf gegen die Besatzung ist nicht zu ersticken. Und die Spannungen zwischen den ethnischen und religiösen Gemeinschaften nehmen zu.*

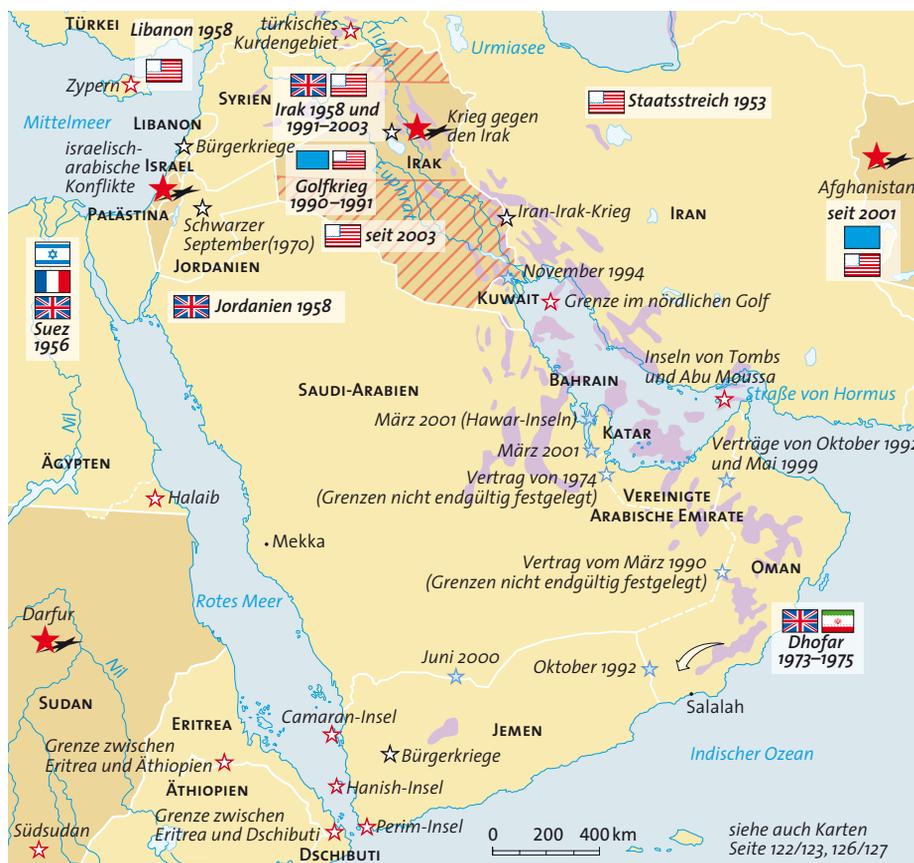
Das US-Militär war nach der Besetzung des Irak auf einen lang anhaltenden Untergrundkampf nicht vorbereitet. Erst nach einiger Zeit ist es dazu übergegangen, seine im Irak stationierten Kräfte neu zu gruppieren. Nachdem die offiziellen Verluste bis Mitte 2006 auf mehr als 2.500 tote US-Soldaten angestiegen sind, hat man die Idee aufgegeben, das gesamte irakische Territorium permanent zu kontrollieren. Seitdem beschränkt man sich darauf, das »sunnitische Dreieck« und andere besonders aufständische Regionen, insbesondere den westlichen Grenzstreifen zu Syrien, regelmäßig mit gezielten, aus der Luft unterstützten Schlägen anzugreifen. Nach solchen Aktionen kehren die US-Soldaten in ihre Stützpunkte zurück, die zu wahren Garnisonsstädten angewachsen sind.

Die eigenen Verluste sollen vor allem dadurch verringert werden, dass immer weniger US-Soldaten in den Städten patrouillieren und operieren. Denn auch

die Aufständischen haben mit der Zeit ihre technischen Fähigkeiten verbessert. Sie operieren mit stärkeren Sprengstoffen und vor allem mit ferngesteuerten Bomben, wie sie in den 1990er-Jahren von der Hisbollah im Südlibanon eingesetzt wurden. Diese Entwicklung kam für den US-Generalstab überraschend und hat den Amerikanern schwere Verluste an Menschen und Material zugefügt.

Angeichts des wachsenden Drucks der Öffentlichkeit beginnt man in Washington, eine schrittweise Reduzierung der 150.000 im Irak eingesetzten Soldaten ins Auge zu fassen. Einige Verbündete reduzieren bereits ihre Truppenkontingente oder haben dies angekündigt (siehe Seite 47). Im Oktober 2005 hat US-Außenministerin Condoleezza Rice bei einer Anhörung des außenpolitischen Ausschusses des US-Senats die Irakpolitik Washingtons mit der Formel gekennzeichnet: »Säubern, halten und aufbauen«. Die Erfüllung dieser Aufgaben kann nach Ein-

► Eine Region und ihre Kämpfe



- 50 Jahre Krieg
  - ☆ alte Konflikte
  - ☐ ausländische Interventionen
  - ☐ multinationale Interventionen
  - aktuelle Kriege
  - ☐ aktive Konflikte
  - ☆ eingefrorene Konflikte, ungelöste Probleme
  - Gebietsstreitigkeiten und Grenzkonflikte
  - ☆ beigelegte Konflikte (Jahr der Beilegung)
  - ☆ laufende Verhandlungen
  - ☐ von den USA und Großbritannien 2003 gegen den Irak deklarierte Flugverbotszonen
  - ☐ Erdöl- und -gasförderung
- **Krieg zwischen Iran und Irak (1980–1988)**  
Im September 1980 ließ Saddam Hussein den Iran und damit das Chomeini-Regime in Teheran angreifen. Am Ende des achtjährigen Krieges, der eine Million Menschenleben forderte, waren beide Länder ausgeblutet. Bagdad wie Teheran wurden von zahlreichen anderen Staaten unterstützt; die USA, Großbritannien und Frankreich stellten sich hinter den Irak.
- **Golfkrieg (1990–1991)**  
Am 2. August 1990 marschierte der Irak in Kuwait ein. Am 16. Januar 1991 eröffneten die USA und 26 verbündete Staaten mit Mandat der UN die Kriegshandlungen gegen den Irak. Die Operationen waren bereits Ende März abgeschlossen. Doch danach ließen die alliierten Truppen es zu, dass das Bagdader Regime die Erhebung der kurdischen und der schiitischen Bevölkerung niederschlug, obwohl diese die USA um Hilfe gebeten hatten.
- **Die kurdische Frage**  
Der unabhängige Staat, den der Vertrag von Sèvres (1920) dem kurdischen Volk zugestanden hatte, wurde mit dem Vertrag von Lausanne (1923) wieder kassiert. Trotz vieler Aufstände (unter anderem die Rebellion von 1970 gegen Bagdad), leben die Kurden nach wie vor über die Staaten Iran, Türkei, Irak und Syrien verteilt. Diese vier Länder sind fest entschlossen, die Bildung eines kurdischen Staates nicht zuzulassen.

schätzung hoher Offiziere die Präsenz der US-Armee noch »über Jahre« erforderlich machen.

Auch die erhoffte Übernahme der Verantwortung durch die irakischen Sicherheitskräfte wird sich über eine längere Periode hinziehen. Solange der irakische Sicherheitsapparat die Lage nicht in den Griff bekommt, werden die amerikanischen und britischen Truppen im Lande bleiben. Bislang haben die irakischen Sicherheitskräfte das erforderliche Niveau nicht erreicht. Und nach Einschätzung des Pentagon soll die Qualifikation der rekrutierten Polizisten miserabel sein. Schlimmer noch: Armee und Polizei sollen von Aufständischen oder feindlichen Elementen infiltriert sein. Das gilt auch für die britische Besatzungszone im schiitischen Süden des Landes.

In dieser Situation will die US-Regierung den Wettlauf mit der Zeit auf der politischen Ebene gewinnen. Die Wahlen im Januar 2005 haben die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung ermöglicht, in der Schiiten und Kurden die Mehrheit haben. Nach dem Referendum vom 15. Oktober 2005 ist die neue Verfassung in Kraft getreten. Sie schafft

einen föderalen und dezentralisierten Irak und gewährt den Provinzen weitgehende Autonomie, was die Zentralregierung schwächt.

Dieser politische Überbau steht allerdings auf unsicherem Fundament, was sowohl für die fragile Parteienkonstellation als auch für die innere Sicherheit gilt. In dem Parlament, das aus den Wahlen vom 15. Dezember 2005 hervorgegangen ist, sind die sunnitischen Araber zwar stärker repräsentiert, doch wurden sie durch die weitere politische Entwicklung enttäuscht. Sie fühlen sich nicht zu Hause in einem Staat, der auf konfessioneller und ethnischer Grundlage errichtet ist und von dem sie glauben, dass er zur Auflösung des Irak führen wird. Die Kurden versuchen, ihren Autonomiestatus noch stärker auszubauen, während bei den Schiiten, zumal bei jenen im Süden des Landes, ebenfalls die Neigung besteht, sich von Bagdad loszusagen. Und Kurden wie Schiiten wollen natürlich von den Profiten aus den Ölfeldern, die auf ihrem Gebiet liegen, möglichst viel für sich behalten.

Das von der Regierung in Washington erträumte Szenario von einem Staat, in

dem sich die rivalisierenden Volks- und Religionsgruppen auf dem Boden einer demokratischen Verfassung begegnen, während der Aufstand von irakischen Sicherheitskräften und nicht mehr von anglo-amerikanischen Truppen niedergeschlagen wird, kann man wahrscheinlich ins Reich der Illusionen verweisen. Die USA bezahlen heute für die – vermeidbaren oder unvermeidlichen – Fehler, die sie bereits mit ihren ersten Schritten auf mesopotamischem Boden begangen haben: Indem sie die Armee und die Sicherheitsdienste des alten Regimes auflösten, den Plünderungen tatenlos zusahen und die Grenzen öffneten, haben sie selbst die Bedingungen geschaffen, die ihnen nun zum Verhängnis geworden sind.

**WWW**

**Znet Iraq Watch**

• [www.zmag.org/CrisesCurEvs/Iraq/IraqCrisis.cfm](http://www.zmag.org/CrisesCurEvs/Iraq/IraqCrisis.cfm)

**Irakische Stimmen, auf englisch**

• [www.electroniciraq.net](http://www.electroniciraq.net)

**Iraq Action Coalition (mit Links)**

• [www.iraqaction.org](http://www.iraqaction.org)

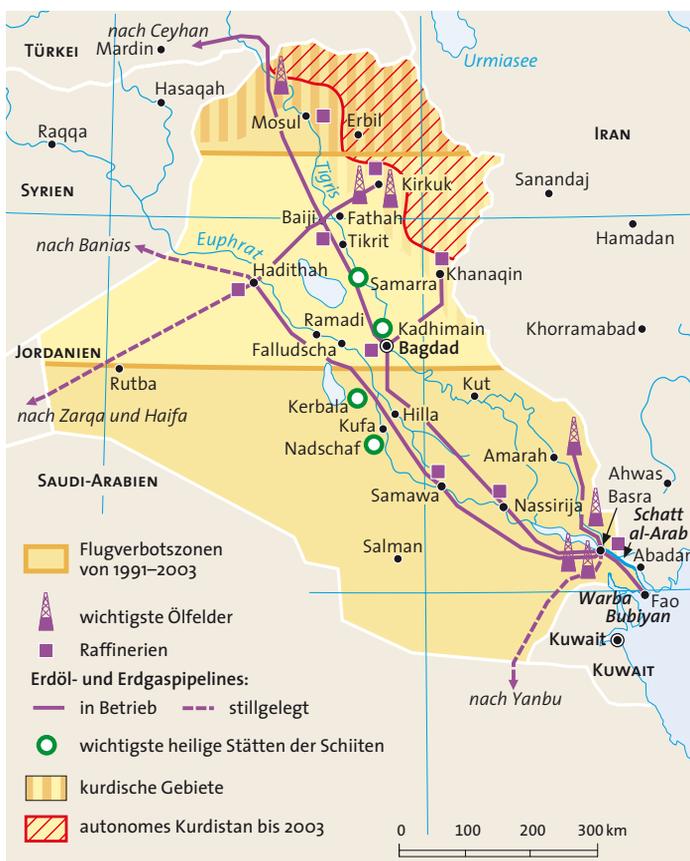
**zu den zivilen Opfern**

• [www.iraqbodycount.org](http://www.iraqbodycount.org)

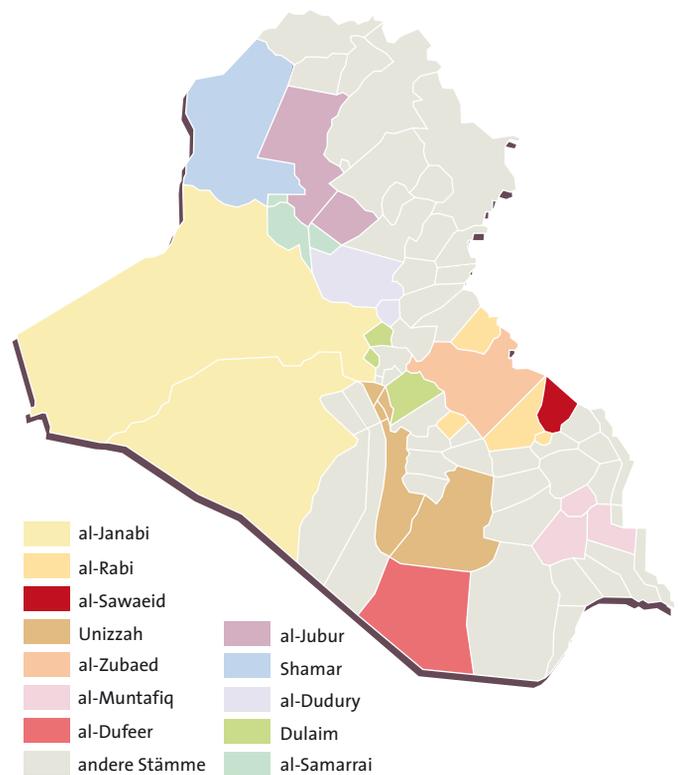
**Berichte und Kommentare zu »Middle East« und »War on Terror«**

• [www.juancole.com](http://www.juancole.com)

► **Der dreigeteilte Irak**



◀ **Das Mosaik der Stämme**



Im Irak gibt es etwa hundert Stämme und 25 Stammesverbände; darüber hinaus mehrere hundert streng gegliederte Clans, denen sich nahezu 50 Prozent der Bevölkerung zugehörig fühlt.

# Kurdistan, Land in vier Staaten

*Die Kurden sind ein Volk ohne Staat. Die 30 Millionen Kurden des Nahen Ostens leben im Irak, in Syrien, der Türkei und dem Iran. Bis vor kurzem waren sie nirgendwo als nationale Gruppe oder Minderheit anerkannt. Nun weckt das autonome Kurdistan innerhalb des Irak neue Hoffnungen – dies kann aber auch eine neue Zersplitterung der Region bedeuten.*

Wie sehr die beiden Golfkriege von 1991 und 2003 die Kurdenfrage verändert haben, zeigt sich schon an der Tatsache, dass der Kurde Dschalal Talabani im April 2005 zum Staatspräsidenten des

Irak ernannt wurde. Nach Jahrzehnten der Unterdrückung hatten die Kurden am Ende des ersten Golfkriegs die Schwächung des Hussein-Regimes dazu genutzt, sich der Kontrolle Bagdads zu entziehen. Nach dem zweiten Golfkrieg, mit dem Washington im März 2003 das Baath-Regime zu Fall brachte (siehe Seite 122), wurden die beiden kurdischen Parteien, in einem durchaus spannungreichen Dialog mit den wichtigsten schiitischen Oppositionsgruppen, zu politischen Akteuren, ohne die ein Wiederaufbau des Landes nicht möglich war.

Bei der Parlamentswahl vom 30. Januar 2005 stellten die beiden großen Kurdenparteien, Dschalal Talabanis Patriotische Union Kurdistans (PUK) und die von Masud Barsani geführte Kurdische Demokratische Partei (KDP), ihr politisches Gewicht für die Konstruktion eines neuen Irak endgültig unter Beweis. Doch das Ende der diktatorischen Herrschaft Bagdads hat zugleich die Unabhängigkeitsbestrebungen der irakischen Kurden wiederbelebt. Emotional verstärkt wurde

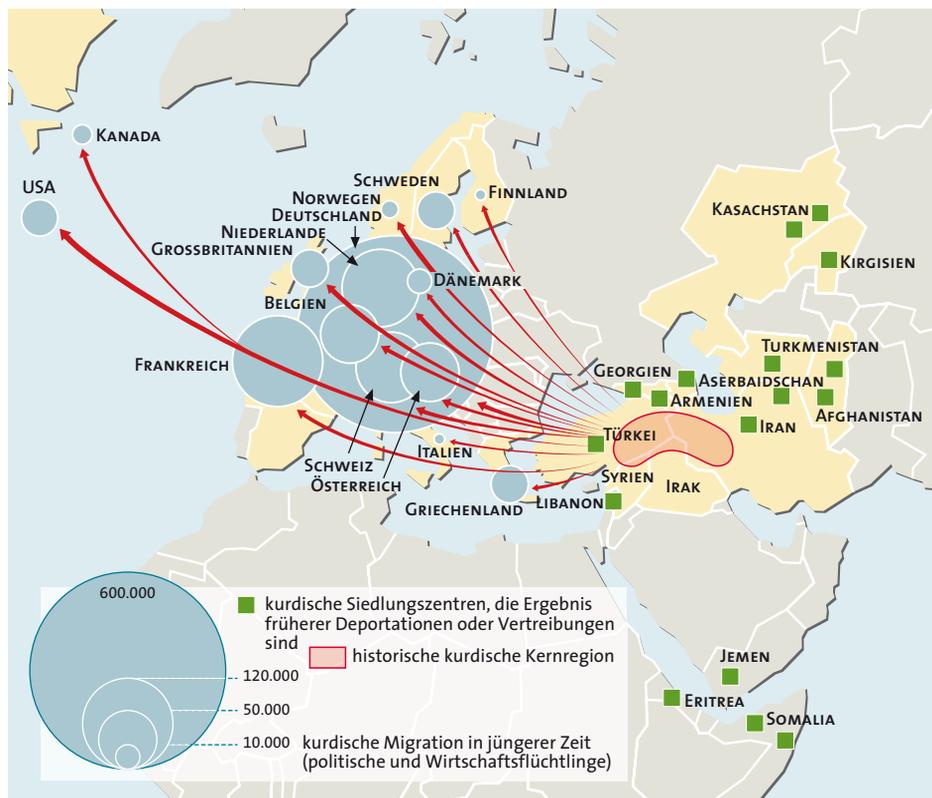
dieses Bedürfnis auch durch den Krieg, der sich vor allem in der nach Süden und Westen angrenzenden Region, dem sunnitischen Dreieck, konzentrierte.

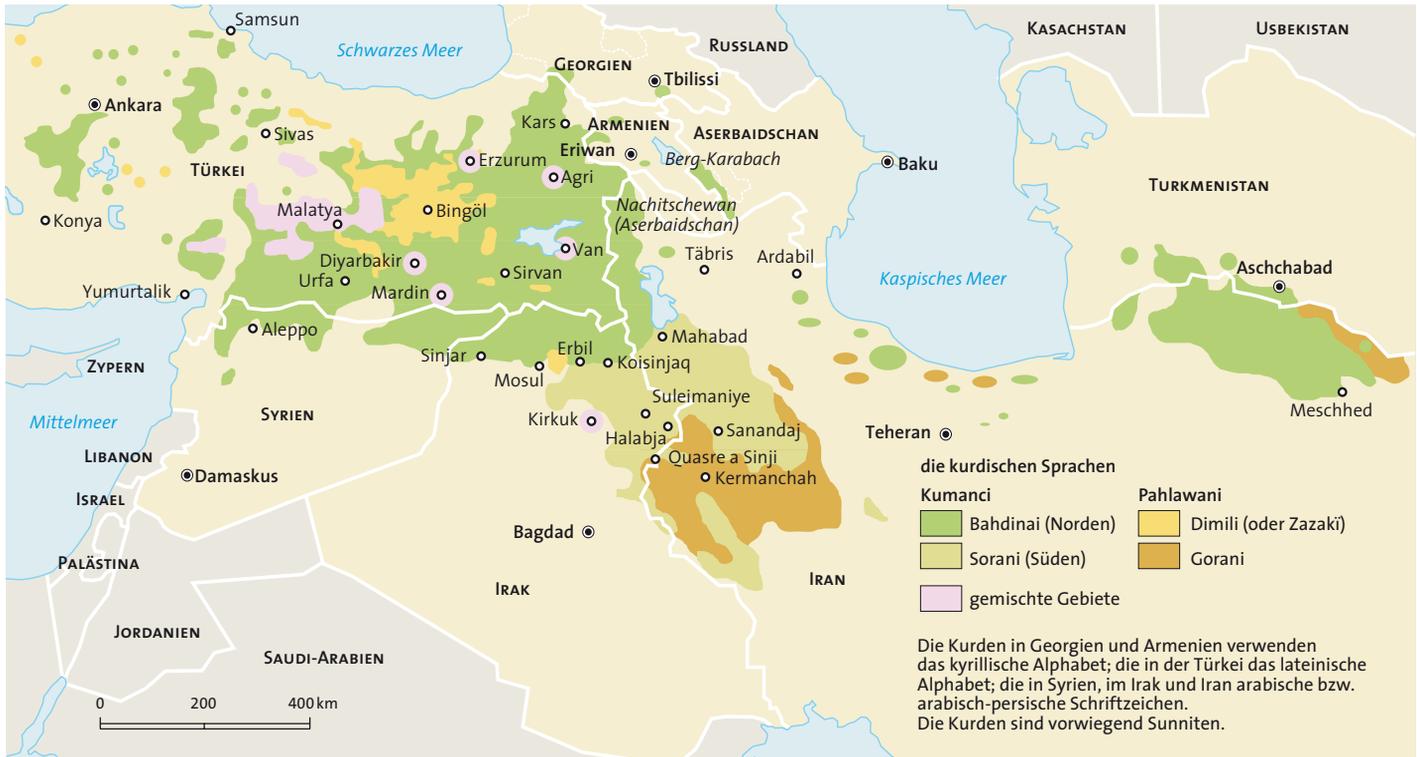
Im Februar 2004 erhielt eine Petition, die von der Bewegung für ein Referendum über die Selbstbestimmung in Umlauf gebracht wurde, mehr als eineinhalb Millionen Unterschriften – bei einer Bevölkerung von vier Millionen. Gleichwohl zogen es die Kurdenführer vor, in Bagdad über weitere Schritte in Richtung eines autonomen Gebiets zu verhandeln, das innerhalb eines föderalen, aber geeinten Irak verbleiben soll. Sie gehen davon aus, dass eine volle Selbstständigkeit angesichts der Einkreisung ihres Gebietes durch lauter feindlich gesinnte Länder illusorisch wäre.

Denn die Türkei, Syrien und der Iran zeigen sich durch die Aufwertung der kurdischen Region im Irak beunruhigt. Die Regierungen dieser Länder fragen sich, ob dieses Beispiel nicht bei der eigenen kurdischen Bevölkerung zu ähnlichen Forderungen führen könnte. In der Türkei behauptete sich die prokurdische Partei Dehap bei den Kommunalwahlen im März 2004 in allen größeren Städten des Südostens, obwohl sie im Vergleich zu den Wahlen von 1999 deutliche Einbußen erlebte. Die Freilassung der seit 1994 inhaftierten kurdischen Parlamentsabgeordneten Leila Zana und Hatip Dicle im Jahr 2004 hat deren Insistieren auf einer eigenständigen kurdischen Identität legitimiert. Und in Diyarbakir, der Hauptstadt des türkischen Kurdistans, waren die Kurden in der Lage, Kundgebungen mit mehreren hunderttausend Teilnehmern zu organisieren. Die Perspektive eines EU-Beitritts zwingt die Regierung in Ankara, die strenge Aufsicht über den östlichen Landesteil zu lockern. Doch der Freiheitsspielraum bleibt eng begrenzt und stets gefährdet. Folter gehört nach wie vor zu den Instrumenten, um missliebige politische Äußerungen zu bestrafen oder zu verhindern. Und nachdem der 1999 anlässlich des Prozesses gegen PKK-Chef Abdullah Öcalan ausserufene Waffenstillstand nicht mehr in Kraft ist, übernimmt die Armee wieder schrittweise die Kontrolle über die Region.

Die Konsolidierung eines autonomen irakischen Kurdistans stellt die türkische

## ► Ein Volk im Exil





Die kurdischen Dialekte ◀

Kurdenbewegung vor eine völlig neue Situation. Sowohl die militärischen Einheiten als auch die politische Führung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die sich nach der Verhaftung ihres Chefs in den Irak zurückgezogen hatten, haben sich inzwischen gespalten. Der eine Flügel um Osman Öcalan, den Bruder des PKK-Gründers, hat dem bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat und der Konfrontation mit den irakischen Kurdenparteien abgeschworen. Im Gegensatz dazu opponiert die PKK-Kongra-Gel (Volkskongress Kurdistans), die von Abdullah Öcalan vom Gefängnis aus geführt wird, gegen die Politik von Massud Barsani und Dschalal Talabani, den beiden Parteichefs im kurdischen Irak, und stellt deren Allianz mit Washington infrage. Der in seiner Heimat nach wie vor populäre Abdullah Öcalan hat 2004 zur Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes aufgerufen und propagiert seitdem wieder ein autonomes kurdisches Gebilde in der Türkei. Dieses Ziel, dem er während seines Prozesses vor einem türkischen Militärgericht abgeschworen hatte, ist im Grunde identisch mit dem, das die irakischen Kurden verfolgen.

Die Kurden im Iran verhalten sich solidarisch mit dem autonomen irakischen Kurdistan, das bei ihnen Erinnerungen an die kurzlebige kurdische Republik von

Mahabad weckt, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden war. Die Hoffnung auf Reformen und Anerkennung ihrer nationalen Rechte durch die derzeitige Regierung von Teheran haben sie aber längst begraben.

In Syrien hat sich die Repression gegen die Kurden nach den Aufständen vom März 2004 verschärft. Die Sicherheits- und Geheimdienstkräfte des Regimes nahmen dabei einige kurdische Dörfer im Grenzgebiet zum Irak ins Visier, deren Bewohner ihre Solidarität mit dem irakischen Kurdistan demonstriert hatten.

**WWW**

- ausführlich: Informationsstelle Kurdistan (isku)
- [www.nadir.org/nadir/initiativ/isku](http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku)
- Tägliche Nachrichten auf deutsch vom Rojname News Network (RNN)
- [www.rojname.com/index.kurd?ziman=german](http://www.rojname.com/index.kurd?ziman=german)
- Kurdish Human Rights Project
- [www.khrp.org](http://www.khrp.org)
- Kurdische Enzyklopädie
- [www.kurdistanica.com/german/index.html](http://www.kurdistanica.com/german/index.html)
- Englischer Dienst des Institut kurde de Paris
- [www.institutkurde.org/en](http://www.institutkurde.org/en)

Vertreibung und Binnenwanderung in der Türkei in den 1990-Jahren ◀



# Indien und Pakistan – im Schatten der Bombe

*Indien und Pakistan sind 1947 aus dem alten Kolonialreich Britisch-Indien hervorgegangen. Die damalige Trennung erfolgte in die drei Teile Indien, Westpakistan und Ostpakistan, das heutige Bangladesch, und verlief vor allem entlang der religiösen Bruchlinien. Seitdem waren das mehrheitlich muslimische Pakistan und das von Hindus dominierte Indien jahrzehntelang verfeindet. In jüngster Zeit hat sich – trotz des Kaschmirkonflikts – beiderseits eine Bereitschaft zum Dialog entwickelt.*

Der Konflikt zwischen den »verfeindeten Brüdern« Indien und Pakistan ist nach wie vor einer der gefährlichsten politischen Sprengsätze der Welt. Die Konfrontation, in der sich die föderale und

laizistische Republik Indien und die islamische Republik Pakistan gegenüberstehen, speist sich aus einer Mixtur von historischen, geopolitischen und religiösen Faktoren. Seit der Aufteilung von Britisch-Indien haben die beiden Länder drei mörderische Kriege gegeneinander geführt, wobei es in zwei Fällen um Kaschmir ging. Die Rivalität spitzte sich noch weiter zu, als die beiden Kontrahenten 1998 die Entwicklung von Atomwaffen verkündeten.

Als die USA 2001 in Afghanistan intervenierten, stützten sie sich auf Pakistan als ihrem Hauptverbündeten in der Region. Doch zugleich gingen sie auch auf Neu-Delhi zu, um zum einen die politischen Entwicklungen in der Region stärker beeinflussen zu können, zum anderen aber dem wachsenden Einfluss Chinas entgegenzutreten. Damit haben sich die USA eine entscheidende Position in einer Großregion verschafft, in der 1,3 Milliarden Menschen leben.

Ein erster Schritt zur Deeskalation des indisch-pakistanischen Konflikts erfolgte im Januar 2004 mit dem Treffen zwischen dem damaligen indischen Premierminister Atal Bihari Vajpayee und

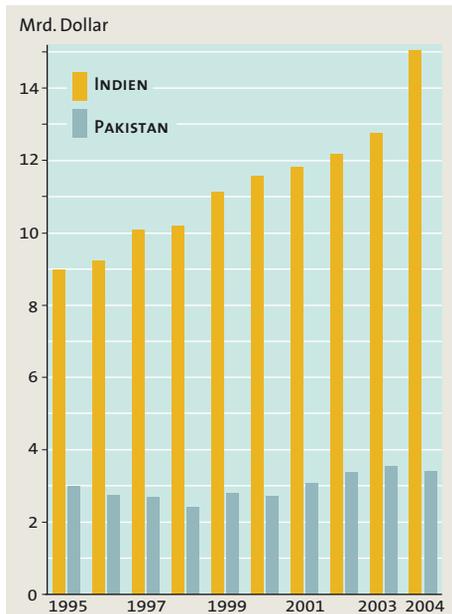
dem pakistanischen Präsidenten General Pervez Musharraf in Islamabad. Dieser Dialog wurde auch mit dem neuen indischen Premierminister Manmohan fortgeführt. Bei ihrem Treffen in Neu-Delhi im Juni 2004 verständigten sich die Regierungschefs beider Länder auf Maßnahmen, die der Vertrauensbildung dienen und die Gefahr einer nuklearen Konfrontation eindämmen können. Damit kam das Thema der Atomwaffen erstmals seit 1998 wieder auf den Tisch. Beschlossen wurde eine Verlängerung des Atomwaffentest-Moratoriums von 1999 und die Einrichtung eines »roten Telefons« zwischen Neu-Delhi und Islamabad.

Der Dialog hat die Spannungen zwar verringert, doch in den beiden Kernfragen Kaschmir und Nuklearwaffen liegen die Standpunkte immer noch weit auseinander. Im Fall Kaschmir bleibt ein Kompromiss unwahrscheinlich, da die eigentliche Ursache des Konflikts, die auch zum ersten Krieg von 1947 geführt hat, nach wie vor besteht: Die Region Kaschmir wurde an Indien angegliedert, während die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung muslimisch ist und obwohl die Aufteilung der ehemaligen Kolonie nach dem Kriterium der Religionszugehörigkeit erfolgte.

Der bewaffnete Aufstand in Kaschmir, der 1989 begann, hat seine Ursachen unter anderem in der Haltung Neu-Delhis, das die Zugehörigkeit Kaschmirs zur Indischen Union (siehe Seite 172) für nicht verhandelbar erklärt, in der massiven indischen Militärpräsenz und der politischen Marginalisierung der Bevölkerung. Die Aktionen der Rebellengruppen, die sich aus jungen Kaschmiris, aber auch aus islamistischen Kämpfern pakistanischer Herkunft zusammensetzen, kostet Jahr für Jahr mehrere tausend Todesopfer. Neu-Delhi beschuldigt Islamabad, den »Terror« in Kaschmir zu unterstützen. Dagegen spricht die Regierung in Islamabad von einem »nationalen Befreiungskampf«, die islamistische Bewegung sogar vom »heiligen Krieg«.

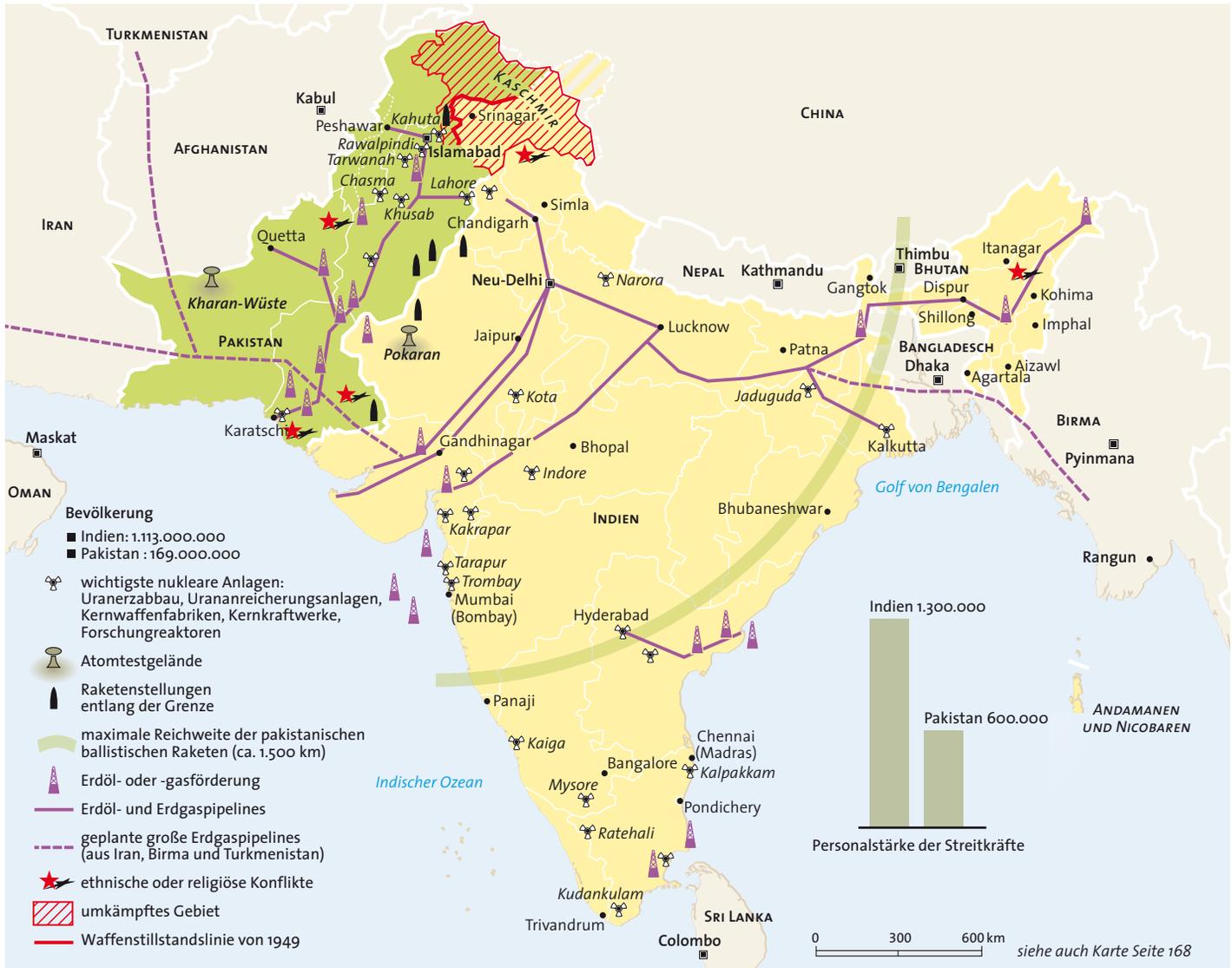
Solange Präsident Musharraf Pakistan mit eiserner Hand regiert und die Unterstützung der USA genießt, wird der

► Wettrüsten in Südasien



► Wer die Waffen liefert





Ein hochgerüsteter Subkontinent ◀

Kaschmirkonflikt auf Sparflamme gehalten, worüber sich Indien höchst zufrieden zeigt. Doch der starke Mann in Islamabad hat zahlreiche Gegner, die ihm das Bündnis mit Washington nie verzeihen werden, zumal seine Gegenleistung darin besteht, unter dem Etikett des Kampfes gegen den Terrorismus die radikalen Islamisten zu unterdrücken und die pakistanische Armee zur Jagd auf die afghanischen Taliban einzusetzen.

Wenn in Islamabad demnächst die Anhänger des Dschihad an die Macht gelangen sollten, würde ihnen auch die Verfügungsgewalt über die Atomwaffen zufallen. Eine solche Aussicht muss umso mehr beunruhigen, als weder Pakistan noch Indien die internationalen Abkommen unterzeichnet haben, die eine Weiterverbreitung von Atomwaffen verbieten. Völlig ungestraft konnte Kader Khan,

ein der Armee nahe stehender pakistanischer Atomwissenschaftler, nukleare Technologie nach Iran, Libyen und Nordkorea liefern, und der »Vater« der pakistanischen Bombe gilt auch heute noch als Nationalheld. Der indisch-pakistanische Rüstungswettlauf wird auch deshalb so entschlossen fortgesetzt, weil die internationalen Sanktionen, die 1998 nach den ersten atomaren Erfolgsmeldungen gegen beide Länder verhängt worden waren, Ende 2004 praktisch wieder aufgehoben wurden. Die USA haben 2006 die Lieferung ziviler Atomtechnologie zugesagt (siehe Seite 168).

Manche Beobachter hoffen, dass die USA ihre Rolle als Rüstungslieferant und Partner beider Länder dazu nutzen werden, den indisch-pakistanischen Dialog voranzutreiben und wirksame Kontrollen durchzusetzen. Andere hegen im Gegen-

teil die Befürchtung, dass die neue Rolle der USA dazu beitragen könnte, die Machtkonkurrenz zwischen beiden Ländern und damit den Rüstungswettlauf in Südasien erneut anzukurbeln – zu Lasten der wirtschaftlichen Entwicklung und der Demokratie.

**WWW**

- United Nations Military Observer Group in India and Pakistan**  
 • [www.un.org/Depts/dpko/missions/unmogip](http://www.un.org/Depts/dpko/missions/unmogip)
- Analysen des International Institute of Strategic Studies**  
 • [www.iiss.org/programmes/south-asia](http://www.iiss.org/programmes/south-asia)
- South Asia Citizens Web**  
 • [www.sacw.net](http://www.sacw.net)
- detaillierte Chronik**  
 • [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Indien/Aktuell-Chronik/Welcome.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Indien/Aktuell-Chronik/Welcome.html)
- zur Atomrüstung: Nuclear Issues in India and Pakistan**  
 • [www.lib.berkeley.edu/SSEAL/SouthAsia/nuclear.html](http://www.lib.berkeley.edu/SSEAL/SouthAsia/nuclear.html)
- India-Pakistan Military Balance**  
 • [news.bbc.co.uk/2/hi/south\\_asia/1735912.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/1735912.stm)

# Afghanistan: Waffen, Drogen, Taliban

*Seit der Invasion der US-Truppen im Herbst 2001 ist Afghanistan ins Zentrum der internationalen Politik gerückt. Die Regierung in Kabul versucht seitdem zwar, die staatlichen Institutionen wieder aufzubauen, aber sie kann das Land nicht einen. Im Norden ist die Macht der Warlords ungebrochen, und im Süden gewinnen die Taliban erneut an Boden.*

Die Zersplitterung der politischen Landschaft Afghanistans begann schon 1978 mit dem Staatsstreich der afghanischen Kommunisten, der sich als von Moskau inspiriert herausstellte. Dieser Coup schwächte die Zentralregierung, die sich aus den afghanischen Provinzen immer mehr zurückziehen musste, bis sie nur noch in Kabul herrschte und 1991 ganz von der Bühne verschwand. Die von 1980 bis 1989 andauernde sowjetische Besatzung verschärfte die inneren Gegensätze. In der Provinz wurde der Aufstand von hunderten von »Warlords« organisiert, von denen einige nur ein paar Dutzend, andere wiederum mehrere tausend Mann befehligten. Die Einnahme der Städte nach 1991 begünstigte in den einzelnen Regionen einen Konzentrationsprozess, der die schwächeren Organisationen politisch eliminierte.

Von dieser Dynamik und der Rivalität zwischen den verschiedenen Mudscha-

heddin-Gruppierungen profitierte am Ende die hauptsächlich von Pakistan unterstützte Bewegung der Taliban, die 1996 Kabul einnahmen und einen rudimentären Staat aufbauten. Die Taliban wurden zu Beginn auch von den USA unterstützt, fanden sich aber bald schon international isoliert. Als sie nach den Anschlägen vom 11. September 2001 Ussama Bin Laden in Afghanistan Asyl gewährten, löste dies die Invasion der US-Truppen aus.

Seitdem sind drei unterschiedliche Entwicklungen in Gang gekommen. Die erste ist ein eklatanter Rückfall in die politische Fragmentierung, der die unmittelbare Konsequenz aus dem Zusammenbruch des Talibanregimes darstellt. Die USA ließen es zu, dass die wichtigsten Warlords ihre frühere Machtposition wieder erlangten, denn sie wollten den Krieg »outsourcen«, also von lokalen Milizen führen lassen. Das erklärt auch ihre Unfähigkeit, den früheren Talibanführer Mul-

► Heroin für die Welt





Ein fragmentiertes Land ◀

lah Mohammed Omar und Ussama Bin Laden zu fassen.

Angesichts dieser Situation hatte der Wiederaufbau der staatlichen Institutionen widersprüchliche Folgen. Die Bemühungen der Zentralregierung, die lokalen Machthaber auszuschalten (auch durch Attentate wie den erfolglosen Anschlag auf Ismail Khan in Herat) waren letztlich wenig erfolgreich, da es dem Staat nicht gelang, das entstandene Vakuum sofort auszufüllen. Die Präsidentschaftswahlen vom Herbst 2004 demonstrierten nur die Stärke der lokalen politischen Kräfte, was durch den Ausgang der Parlamentswahlen von 2005 bestätigt wurde. Das einigermaßen frei gewählte Parlament offenbarte ebenfalls starke ideologische Gegensätze, abgesehen davon, dass es auch die untergeordnete Stellung der Frau bestätigte. Zudem sieht sich Staatspräsident Hamid Karsai dem Vorwurf ausgesetzt, nur Befehlsempfänger der US-Botschaft zu sein. Der Vertrag, den der Präsident bei seinem Besuch in Washington im Mai 2005 unterzeichnet hat, lässt den USA bei ihren militärischen Operationen auf afghanischem Boden praktisch völlig freie Hand.

Die zweite Entwicklung betrifft die Rolle der Guerilla. Obwohl sie immer wieder totgesagt wurde, konnte sie bisher dank der Hilfe aus Pakistan und der Unbeliebtheit der amerikanischen Truppen durchaus überleben. Dabei hat sie ihre Taktik verfeinert, indem sie Hilfstransporte angreift und auch Selbstmordattentäter einsetzt. Auf diese Weise hat sie den US-Truppen im Frühjahr 2005 hohe Verluste zugefügt, was die Regierung in Washington zu der Entscheidung brachte, einen Teil ihrer Soldaten abzuziehen und einige Aufgaben an die Nato abzugeben. In den Landesteilen, in denen die Aufständischen aktiv sind – das sind die Regionen mit paschtunischer Mehrheitsbevölkerung –, hat die westliche Militärpräsenz inzwischen schon die Stärke der sowjetischen Truppen in den 1980er-Jahren erreicht. Wie heftig diese Besetzung abgelehnt wird, zeigten die Ausschreitungen bei anti-amerikanischen Demonstrationen und die seit Anfang 2006 noch einmal deutlich zunehmende Zahl der Anschläge.

Die dritte wichtige Entwicklung ist die Überhandnahme der Korruption, die den gesamten afghanischen Verwaltungsap-

arat unterhöhlt, und der Trend zum Drogenstaat. Im Osten und Süden wie auch in einigen Teilen des Nordens ist Opium das wichtigste Erzeugnis; auf nationaler Ebene liegt sein Anteil an der Wertschöpfung bei 40 Prozent. Diese Entwicklung hat in einigen Regionen zu einem stark nach außen orientierten Wirtschaftssystem geführt, wobei der Schmuggel (nicht nur mit Drogen) die entscheidende Rolle spielt. Der Wiederaufbau des Landes kommt nur schleppend voran, weil die Hilfgelder zu spärlich fließen und zudem über allzu viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs) kanalisiert werden. Damit ist in Kabul eine »humanitäre Seifenblase« entstanden, die auch durch ihre preistreibende Wirkung dazu beiträgt, dass die im Lande tätigen Ausländer immer unbeliebter werden.

#### WWW

Institute for Afghan Studies  
 • [www.institute-for-afghan-studies.org](http://www.institute-for-afghan-studies.org)  
 Projekt für Alternative Sicherheitspolitik  
 • [www.comw.org/pda/0201strangevic.html](http://www.comw.org/pda/0201strangevic.html)  
 Arbeitsgemeinschaft Afghanistan  
 • [www.ag-afghanistan.de](http://www.ag-afghanistan.de)  
 Revolutionary Association of the Women of Afghanistan  
 • [www.rawa.org](http://www.rawa.org)

# Tschetschenien, die ausgeblutete Republik

*Die Stabilität der nördlichen Kaukasusregion bleibt bedroht, solange für den Tschetschenienkonflikt keine politische Lösung in Sicht ist. Die Situation in Grosny und Umgebung ist geprägt von wirtschaftlichem Niedergang, sozialem Zerfall und einer Atmosphäre der Angst. Dafür ist der – staatliche wie islamistische – Terror gegen die Zivilbevölkerung verantwortlich.*

Die Geschichte der Beziehungen zwischen Russen und Tschetschenen ist eine Abfolge von dramatischen Ereignissen, von denen jedes die gegenseitige Wahrnehmung stark negativ geprägt hat. Das gilt vor allem für die Kolonialisierung im 19. Jahrhundert und für die Deportation der Tschetschenen im Februar 1944. Doch der aktuelle Konflikt lässt sich nicht allein durch die Vergangenheit erklären. Im November 1991 nutzte der ehemalige Fliegergeneral Dschochar Dudajew die Krise in Moskau, um sich an die Macht zu bringen und Tschetschenien für unabhängig zu erklären. Dieser einzige Fall einer Sezession von der Russischen Föderation löste Ende 1994 die erste russische Intervention aus, die Moskau mit der Angst vor einem Dominoeffekt und dem Auseinanderbrechen des Landes begründete. Die von Boris Jelzin befohlene »Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung« wurde rasch zum richtigen Krieg, der achtzehn Monate dauerte und zehntausende Tote kostete.

Aslan Maschadow, der im August 1996 den Waffenstillstand unterzeichnete und Anfang 1997 nach einer von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beaufsichtigten Wahl das Präsidentenamt erlangte, konnte die quasi unabhängige Republik jedoch nicht stabilisieren. Ende 1999 begann im Namen der Terrorismusbekämpfung der zweite, noch blutigere Krieg, dieses Mal auf Befehl von Jelzins Nachfolger Wladimir Putin. Im März 2000 gewann er mit einem Law-and-Order-Programm die Präsidentschaftswahlen. Nach dem 11. September 2001 setzte sich eine andere Lesart des Tschetschenienkonflikts durch: Hier war angeblich der »islamistische Terror« am Werk, und die zahlreichen Terroranschläge und vor allem die Selbstmordattentate gaben dieser Version immer neue Nahrung. Viele dieser Taten entsprangen allerdings keiner radikalislamistischen Überzeugung, sondern viel eher einer persönlichen und kollektiven Verzweiflung angesichts ei-

► Ethnische Vielfalt im Nordkaukasus



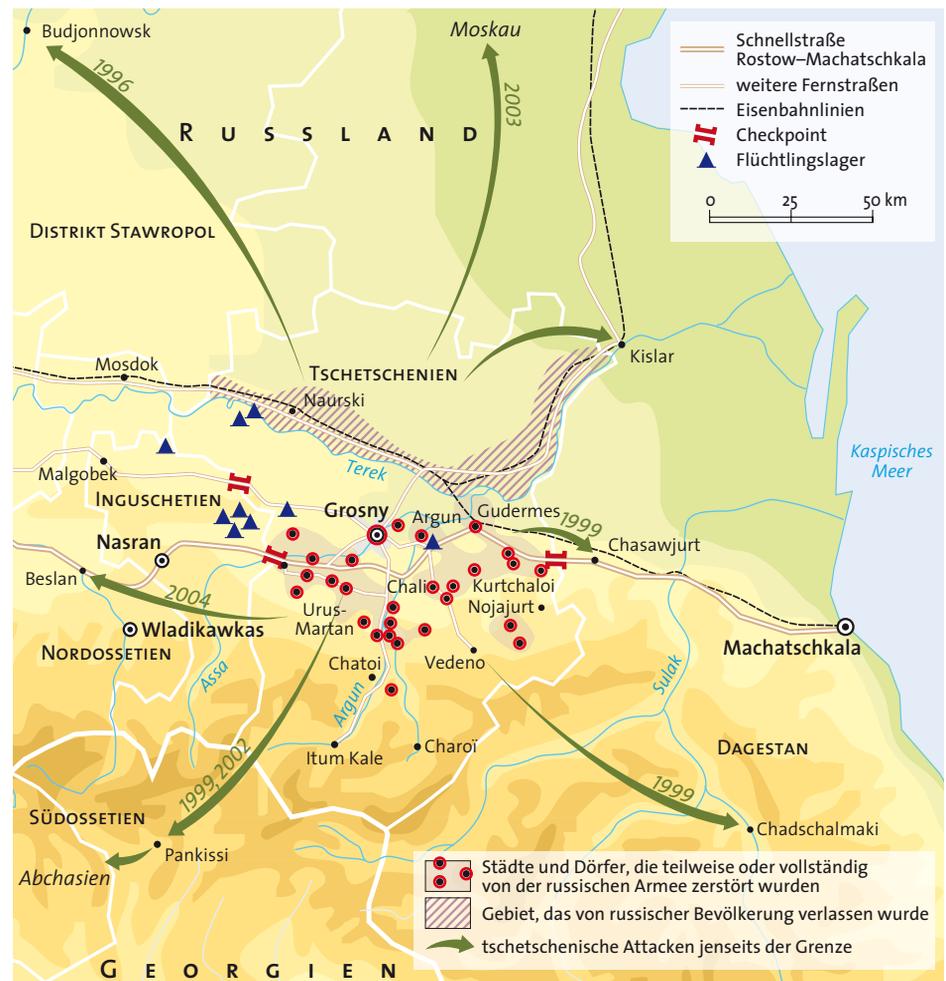
nes ausweglosen Konflikts. Zwar sind die von Saudi-Arabien beeinflussten islamistischen Bewegungen seit Anfang der 1990er-Jahre im ganzen Nordkaukasus präsent und konnten ihre Reihen mit Kämpfern auffüllen, die aus Zentralasien und Afghanistan abzogen. Doch diese ausländischen Kämpfer sind nicht der einzige Machtfaktor. Viel Einfluss haben auch einheimische radikale Islamisten-Gruppen wie die Dschamaat, aber auch die nichtreligiösen Fraktionen des bewaffneten Kampfes sowie Vertreter des traditionellen Sufi-Islam, von denen einige eine gewisse Bereitschaft zum Bündnis mit Moskau zeigten.

Diese Risse innerhalb der tschetschenischen Gesellschaft hoffte der Kreml auszunutzen, als er im Juni 2000 eine moskaufreundliche tschetschenische Regierung installierte. Der ehemalige Mufti Achmed Kadyrow, der das Land im russischen Auftrag zuerst als Chef der Verwaltungsbehörde und dann als Präsident leitete, fiel im Mai 2004 einem Mordanschlag zum Opfer.

Seit 2004 sind jedoch Entwicklungen im Gange, die auf eine relative Stabilisierung hinauslaufen. Es fließen Entschädigungszahlungen (die freilich von Korruption begleitet sind), viele Flüchtlinge kehren zurück (allerdings oft unter Zwang), der aufgeblähte öffentliche Dienst dient mangels einer realen Wirtschaft als Beschäftigungspuffer. Die Hauptstadt Grosny gleicht zwar immer noch einem Trümmerfeld, und die Infrastruktur ist erst zum Teil wieder intakt, aber der Handel belebt sich wieder, was auch an Verkehrstaus abzulesen ist.

Doch die innere Zerrissenheit und das Fehlen jeglicher kollektiven Perspektive können die Lage jederzeit umkippen lassen. Nach wie vor gibt es ständig militärische Scharmützel und Übergriffe auf Zivilisten. Die von Ramsan Kadyrow, dem Sohn des früheren Präsidenten, befehligten Tschetschenenmilizen der prorussischen Regierung verbreiten Angst und Schrecken. Um die Lage im Griff zu behalten, setzt Moskau heute vor allem auf die Regierung von Präsident Alu Alchanow und auf das aus den Wahlen vom Oktober 2005 hervorgegangene Rumpfparlament. Doch vor allem hofft man auf ein Ermüden der Guerilla.

Dabei darf man allerdings die Strategie der islamistischen Gruppen nicht außer Acht lassen, die den Konflikt auf den gesamten nördlichen Kaukasus ausweiten wollen und in den Nachbarregionen im-



Abtrünniges Tschetschenien – militärische Antwort auf ein politisches Problem ◀

mer mehr Überfälle organisieren. Solche Aktionen können die Region zwar nicht richtig destabilisieren, aber die Spannungen haben sie bereits erheblich verschärft. Darüber hinaus dienen sie Präsident Wladimir Putin als Vorwand, um die Kompetenzen der Regionalbehörden zu beschneiden. Und das könnte auf längere Sicht durchaus die labile Balance gefährden, die die nordkaukasischen Republiken seit 1991 mit Moskau ausgehandelt haben.

Langfristige Auswirkungen hat der Tschetschenienkrieg aber auch in ganz Russland: Der Kampf gegen den Terror wird als Alibi benutzt, um immer mehr Bereiche der Gesellschaft der Kontrolle der Regierung zu unterwerfen. Dabei nimmt die staatliche Gewalttätigkeit ständig neue Formen an, von schikanösen »Gesichtskontrollen« der Polizei über rassistische Verbrechen bis hin zu brutalen Ausschreitungen von Soldatengruppen, die häufig auf das Konto von Tschetschenienveteranen gehen.

Als im März 2005 der frühere Präsident Maschadow ermordet wurde, der einen gemäßigten Unabhängigkeitskurs verfolgt und Verhandlungen mit Moskau befürwortet hatte, reagierte die internationale Öffentlichkeit darauf kaum. In den Medien taucht Tschetschenien nur noch auf, wenn eine Tragödie wie die Geiselnahme von Beslan im September 2004 stattfindet. Weil der Konflikt als »inner-russische Angelegenheit« betrachtet wird, ist eine politische Lösung weiter entfernt als je zuvor.

#### WWW

Gründliche Informationen, auch in englisch

• [www.groupetchetcheenie.org](http://www.groupetchetcheenie.org)

im Überblick

• [www.friedensnews.at/Tschetschenien](http://www.friedensnews.at/Tschetschenien)

Chechnya Advocacy Network

• [www.chechnyaadvocacy.org](http://www.chechnyaadvocacy.org)

aus islamischer Sicht

• [www.kavkazcenter.com/eng](http://www.kavkazcenter.com/eng)

Menschenrechtsorganisation Memorial (Moskau)

• [www.memo.ru/eng/memhrc/hotpoint.shtml](http://www.memo.ru/eng/memhrc/hotpoint.shtml)

# Das Erdöl – Moskaus großer Trumpf

*Erdöl und Erdgas spielen beim Wandel in der ehemaligen Sowjetunion die entscheidende Rolle. Sie sorgen für die wirtschaftliche Stabilisierung Russlands und dienen zugleich als Druckmittel gegenüber jenen Ländern, die diese Rohstoffe nicht besitzen und an ihrer zunehmenden Verschuldung ersticken. Die russischen Energievorräte ziehen jedoch auch ausländische Akteure an, die auf verschiedenen Wegen versuchen, das Monopol Moskaus zu brechen.*

Die reichen Erdöl- und Erdgasvorkommen der ehemaligen UdSSR sind sehr ungleich verteilt, der größte Teil befindet sich in Russland und den Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres. Russland erzielt mit Öl und Gas 60 Prozent seiner Ausfuhrerlöse, die zugleich einen beträchtlichen Teil seiner Staatseinnahmen ausmachen. Nach der Krise von 1998 wurden die Ölexporte zum Motor des wirtschaftlichen Aufschwungs, zumal bei der Privatisierung dieses Sektors die russischen Unternehmen bevorzugt wurden und den westlichen Energieriesen nur eine bescheidene Rolle überlassen wurde. Und auch der Staat blieb in diesem Bereich ein aktiver Mitspieler.

Die russischen Großunternehmen Gazprom, Lukoil und Yukos (bis zu seiner Zerschlagung) gründeten mächtige Finanz- und Industrieholdings, denen es gelang, ihre Produktion trotz knapper Finanzmittel und technischer Defizite zu stabilisieren. Sie agieren vermehrt auch in den anderen Staaten des »benachbarten Auslands« und in Osteuropa. Mehrere Länder ohne eigene fossile Energievorkommen - wie Weißrussland, die Ukraine und Moldawien - sind inzwischen wegen ihrer Energieimporte gegenüber Russland stark verschuldet. Mit Unterstützung des Staates drängen die russischen Unternehmen darauf, sich diese Schulden in Form von Aktien erstatten zu lassen und sich damit in strategische Unter-

nehmen (Raffinerien, Kraftstoff- und Stromvertriebsnetze) einzukaufen. Das läuft auf die klassische Methode hinaus, die alte politische durch eine wirtschaftliche Dominanz zu ersetzen.

Paradoxerweise können die anderen ex-sowjetischen Förderländer über ihre Energieressourcen nicht verfügen. Sie waren alle nach dem Zusammenbruch der UdSSR von anderen Ländern umschlossen und damit gezwungen, Transitrouten für ihre Exporte mit einem oder mehreren Drittländern auszuhandeln. Mit der Erdölpipeline Baku-Supsa, die 1997 fertig wurde, und der im Juni 2006 in Betrieb genommenen Transkaukasischen Pipeline Baku-Tiflis-Ceyhan, die auf einer Strecke von knapp 1800 Kilometern Rohöl aus Aserbaidschan und Kasachstan zum Terminal im türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan transportiert, gelang es Aserbaidschan, das Transportmonopol Moskaus zu durchbrechen. Das gelang auch mit Hilfe westlicher Energiekonzerne, die sich so den Zugang zu den kaspischen Ölvorkommen sicherten.

In der Vergangenheit musste Turkmenistan, mangels eines Abkommens über Umfang und Preis der russischen Transitleistungen, seine Gasproduktion deutlich drosseln. Schließlich hat es den Export über Russland wieder aufgenommen, und hofft auf den - nach wie vor hypothetischen - Bau einer Erdgasleitung in den Iran oder über Afghanistan nach Pakistan. Kasachstan, das engere Wirtschaftsbeziehungen zu Moskau unterhält, hat nach zähen Verhandlungen einen langfristigen Vertrag unterzeichnet, der den Transport seines Rohöls großenteils dem russischen Nachbarn anvertraut.

Für Clans und Machteliten ist es ein Leichtes, sich die Gewinne aus der Erdölförderung anzueignen - der Besitz von derartigen Rohstoffen ist somit kein Garant für wirtschaftliche und soziale Entwicklung. In ganz Aserbaidschan, wo sich einige wenige an den Erdöleinnahmen enorm bereichern, gibt es außerhalb der Hauptstadt nur ein bis zwei Stunden Strom am Tag.

Noch schlechter geht es Ländern, die nicht über fossile Ressourcen verfügen. So haben die Energieknappheit und nicht bezahlte Gas- und Ölrechnungen erheb-

lich zur Dauerkrise in Georgien, Moldawien und der Ukraine beigetragen. Moskau stützt sich auf seine neuen Pipeline-Verbindungen nach Europa über seine eigenen Häfen und die geplante Erdgasleitung unter dem Baltikum und konnte den Druck auf seine Nachbarn erhöhen. Das gilt inzwischen sogar für Weißrussland, das lange Zeit ein privilegierter Verbündeter war. Seit Anfang 2006 hat Russland gegenüber Weißrussland die Energiepreise deutlich angehoben - und dabei ganz kühl mit den weltmarktüblichen Preisen argumentiert.

Zweifellos können die Nichterzeugerländer für den Aufbau alternativer Versorgungsnetze und die Stärkung ihrer Unabhängigkeit auf westliche Unterstützung rechnen. Nicht zuletzt die Zerschlagung des Energiekonzerns Yukos belegt die Absicht des Kremls, den staatlichen Einfluss auf diesen Sektor zu verstärken und seinen wichtigsten Trumpf nicht aus der Hand zu geben. Mit dem Ausbau der Energietransportwege nach Japan und China wird Russland ein noch stärkeres Blatt auf der Hand haben.

## WWW

Russisches Zentrum für Energiepolitik

[www.energy.ru/](http://www.energy.ru/)

Gazprom

[www.gazprom.ru](http://www.gazprom.ru)

Russian Petroleum Investor

[www.rpi-inc.com/](http://www.rpi-inc.com/)

Radio Free Europe/Radio Liberty

[www.rferl.org/specials/caspian](http://www.rferl.org/specials/caspian)

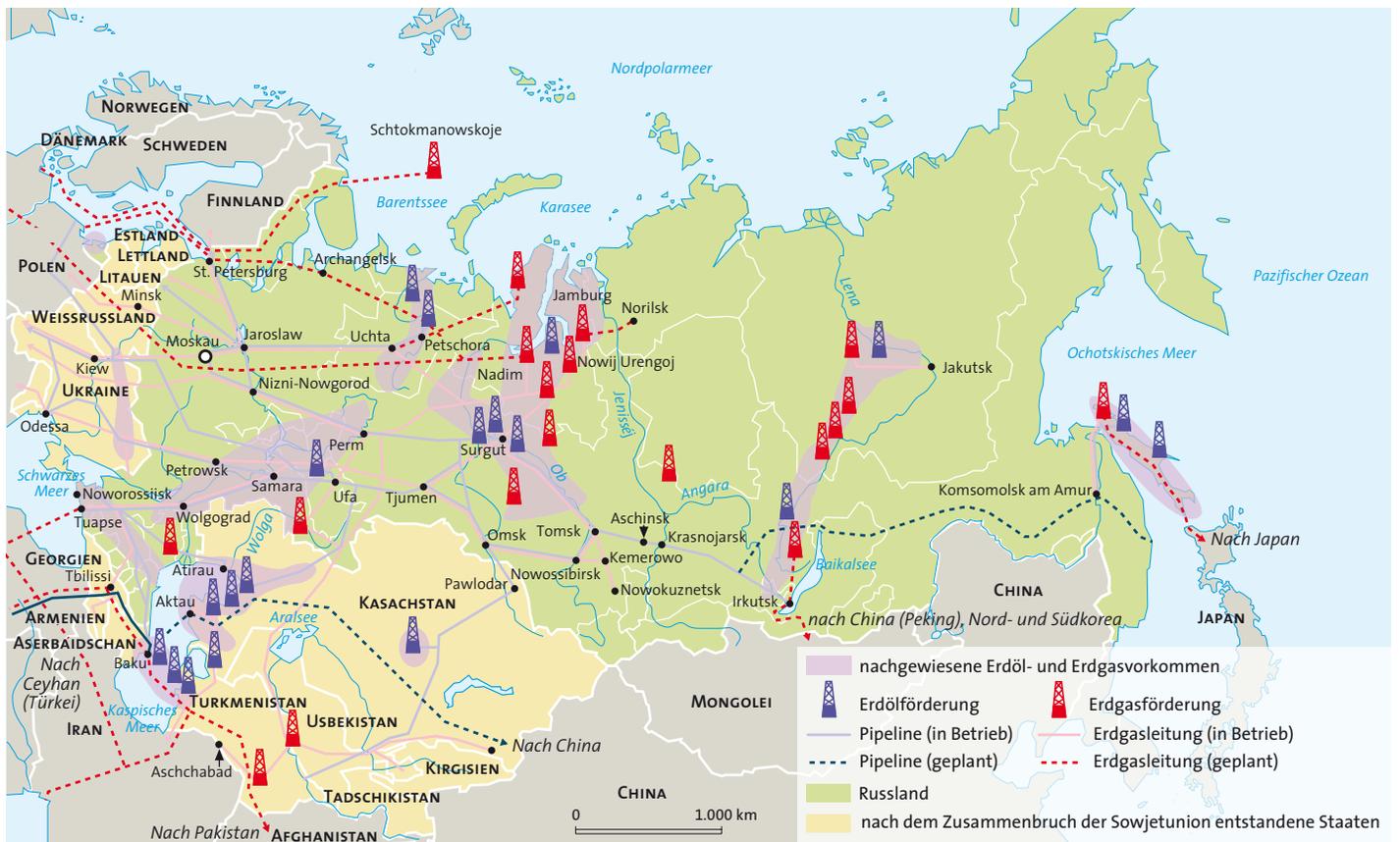
US Department of Energy

[www.fossil.energy.gov/international](http://www.fossil.energy.gov/international)



Die eurasischen Verkehrswege ◀

Die eurasischen Energietransportrouten ◀



# Südkaucasus: Pipelines und ethnische Konflikte

*Die Auflösung der Sowjetunion hat im südlichen Kaukasus die Bildung unabhängiger Staaten ermöglicht. Damit wurden aber auch ethnische Konflikte freigesetzt, für die bislang noch keine Lösung in Sicht ist.*

Eine der wichtigsten Ursachen für die Instabilität des südlichen Kaukasus liegt darin, dass die nationalen Konflikte dieser Region noch keine endgültige politische Lösung gefunden haben. Trotz der bestehenden Waffenstillstandsvereinbarungen zwischen Georgien und seinen »autonomen« Gebieten (1992 mit Südossetien, 1993 mit Abchasien) und auch zwischen Armeniern und Aserbaidschanern im Konflikt um Berg-Karabach können sich die Spannungen jederzeit wieder in offenen Auseinandersetzungen entladen. So ist es im Mai 2004 in Südos-

setien und im März 2005 in Berg-Karabach geschehen.

Die soziale Polarisierung in diesen Gesellschaften hat einen tiefen Umbruch bewirkt. So führte die hohe Arbeitslosigkeit zu einer ständigen Emigration nach Russland und in die Europäische Union, womit Armenien, Georgien und Aserbaidschan fast ein Fünftel ihrer Bevölkerung verloren haben, darunter viele gut qualifizierte Arbeitskräfte. Die Elite hat sich die Gewinne aus der Privatisierung der Staatsbetriebe zugeschanzt, während zugleich die Masse der Bevölkerung verarmte. Viele Städte und ganze Regionen sind in Stagnation verfallen. In Georgien entlud sich die soziale Unzufriedenheit nach der manipulierten Präsidentschaftswahl vom November 2003. Damals gelang es einer Gruppe junger Reformer, Präsident Eduard Schewardnadse im Zuge der so genannten Rosenrevolution zum Rücktritt zu bewegen.

Auch in Armenien und in Aserbaidschan versuchte die Opposition, mit

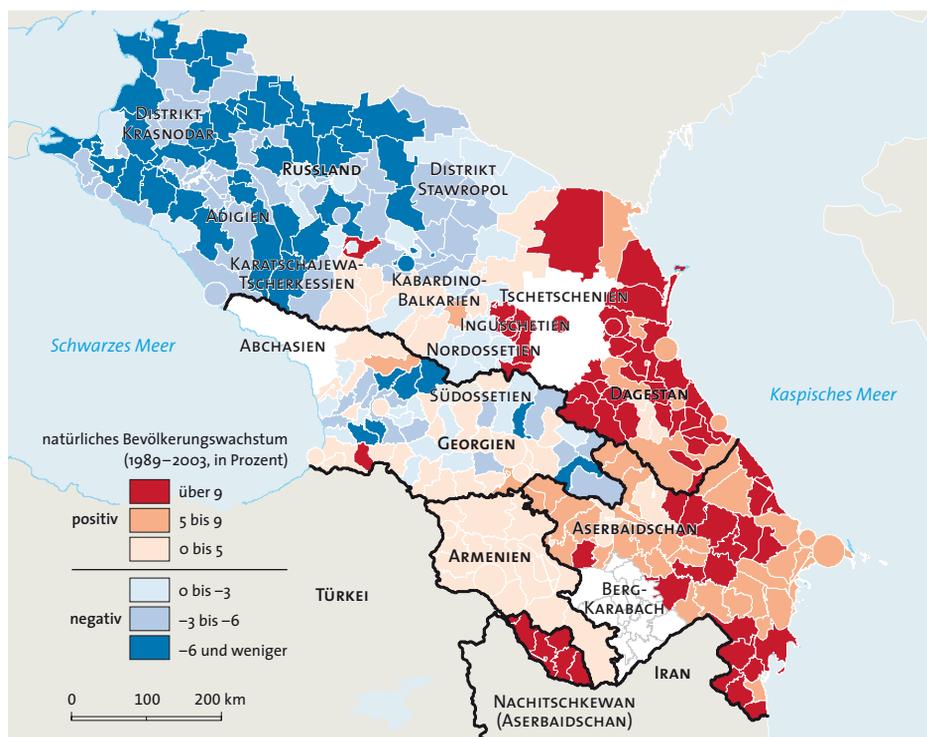
Massendemonstrationen einen Regimewechsel herbeizuführen, doch die Protestbewegungen wurden von Polizei und Geheimdiensten unterdrückt. In beiden Ländern sind die staatlichen Einrichtungen allerdings besser organisiert. Und da sie etwas mehr auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen, sitzen die Regierungen dort auch fester im Sattel.

Jenseits der nationalen und sozialen Konflikte sind es die Ölvorkommen des Kaspischen Meers, die das internationale Augenmerk auf die Kaukasusregion lenken. 1994 unterzeichnete ein internationales Kartell unter Führung des britischen Ölkonzerns BP ein Förderabkommen mit Aserbaidschan. Die bestehende Pipeline zwischen Baku und dem Schwarzen Meer wurde renoviert und eine neue Ölpipeline zum türkischen Ölterminal Ceyhan gebaut. Die Investitionen im Ölsektor rückten die Region noch stärker ins Blickfeld der USA, die hier seit 2001 auch militärisch Fuß gefasst haben.

Die USA und die Nato haben einige hundert Militärberater nach Tbilissi entsandt, wo sie angeblich die georgischen Sicherheitskräfte für den Kampf gegen al-Qaida ausbilden sollen. Für Washington ist der Kaukasus in mehrfacher Hinsicht von strategischem Interesse: als Bastion gegen das Wiedererstarken der russischen Großmacht; als Erdölregion, die dazu beiträgt, die Quellen für fossile Brennstoffe zu diversifizieren; und als Basis für die US-Streitkräfte im Norden des »Greater Middle East« (siehe Seite 122).

Moskaus Einfluss im Südkaucasus begann mit der Perestroika-Politik Mitte der 1980er-Jahre zu bröckeln, als auch die nationalistischen Bewegungen erstarkten. Mit der Unabhängigkeit der neuen Staaten verlor das Zentrum jede direkte Kontrolle. Die mit den Konflikten verbundenen Blockaden ließen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen zusammenbrechen. Auch der militärische Einfluss der Russen schwindet, seit ihre Stützpunkte in Aserbaidschan geschlossen sind und Georgien die rasche Auflösung der Basen von Batumi und Achalkalaki zugesagt wurde. Zu Armenien hat Moskau noch enge militärische Beziehungen.

## ► Geburtenschwache und geburtenstarke Regionen





# Moldawien: Ein Land sucht den Anschluss

*Moldawien liegt an der Grenze zweier kultureller Großregionen, zwischen Zentraleuropa und dem Teil Osteuropas, der historisch an Russland orientiert war. Obwohl in Chişinau heute ein »kommunistischer« Präsident regiert, hat sich das Land mit Moskau überworfen und orientiert sich an der EU. Ungelöst bleibt jedoch der Konflikt um die secessionistische Region Transnistrien.*

Als die Rote Armee 1945 erneut in Bessarabien einmarschierte, nachdem sie das Gebiet schon 1939 bis 1941 aufgrund des Molotow-Ribbentrop-Pakts besetzt hatte, entschied Josef Stalin, die

Budschaksteppe der Ukraine zuzuschlagen, die damit einen Zugang zum Donaudelta erhielt. Für die neu gegründete Republik Moldawien bedeutete dies, dass sie vom Schwarzen Meer abgeschnitten war und zum Binnenstaat wurde. Dagegen blieb Transnistrien ein Teil Moldawiens. Der schmale Gebietsstreifen östlich des Dnjestr, der bei einer Länge von 250 km durchschnittlich nur 20 km breit ist, war 1924 von der Ukraine abgetrennt und der neu gegründeten Moldawischen Autonomen Region angegliedert worden.

Bis zum Zweiten Weltkrieg war Transnistrien eine Art Symbol für den russischen Anspruch auf die Kontrolle Bessarabiens, von 1918 bis 1945 eine Provinz Rumäniens. Die Region war mehrheitlich von Russen und Ukrainern bewohnt, hier war die Schwerindustrie des Landes – u. a. mit einem Stahlkombinat – konzentriert, und hier stand auch die 14. Armee, die Transnistrien zu einem wichtigen strategischen Raum an der Südostflanke der Sowjetunion machte.

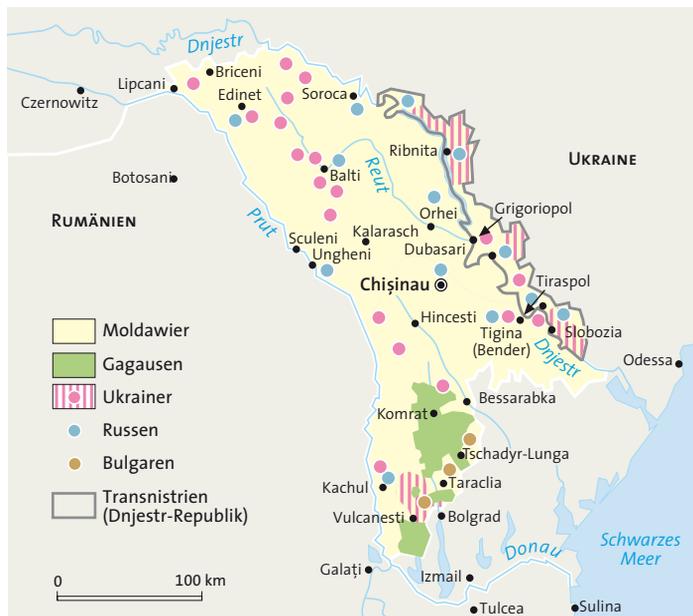
Als Moldawien 1990 seine Unabhängigkeit erklärte, plädierte ein Teil der nationalen Elite für den Zusammenschluss mit Rumänien. Die Begründung lautete,

entgegen der zu Zeiten des sowjetischen Blocks gültigen Fiktion seien alle Moldawier im Grunde Rumänen: Sowohl die in der vormaligen UdSSR als auch die in Ostrumänien lebenden Moldawier sprechen Rumänisch und sind der Religion nach orthodoxe Christen. In diesem Sinne forderten die nationalen Kreise auch, die moldawische orthodoxe Kirche statt dem Patriarchat von Moskau dem Patriarchat von Bukarest zu unterstellen.

Die Russen und Ukrainer Transnistriens waren gegen eine solche Fusion und schufen mit Hilfe Moskaus die Transnistrische Moldauische Republik (TMR), die sich von Moldawien abgespaltete. Auch die Absage des ersten moldawischen Präsidenten Mircea Snegur an die Idee eines Anschlusses an Rumänien (»ein Volk, zwei Staaten«) vermochte die Gemüter nicht zu beruhigen. Zumal dieser Erklärung 1992 der fatale Versuch vorausgegangen war, das Territorium jenseits des Dnjestr gewaltsam zurückzuholen, was aber die 14. Armee unter Befehl von General Lebed vereitelt hatte.

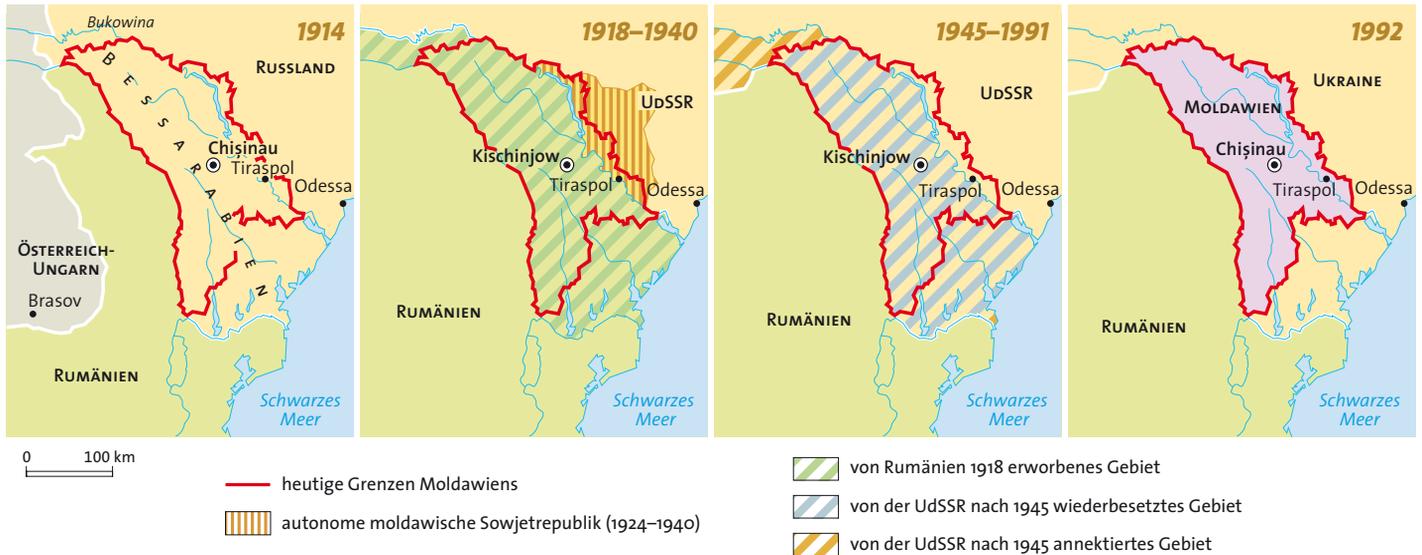
Andere Unabhängigkeitsbestrebungen konnte die Regierung in Chişinau auffangen, indem sie zum Beispiel den Gagau-

## ► Ethnien und Sprachen



## ► Politik und Wirtschaft





Ein Jahrhundert zwischen mächtigen Nachbarn ◀

sen, einem Turkvolk christlich-orthodoxen Glaubens, einen territorialen Autonomiestatus zugestanden. Der Transnistrienkonflikt hingegen blieb ungelöst, nachdem auch eine Fünfergruppe – Russland, Ukraine, OSZE, Moldawien und die TMR selbst – keine Formel für einen politischen Kompromiss finden konnte.

Die TMR entwickelte sich unter ihrem Präsident Igor Smirnow zu einem »schwarzen Loch«, das dem Schmuggel mit Waffen, Menschen, Erdölprodukten und anderen Waren ideale Entfaltungsbedingungen bot. Als der Regierung in Chişinău klar wurde, wie halbherzig Mos-

kau die Wiedervereinigung des Landes unterstützte, gründete sie zusammen mit Georgien, der Ukraine und Aserbaidschan die Guam (benannt nach den Anfangsbuchstaben der Mitgliedstaaten). Diese Gruppierung, der zeitweise auch Usbekistan angehörte, ist westlich orientiert und kritisiert immer wieder die Konflikt schürende Rolle Moskaus in secessionistischen Regionen wie Abchasien und eben Transnistrien.

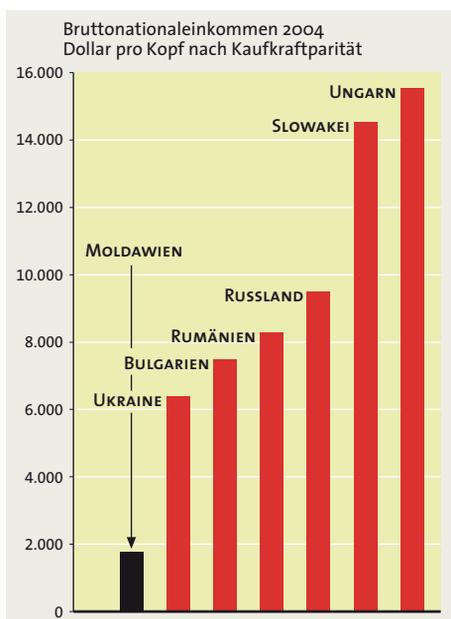
Aus der Präsidentschaftswahl von 2001 ging der Vorsitzende der kommunistischen Partei Moldawiens, Wladimir Woronin, als Sieger hervor. Im Wahlkampf hatte er für die Wiederannäherung an Russland geworben. Er versprach sich von Moskau konkrete Hilfe bei der Lösung des Transnistrienkonflikts und machte dafür einige heftig kritisierte Kompromisse: Moldawisch gilt fortan als gegenüber dem Rumänischen eigenständige Sprache, die moldawische Geschichte soll umgeschrieben werden, russisches Kapital soll Großbetriebe kaufen dürfen.

Im November 2003 schien eine Lösung in greifbare Nähe gerückt. Der unter Umgehung der OSZE ausgearbeitete Kozak-Plan (nach dem Emissär des russischen Präsidenten Putin) sah eine asymmetrische Föderation mit zwei autonomen Gebieten vor (Gagausen-Region und TMR). Doch die Zugeständnisse an Moskau (Vetorecht für die TMR-Vertreter im Bundesparlament, weitere 20 Jahre russische Militärpräsenz, obwohl die 14. Armee schon 2002 hätte abgezogen werden sollen) lösten bei der Opposition Entrüstung aus.

Unter dem Druck der Straße und der OSZE verwarf Präsident Woronin schließlich den Plan. Das Ergebnis war eine schwere Krise mit Moskau und eine Annäherung an die Europäische Union. Doch für Woronin hat sich der Kurswechsel gelohnt, denn im April 2005 gelang ihm die Wiederwahl.

Mit dem Erfolg der »Revolution in Orange« in Kiew ist eine neue Situation entstanden. Jetzt könnte erstmals die ukrainische Grenze zur TMR strikt kontrolliert werden, um den Schmuggel einzudämmen. Auch die Guam-Gruppe gewinnt wieder an Bedeutung und wird um eine energiepolitische Komponente erweitert. Nach einem zwischen Kiew und Chişinău vereinbarten Gebietsaustausch kann Moldawien seinen Zugang zur Donau ausbauen und in Giurgiulesti einen Ölverladehafen und eine Raffinerie bauen, womit es von russischen Gaslieferungen unabhängiger wird. Doch eine Lösung des Transnistrienkonflikts ist immer noch nicht in Sicht.

► In tiefster Armut



WWW

- Berichte der OSZE-Mission in Moldawien
- [www.osce.org/moldova](http://www.osce.org/moldova)
- Bericht des Europarats in englisch
- [www.coe.int/T/E/Com/Files/Events/2003-09-Frozen-conflicts-über-Transnistrien](http://www.coe.int/T/E/Com/Files/Events/2003-09-Frozen-conflicts-über-Transnistrien)
- [transnistria.com](http://transnistria.com)

# Exjugoslawien: Der Zerfall ist noch nicht zu Ende

*Bei den blutigen Konflikten in den 1990er-Jahren ging es um die territoriale Aufteilung, aber auch um den Status der Minderheiten in den neuen Staaten. Die »ethnischen Säuberungen« – in Bosnien wie auch in Kroatien und im Kosovo – bestimmen die Lage der Vertriebenen bis heute. Deren Rückkehr sowie eine allgemeine politische Versöhnung werden jedoch erst möglich, wenn die Kriegsverbrecher bestraft sind.*

Der Bosnienkrieg von 1992 bis 1995 kannte im Grunde keinen Sieger. Dasselbe gilt für den kriegerischen Konflikt im Kosovo und erst recht für seine letzte Phase, die durch die Nato-Luftangriffe im Frühjahr 1999 gekennzeichnet war.

Die Waffenstillstandsvereinbarung, die Ende 1995 bei den Verhandlungen in Dayton (USA) zustande kam, installierte innerhalb eines als souverän anerkannten Staates eine Art Protektorat. Der Staat Bosnien-Herzegowina blieb zwar innerhalb seiner alten Grenzen erhalten, wurde jedoch in ethnische »Gebietseinheiten« aufgeteilt, die das Ergebnis eines Krieges waren, dessen Gründe und Verlauf noch heute innerhalb der einzelnen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich dargestellt werden.

Beim Aushandeln wie bei der Umsetzung der Dayton-Vereinbarungen waren die Großmächte auf die drei Repräsentanten der beteiligten Konfliktpartner angewiesen: den serbischen Präsidenten Slobodan Milošević, den kroatischen Präsidenten Franjo Tuđman und den »Bosniaken« (muslimischen Bosnier) Alija Izetbegović, damals Präsident von Bosnien-Herzegowina. Alle drei sind inzwischen gestorben. Milošević 2006 als Angeklagter vor dem Internationalen Straf-

gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag, Tuđman 1999 noch im Amt und Izetbegović 2003 im Ruhestand. Die von ihnen unterzeichneten Verträge bescherten dem Land eine Verfassung, die man Ende 2005, zehn Jahre nach ihrem In-Kraft-Treten, für nicht praktikierbar erklären musste.

Das Dayton-Abkommen hat die Macht des Belgrader Regimes auch dadurch konsolidiert, dass es sowohl das Thema Kosovo aussparte als auch die ethnischen Säuberungen, denen im Sommer 1995 die etwa 300.000 Serben auf kroatischem Gebiet (vor allem in der Krajina) zum Opfer gefallen waren. Die Großmächte segneten damit die Vertreibung der serbischen Minderheit ab, die seitdem nur noch 5 statt wie vorher 12 Prozent der Bevölkerung Kroatiens ausmacht.

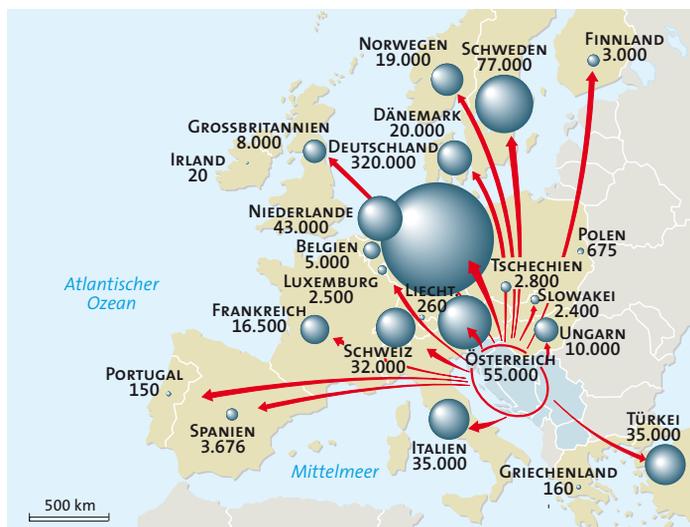
Trotz dieser Defizite des Dayton-Abkommens, die immer noch nicht behoben sind, hat die EU dem beitriftswilligen Kroatien Ende 2005 den offiziellen Kandidatenstatus bescheinigt. Zum selben Zeitpunkt wurden mit Bosnien-Herzegowina Gespräche über ein Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen (SAA) eröffnet, das perspektivisch in die EU führt.

Weniger klar ist, was mit dem Kosovo geschehen soll. Nachdem die albanisch-kosovarische Befreiungsarmee UÇK den

► Flucht und Vertreibung (1991–2001)



◀ Bosnische Asylbewerber in Europa





### ► Was vom Vielvölkerstaat übrig blieb

bewaffneten Kampf für die Unabhängigkeit intensiviert hatte, wurde sie als »terroristische« Organisation gesehen, bis sie 1998 von Washington politisch instrumentalisiert wurde. Nachdem es 1999 auf der Konferenz von Rambouillet nicht gelungen war, den Status der Provinz zu klären, versuchte die Nato mangels Billigung der UNO, ihre Intervention durch die Beteiligung der EU zu legitimieren. Die Kosovoalbaner sahen jetzt die Chance eines Bruchs zwischen Belgrad und Brüssel gekommen, der am Ende ihre Unabhängigkeit ermöglichen würde.

Der Krieg endete dann jedoch mit der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats. Mit Zustimmung von Slobodan Milošević wurde das Kosovo damit der Verwaltung durch die UNO unterstellt, doch formal blieb es ein Teil Serbiens, das in diesem Punkt die Rechtsnachfolge Jugoslawiens antrat. Im Februar 2006 begannen neue Verhandlungen über den Status der Provinz, an deren Ende ein Formelkompromiss bei faktischer Unabhängigkeit des Kosovo stehen könnte.

Inzwischen leiden sowohl das Kosovo als auch Bosnien-Herzegowina an einem Abhängigkeitssyndrom, insofern beide Gebiete für ihr Überleben auf die internationalen Institutionen angewiesen sind. Der Wiederaufbau kommt nicht voran,

die Arbeitslosigkeit liegt bei 50 Prozent, wozu die Härten neoliberaler Wirtschaftskonzepte ebenso beitragen wie die Ungewissheit des künftigen politischen Status.

Der Krieg hat Wunden geschlagen, die bis heute nicht verheilt sind. Und sein Resultat ist ein Friedenszustand, der weder funktionierende Staatswesen noch sozialen Fortschritt gebracht hat. Auch nach mehr als zehn Jahren Quasiprotektorat sind in Bosnien-Herzegowina noch immer nicht alle Verschwundenen von Srebrenica gefunden, und auch die Verantwortung der Blauhelmsoldaten, die die muslimische Enklave schützen sollten, wurde noch nicht aufgearbeitet. Eine Million Menschen – die Hälfte aller Vertriebenen und Flüchtlinge – sind noch nicht an ihre alten Wohnorte zurückgekehrt, darunter auch 200.000 Serben, die in Kroatien lebten. Das liegt in den meisten Fällen an der Schwierigkeit, den verlassenen Besitz zurückzuerlangen, und an der allgemeinen Unsicherheit. Auch aus dem Kosovo sind seit Juni 1999 – trotz der Präsenz von Nato-Truppen – fast 200 000 Nichtalbaner, hauptsächlich Serben, geflohen. Besonders dramatisch ist dabei die Diskriminierung der Roma, die von vielen Albanern für Kollaborateure mit der serbischen Macht gehalten werden.

Entscheidend für eine Versöhnung ist die Bestrafung der Verbrechen. Doch zehn vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) angeklagte Verbrecher befinden sich nach wie vor auf freiem Fuß, darunter der militärische und der politische Führer der bosnischen Serben, Ratko Mladić und Radovan Karadžić. Und in ihrem Herkunftsgebiet gelten die Beschuldigten vielfach als Helden. Die USA machen es deren Unterstützern leicht. Während Washington in Exjugoslawien moralische Noten verteilt, missachtet es selbst das internationale Recht, etwa in Quantanamo, auf dessen Basis Kriegsverbrecher abgeurteilt werden. Und verweigert jede Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof, der weltweit dieselbe Aufgabe wie das Jugoslawientribunal wahrnehmen soll.

### WWW

Gründlich, auf englisch: Znet Balkan Watch  
 • [www.zmag.org/balkanwatch/balkanwatch.htm](http://www.zmag.org/balkanwatch/balkanwatch.htm)  
**Analysen und aktuelle Nachrichten**  
 • [balkans.courriers.info](http://balkans.courriers.info)  
**Website des Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien**  
 • [www.un.org/icty](http://www.un.org/icty)  
**Informative Analysen**  
 • [www.strategic-road.com/dossiers/balkanfr.htm](http://www.strategic-road.com/dossiers/balkanfr.htm)  
**zum Stabilitätspakt Südosteuropa (mit links)**  
 • [www.stabilitaetspakt-soe.de](http://www.stabilitaetspakt-soe.de)

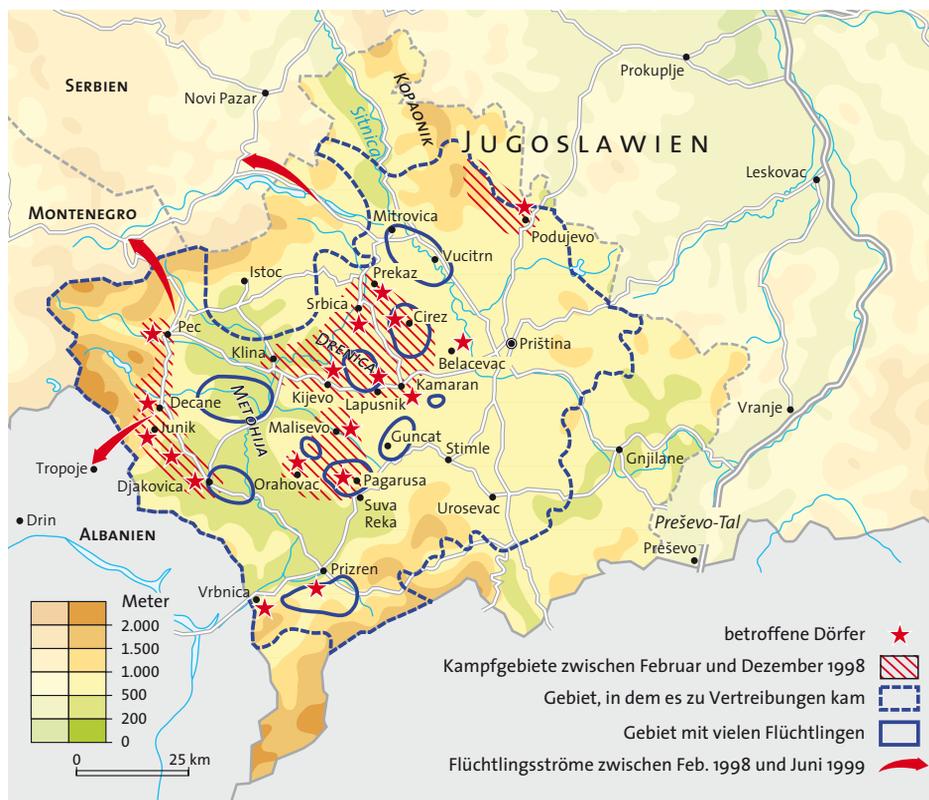
# Kosovo: albanische Zukunft in einer unruhigen Region

*Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis die internationale Gemeinschaft ein unabhängiges Kosovo zulässt. Dass sie noch zögert, hat vor allem einen Grund: Der neue, albanisch geprägte Staat könnte die großalbanischen Träume beflügeln, die extremistische Kräfte in Montenegro, Mazedonien und auch in Albanien hegen.*

Im Januar 2005 erschossen serbische Soldaten einen albanischen Jugendlichen, als er im albanisch besiedelten Presevo-Tal die serbisch-mazedonische Grenze überschritt. Belgrad hat diesen »Irrtum« zwar bedauert, aber solche Zwischenfälle machen deutlich, dass im Dreiländereck Serbien, Mazedonien und Kosovo das Bewusstsein einer Grenze schwach ausgeprägt ist. Die Bewohner der albanischen Dörfer in Südserbien und in der Gegend von Kumanovo auf mazedonischer Seite fühlen sich seit jeher demselben kulturellen, historischen und wirtschaftlichen Raum zugehörig.

Der Grenzverlauf zwischen Serbien und Mazedonien wurde erst im Februar 2001 von den Parlamenten in Skopje und Belgrad formell festgelegt, was klar zu Lasten der albanischen Bevölkerung ging, die bei dieser Entscheidung nicht mitzureden hatte. Diese Missachtung diente dann als Vorwand zur Gründung von zwei albanischen Guerillabewegungen: der »Nationalen Befreiungsarmee« (UCKM) in Mazedonien und der »Befreiungsarmee von Presevo, Medvedja und Bujanova« (UCPMB) im Presevo-Tal, das von den Albanern auch als Ostkosovo bezeichnet wird.

Tatsächlich waren diese Gründungen jedoch Teil einer umfassenden Strategie,



Der Kosovokonflikt 1998–1999 ◀

mit der die albanischen Nationalisten eine schnelle Entscheidung über den Status des Kosovo erzwingen wollten. Ihnen war inzwischen klar geworden, dass die »internationale Gemeinschaft« sich nicht mit dem Gedanken an eine Unabhängigkeit der Provinz anfreunden mochte, die

seit Juni 1999 dem Protektorat der Vereinten Nationen unterstand. Die Nationalisten hofften, neue Spannungsherde könnten die »albanische Frage« – im Sinne eines die bestehenden Grenzen überschreitenden Großalbanien – auf die Tagesordnung setzen.



Die rote Linie umgrenzt das heutige Kosovo.

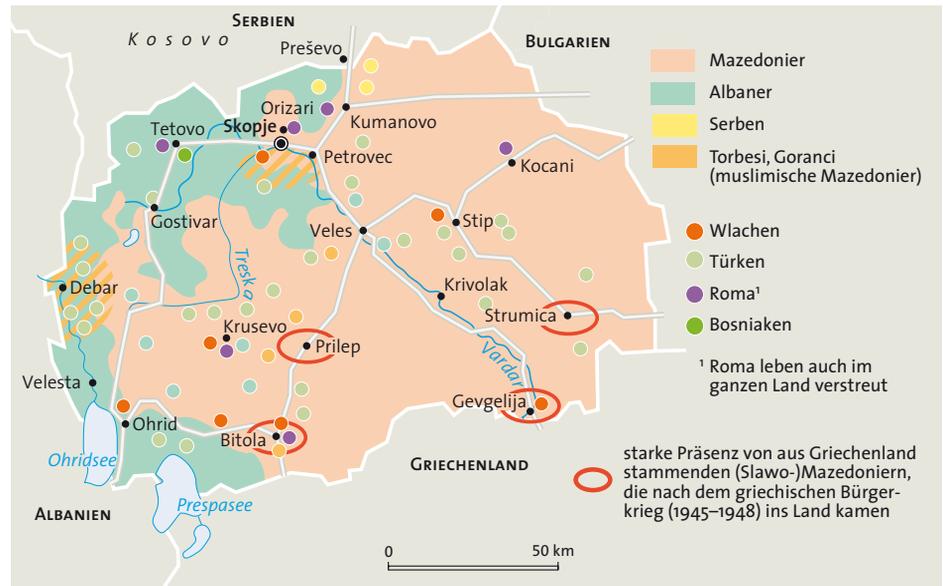


Doch Nato, UNO und EU stellten sich bei der Suche nach eine Lösung für die Krise im Presevo-Tal hinter Belgrad. Mit dem im Mai 2001 geschlossenen Konculj-Abkommen wurde die Auflösung der UCPMB erreicht. Als Gegenleistung erhielt die albanische Bevölkerung eine bessere lokale Integration. Im August 2001 folgte das Rahmenabkommen von Ohrid, das die albanische Guerilla in Mazedonien in einem Moment neutralisierte, da das Land im Bürgerkrieg zu versinken drohte. Das Ohrid-Abkommen sah eine Verfassung vor, die allen in Mazedonien lebenden Volksgruppen (Mazedoniern, Albanern, Türken, Roma, Serben) die gleichen Rechte verleiht und das Land weitgehend dezentralisiert, was vor allem den albanisch besiedelten Gebieten im Westen zugute kommt.

Die konkrete Umsetzung beider Abkommen kommt jedoch nur schleppend voran. Das hängt auch damit zusammen, dass der endgültige Status des Kosovo noch immer nicht feststeht und die wirtschaftliche Misere die Menschen unzufrieden macht. Immerhin hat es aber seit 2001 keine Guerillagruppe mehr geschafft, in der Region neue Unruhe zu schüren.

Zwar traten verschiedene bewaffnete Gruppen in Erscheinung, etwa die »Albanische Nationalarmee« (AKSH), die im Grunde nur aus jungen Leuten bestand, die im Kosovokrieg gekämpft hatten und seitdem ohne Beschäftigung waren. Diese »Feierabendkrieger für ein Großalbanien« sind stark mit kriminellen Aktivitäten beschäftigt. So ist das Presevo-Tal seit Jahrzehnten eine der wichtigsten Stationen auf der »türkischen Route«, über die Heroin nach Westeuropa gelangt.

Entscheidend wird jedoch sein, was im Kosovo selbst geschieht. Die Albanerpar-



Der Nachbar im Süden – Mazedonien und seine Ethnien ◀

teien rücken die Unabhängigkeit ins Zentrum ihrer politischen Forderungen, wobei sie jede Veränderung der Grenzverläufe ausschließen. Diese Haltung resultiert aus strategischen Erwägungen: Die Albaner wollen auch in einem unabhängigen Kosovo die Kontrolle über die überwiegend von Serben bewohnten Regionen – vor allem um Mitrovica im Norden – behalten. Doch wer gegen eine Aufteilung des Kosovo ist, muss logischerweise an allen bestehenden Grenzen festhalten – was wiederum den Albanern des Presevo-Tals überhaupt nicht gefällt, die den »Anschluss« an das Kosovo wollen.

Eine vorgezogene Entscheidung über den endgültigen Status des Kosovo, die schon vor Ende 2006 fallen könnte, stellt die Region vor eine gefährliche Alternative. Wird die Unabhängigkeit verweigert oder aufgeschoben, würde nicht nur die

albanische Bevölkerungsmehrheit mit Empörung reagieren, es könnte auch zu neuen Unruhen im Presevo-Tal, in Mazedonien und sogar in Montenegro kommen. Umgekehrt könnte ein unabhängiges Kosovo eine solche Anziehungskraft auf die albanische Bevölkerung der umliegenden Länder ausüben, dass womöglich Mazedonien auseinander gerissen würde. Dies würde mehrere Grenzen in der Region wieder infrage stellen.

**WWW**

- United Nations Interim Administration Mission in Kosovo
- [www.unmikonline.org](http://www.unmikonline.org)
- aus albanischer Sicht (mit Links)
- [www.alb-net.com](http://www.alb-net.com)
- fundierte Informationen vom Institute for War and Peace Reporting
- [www.iwpr.net](http://www.iwpr.net)
- Albanian-Serb Information Exchange Forum
- [www.kosovakosovo.com](http://www.kosovakosovo.com)

Die albanische Frage im 19. und 20. Jahrhundert ◀



# Zypern: Die EU erbt einen Krisenherd

*Das Zypernproblem steht seit fünfzig Jahren auf der internationalen Tagesordnung, doch ein Kompromiss zwischen griechischer und türkischer Volksgruppe ist nicht in Sicht. Die Hoffnung der EU, dass die Aufnahme der geteilten Republik eine Wiedervereinigung fördern könnte, hat sich nicht erfüllt. Vielmehr schafft der Zypernkonflikt der Union erhebliche Probleme, auch im Verhältnis zum Beitrittskandidaten Türkei.*

Das Zypernproblem ist eine Hinterlassenschaft der Kolonialgeschichte, doch seine Schärfe und Dauer ist eine Folge der konkurrierenden Aspirationen der griechischen und der türkischen Volksgruppe und ihrer »Mutterländer«. Das ursprüngliche Ziel der griechischen Mehr-

heit (80 Prozent der Bevölkerung) war die Vereinigung mit Griechenland (Enosis), das der türkischen Minderheit (18 Prozent der Bevölkerung) die Teilung (Taksim) und ein separater Staat. Beide nationalistischen Konzepte schienen 1960 durch die Gründung der Republik Zypern neutralisiert.

Doch die Führer beider Volksgruppen verfolgten ihre Maximalziele weiter, wengleich mit unterschiedlichem Erfolg. 1963 provozierte die griechische Führung einen Bürgerkrieg, der Enosis herbeiführen sollte, tatsächlich aber die Entflechtung beider Volksgruppen in Gang setzte, die bis dahin als gute Nachbarn gelebt hatten. Die Mehrheit der türkischen Zyprioten zog sich in Enklaven zurück, die ihre Führer auf Zypern und in Ankara als Keimform eines Separatstaats sahen (siehe Karte rechts: 1970).

Das türkische Maximalziel erfüllte sich 1974 mit dem Putsch der Athener Obristen gegen die Regierung Makarios. Der bot Ankara die Chance zu einer Invasion, deren Resultate den Zypernkonflikt bis

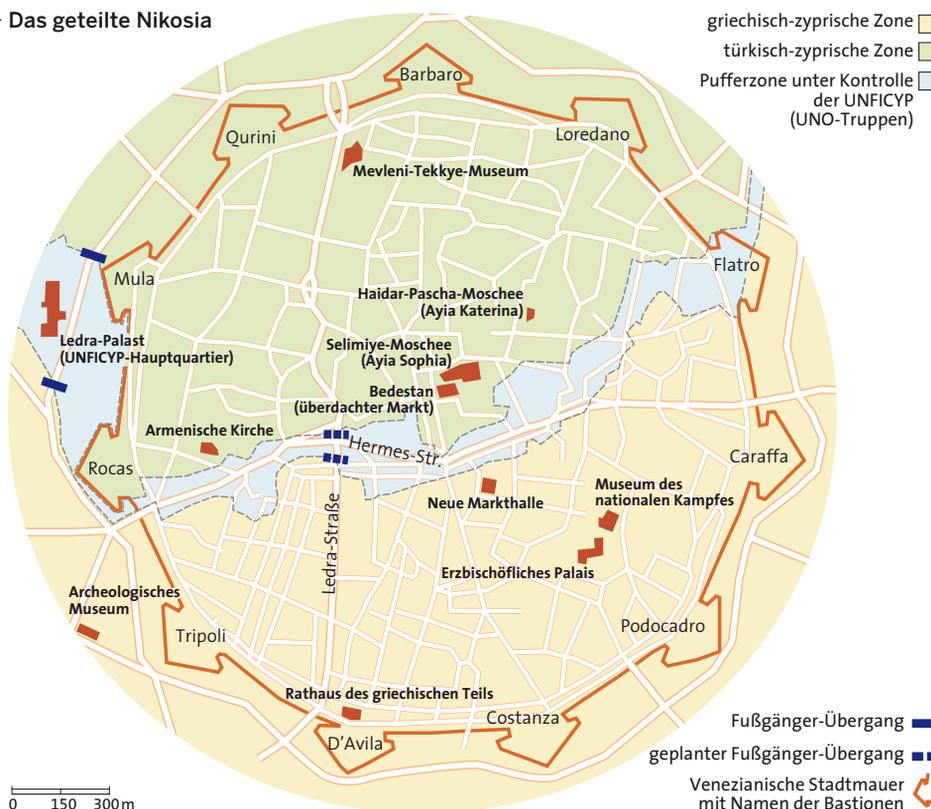
heute bestimmen: dauerhafte Okkupation von 36 Prozent des Territoriums; Flucht von 160.000 griechischen Zyprioten nach Süden; Entstehung zweier »ethnisch bereinigter« Zonen: eines türkisch besiedelten Nordens und eines griechisch besiedelten Südens.

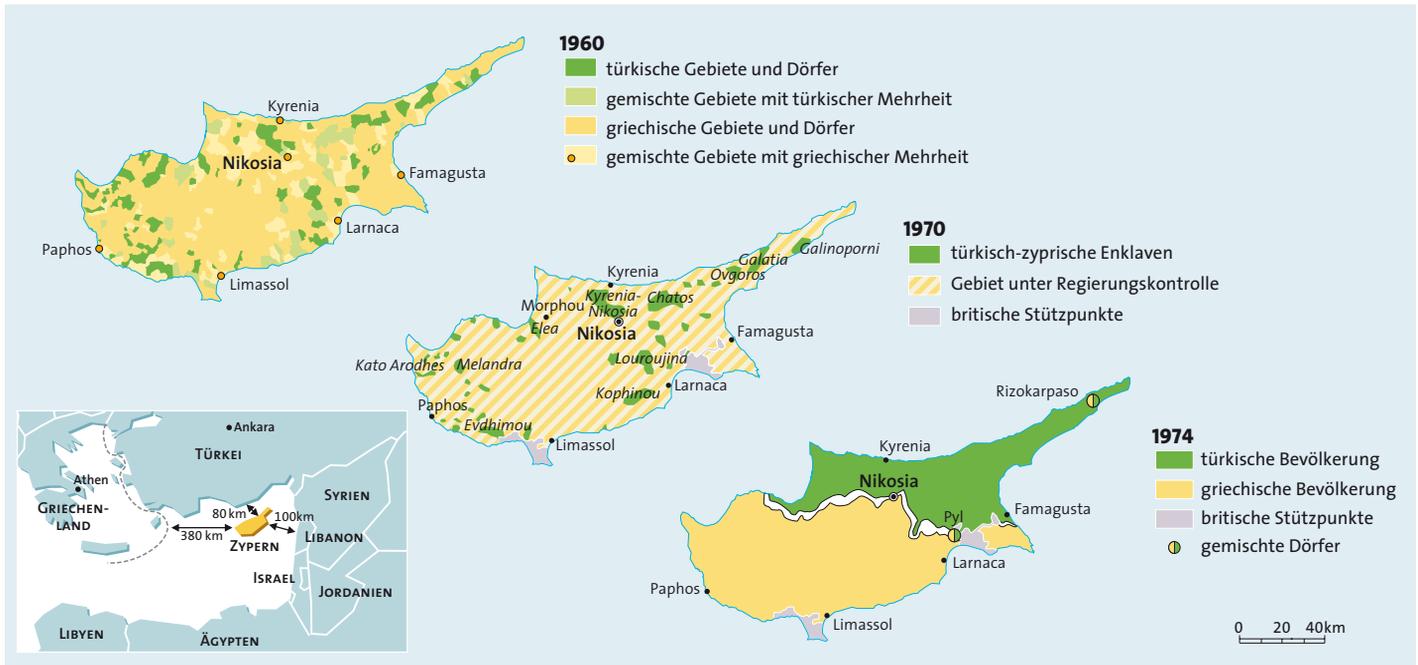
Obwohl der Süden völkerrechtlich ganz Zypern repräsentiert, ist der Norden bis heute faktisch ein türkisches Protektorat, das als Staat nur von Ankara anerkannt wird. Seit 1975 bemühten sich die Vereinten Nationen vergebens, die Teilung wie auch die völkerrechtliche Anomalie zu überwinden. Die Erfolgchancen besserten sich erst, als die EU gleich doppelt in die Zypern-Frage involviert wurde: mit der Aufnahme der Republik Zypern zum 1. Mai 2004 und mit der Beitrittsperspektive für die Türkei, ermöglicht durch die Reformpolitik der Regierung Erdogan.

Als begünstigende Faktoren kamen hinzu: die positive Haltung der Athener Regierung, die Rebellion der türkischen Zyprioten gegen die Politik ihres Präsidenten Denktasch, der eine Lösung wie auch die EU-Perspektive blockiert hatte, und die konfliktfreie Begegnung beider Volksgruppen nach Öffnung der »grünen Linie« im Frühjahr 2003. Diese Konstellation ermutigte den UN-Generalsekretär im November 2003 zu einer neuen Initiative. Doch der Annan-Plan, der ein wiedervereinigtes Zypern in Form einer »bizonalen Föderation« unter dem Dach der EU vorsah, wurde von den griechischen Zyprioten mit großer Mehrheit abgelehnt, nachdem ihr Präsident den Plan als »selbstzerstörerisch« bezeichnet hatte.

Die Fronten haben sich seit dem Referendum vom April 2004 noch verhärtet. Im Süden haben die Kräfte Oberwasser, die ihr politisches Kapital in die Teilung investieren. Die Politik der Regierung Papadopoulos zielt faktisch auf die individuelle Reintegration der türkischen Zyprioten in die griechisch dominierte Republik statt auf eine Föderation zweier gleichberechtigter Partner. Im Norden wiederum ist die vereinigungswillige Regierung Talat heute von der Regierung Erdogan ebenso abhängig wie vormals das Denktasch-Regime von der türkischen Armee. Und dass die Polizei noch immer dem Oberbefehlshaber der türkischen Besatzungstruppen untersteht, zeigt,

► Das geteilte Nikosia





Die ethnische Trennung ◀

dass weder Erdogan noch Talat die Interessen der türkischen Armee in Zypern anzutasten wagen.

Die Teilung wird auch durch die ökonomischen Entwicklungen zementiert. Der Süden, dessen lebenswichtiger Tourismus in der Krise steckt, hat kein Interesse, den Tourismus des Nordens aufzuwerten. In anderen Branchen gibt es massiven Widerstand gegen die Öffnung für billige Produkte des türkischen Sektors, die von EU-Seite befürwortet wird. Im Norden lebt die Konjunktur von einem Bauboom in Form touristischer Projekte, die großenteils auf griechischem Grundbesitz entstehen. Das aber ist ein massives Hindernis für eine politische Lösung, die maßgeblich von einer Regelung der Eigentumsansprüche abhängt, wobei die zypriotischen »Alteigentümer« ihre Ansprüche auf Entscheidungen der höchsten EU-Gerichte stützen können.

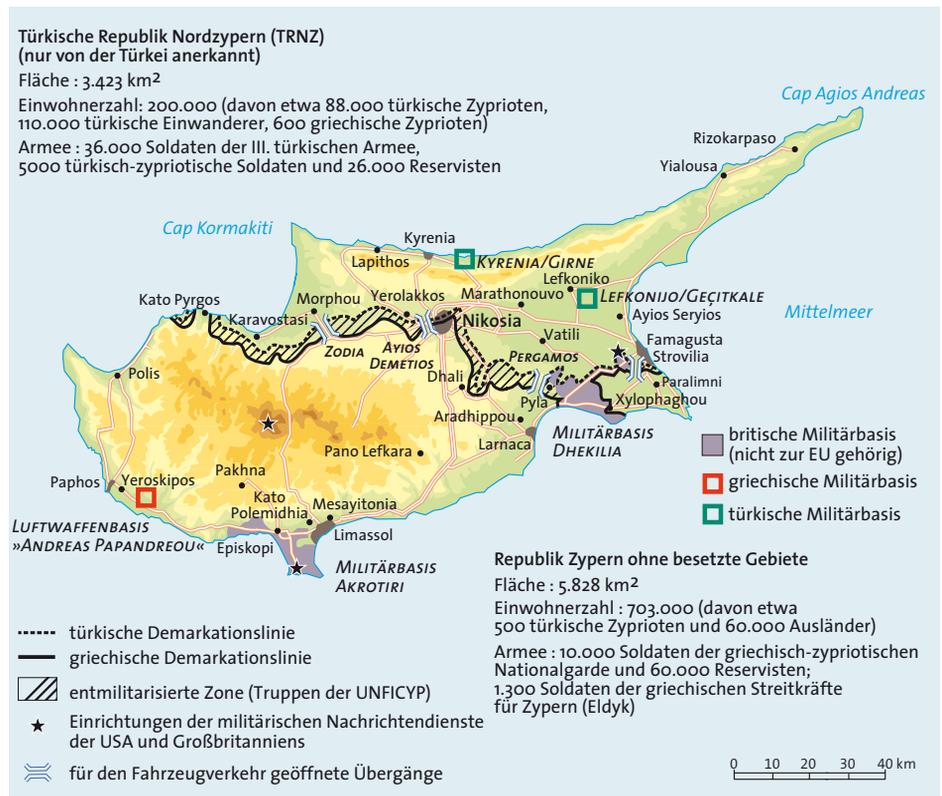
Die EU selbst hat keinen großen Einfluss auf die Entwicklung der Dinge. Da die Regierung Papadopoulos dem Klub angehört, kann sie missliebige Initiativen der EU-Kommission zugunsten der türkischen Zyprioten jederzeit blockieren. Das gilt auch für das Verhältnis zwischen der Türkei und der EU, die z. B. die Öffnung türkischer Häfen für zypriotische Schiffe fordert. Damit hängt die Zypernfrage wie ein Damoklesschwert über den Beitrittsverhandlungen Ankaras. Wobei die EU-skeptischen politischen Kräfte in Ankara wie auch die Türkei-skepti-

schen Kreise innerhalb der Union diese Frage instrumentalisieren können, um die europäische Perspektive der Türkei zu torpedieren. Sollten diese Kräfte die Oberhand behalten, wäre die Teilung Zyperns endgültig.

**WWW**

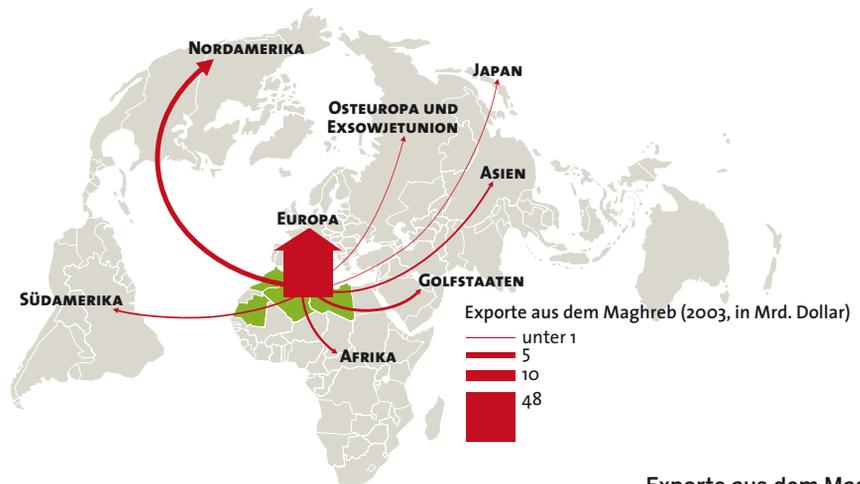
- aktuelle Nachrichten auf Englisch
- [www.cyprus-mail.com/news](http://www.cyprus-mail.com/news)
- Deutsch-Zypriotischen Forum (mit Links)
- [www.dzforum.de/0401.php](http://www.dzforum.de/0401.php)
- British High Commission in Cyprus
- [www.britain.org.cy](http://www.britain.org.cy)

Eine besetzte Insel ◀



# Enttäuschte Hoffnungen im Maghreb

*Bis zu den Anschlägen vom 11. September 2001 zählten die Maghrebländer Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen international eher zu den Nebenschauplätzen des Nahostkonflikts. Der anschließende Krieg gegen den Terrorismus ermöglichte es den Machthabern der Region, an ihren autoritären Herrschaftsformen festzuhalten.*



Exporte aus dem Maghreb ◀

Im Jahr 1999, als in Algerien Abdelaziz Bouteflika zum Staatspräsidenten gewählt wurde und in Marokko König Mohammed VI. den Thron bestieg, keimte in den Maghrebländern die Hoffnung auf Veränderungen, obgleich das Regime in Tunesien völlig verknöchert schien und Libyen noch im politischen Abseits stand.

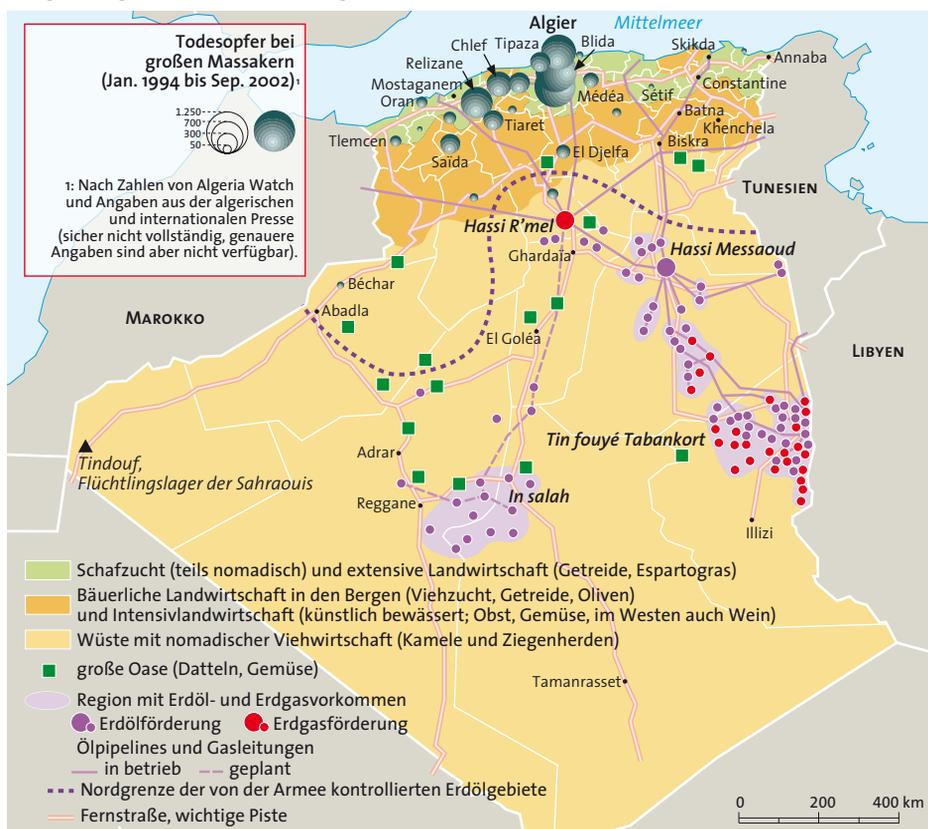
Doch in der Folge hielten die neuen Machthaber in Algerien und Marokko nicht, was sich ihre Partner im Norden und Westen und viele Menschen im Maghreb (vor allem die Jugend und die Frauen) von ihnen versprochen hatten, sondern machten im alten Trott weiter. Dabei kam ihnen zugute, dass sie nach dem 11. September

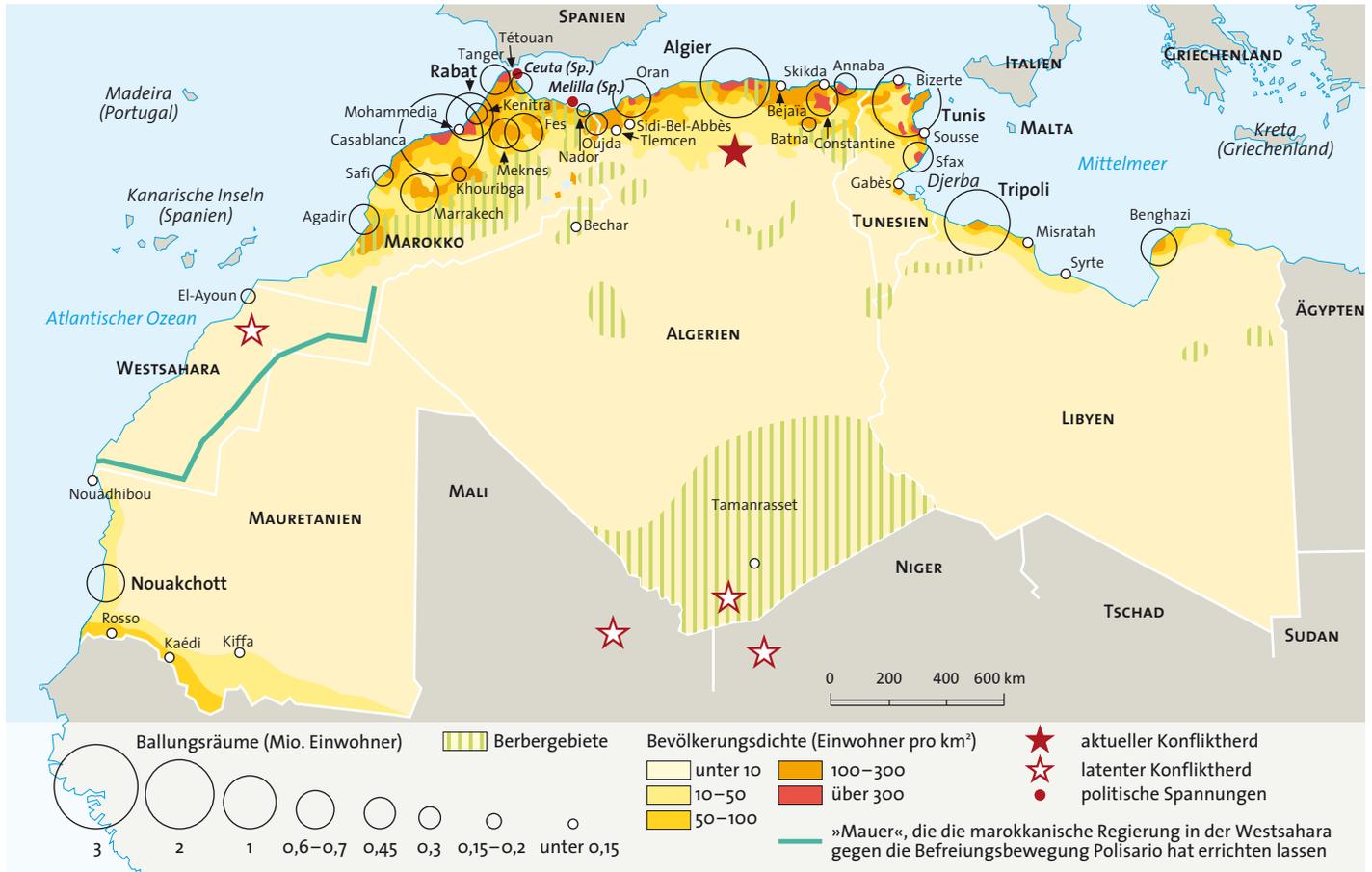
2001 ihr rabiates Vorgehen gegen die Islamisten als eine Variante der Terrorismusbekämpfung legitimieren konnten.

So versuchte die politisch-militärische Führung in Algerien, den Bürgerkrieg (mit mehr als 150.000 Toten und fast 7000 »Verschwundenen«) zum Bestandteil eines internationalen Kampfs zu erklären, unter dem Algerien besonders früh zu leiden gehabt habe. Nach der neuen Lesart ging dieser Konflikt nicht etwa auf den Abbruch der Parlamentswahlen vom Januar 1992 zurück, sondern war ein Werk des internationalen Terrorismus. Algerien gab sich als leidgeprüftes Opfer und bot Washington einen »Erfahrungsaustausch« an – vor allem in Form von Informationen über flüchtige Terrorverdächtige. Die Rechnung ging auf: Das Regime konnte seine Beziehungen zu vielen Staaten und internationalen Organisationen normalisieren. So unterschrieb Algerien ein Partnerschaftsabkommen mit der Europäischen Union (EU) und begann Verhandlungen über den Beitritt zur Welt Handelsorganisation (WTO), Präsident Bouteflika durfte an den G8-Gipfeltreffen teilnehmen, der Handelsaustausch mit den USA nahm zu, die Streitkräfte veranstalteten im Mittelmeer gemeinsame Manöver mit der Nato.

Angesichts der neuen Situation intensivierte auch Rabat und Washington ihre Zusammenarbeit. 2005 erhielt Marokko 57 Millionen US-Dollar an Hilfgeldern aus den USA – 37 Millionen mehr als im Vorjahr. Im Juni 2004 hatten beide Länder ein Freihandelsabkommen unterzeichnet, das schrittweise 95 Prozent der

## ► Bürgerkrieg und Wirtschaft in Algerien





### Konflikte und Spannungen in Nordafrika ◀

Zölle auf Industrie- und Konsumgüter abzubauen soll. Zugleich erklärte US-Präsident Bush Marokko zu einem »wichtigen Verbündeten außerhalb der Nato«.

Auch Tunesien und Libyen wirkten im Krieg gegen den Terrorismus mit. Das gab Tripolis die Chance, das Image des »Schurkenstaats« los zu werden und sich auf der internationalen Bühne zurückmelden. Nachdem Staatschef Muammar al-Gaddafi auf die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen verzichtet und der UN-Sicherheitsrat die 1992 verhängten Sanktionen gegen Libyen aufgehoben hatte, konnte das Land auch seine Beziehungen zur EU verbessern.

In Washington geht man davon aus, dass die innere Sicherheit der USA von der Demokratisierung in der arabischen Welt abhängt, während die EU den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Länder des Südens und der Stabilität im Mittelmeerraum betont. Die internationale Rückendeckung, die sie mit ihrer Kooperationsbereitschaft im Kampf gegen den Terrorismus gewannen, konnten die Regime im Maghreb nutzen, um überwunden geglaubte Formen autoritärer

Herrschaft neu zu festigen. In Algerien baut die Partei des Präsidenten, obwohl der Bürgerkrieg offiziell als beendet gilt, auf ihre Macht als Einheitspartei, wobei dieses System mehr denn je auf Günstlingswirtschaft und Korruption beruht.

Nach den Anschlägen vom 16. Mai 2003 in Casablanca, die 43 Todesopfer forderten, ermittelten die marokkanischen Behörden vor allem gegen eine kleine radikale Gruppe wahhabitischer Islamisten. Ein neues Antiterrorgesetz hat inzwischen die Befugnisse der Sicherheitskräfte erheblich ausgeweitet. Bestimmte Dinge dürfen nicht in Frage gestellt werden (Islam, Monarchie, die territoriale Integrität unter Einschluss der Westsahara) – Veränderungen darf es nur innerhalb des bestehenden Systems und nur mit dem Segen des Königshauses geben. Immerhin hat eine Wahrheitskommission (IER) viele der Verbrechen aufgedeckt, die unter der Herrschaft König Hassan II. von staatlichen Organen begangen wurden.

Libyens Staatschef arbeitet am neuen internationalen Image seines Landes, aber innenpolitisch ist von dieser Politik der Öffnung nichts zu spüren. Jede Art

von Opposition wird noch immer gnadenlos unterdrückt. Das gilt ebenso für Tunesien.

Insgesamt sieht es so aus, als gebe es einen Zusammenhang zwischen den Loyalitätsbekundungen der Maghreb-Regime im Krieg gegen den Terrorismus und den zurückhaltenden Reformforderungen des Westens, die offenbar die Macht ihrer neu gewonnenen Verbündeten nicht gefährden wollen. Dieses Zusammenspiel dürfte den Menschen in der Region wie ein Täuschungsmanöver vorkommen, das darauf zielt, die Frage nach der Legitimität der Machthaber gar nicht aufkommen zu lassen.

### WWW

Institut für zeitgenössische Maghreb-Studien  
[www.irmcmaghreb.org/](http://www.irmcmaghreb.org/)  
 Archiv der Zeitschrift Monde arabe Maghreb-Machrek  
[www.ladocumentationfrancaise.fr/revues/mm/index.shtml](http://www.ladocumentationfrancaise.fr/revues/mm/index.shtml)  
 Umweltorganisation Enda Maghreb  
[www.enda.org.ma](http://www.enda.org.ma)  
 Algeria Watch  
[www.algeria-watch.org](http://www.algeria-watch.org)  
 Maghreb des droits de l'homme  
[www.maghreb-ddh.org](http://www.maghreb-ddh.org)

# Westafrika: Putschisten, Warlords, Demokraten

*Die ölreiche Großregion ist zugleich die neue »Wetterzone« des afrikanischen Kontinents. Trotz vieler Konflikte ist die west-afrikanische Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas zu einem wirksamen Krisenmanagement noch nicht imstande. Und die Interventionen des Westens gelten nicht nur dem Wohl der Menschen, sondern auch der Sicherung der Rohstoffvorkommen.*

Westafrika hat eine lange politische Tradition aus vorkolonialen Zeiten, als es bereits die Königreiche der Mossi und der Aschanti oder die Königreiche Mali, Songhai und Benin gab. Später stellte das koloniale »Französisch-Westafrika« dem französischen Mutterland – während der beiden Weltkriege und in späteren Kolonialkriegen – dessen wichtigsten afrikanischen Truppen, die senegalesischen Schützenbataillone (*tirailleurs sénégalais*). Auch das britische Kolonialreich hatte seine westafrikanischen »Juwelen«, zum Beispiel Nigeria, das mit 140 Millionen Menschen heute

das bevölkerungsreichste und zugleich das ölreichste Land des Kontinents ist. Doch dieser Reichtum hat die Korruption gewaltig angeheizt. Er fördert zudem auch die separatistischen Bestrebungen der Völker im Nigerdelta, wo die Menschen die Umweltbelastungen der Ölförderung, aber nichts vom Geldsegen abbekommen. Im Norden der Großregion verläuft auch die Grenze zwischen dem »weißen« Nordafrika und »Schwarzafrika«, die in Nigeria und Elfenbeinküste zugleich eine ethnisch-religiöse Bruchlinie darstellt.

Die Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (Economic Community of West African States, Ecowas) ist die älteste regionale Organisation des Kontinents. Ihre fünfzehn Mitgliedstaaten, zu denen ehemalige englische und französische Kolonien gehören, versuchten eine Freihandelszone zu etablieren. Doch aufgrund der vielen Konflikte (Sierra Leone, Liberia, Elfenbeinküste) betätigt sich die Ecowas heute vor allem als »regionaler Gendarm«. Ihr bewaffneter Arm, die von der nigerianischen Armee dominierte Ecomog (Ecowas Monitoring Group), hat als provisorische Eingreiftruppe den UN-Blauhelmeinsätzen in Liberia (Unmil), Sierra Leone (Unamsil) und in der Elfenbeinküste den Weg bereitet.

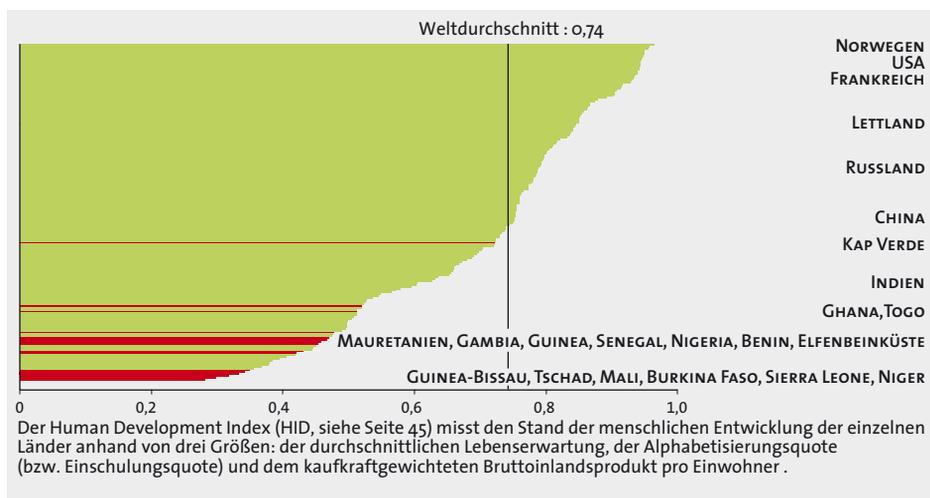
In diesen von mörderischen Bürgerkriegen heimgesuchten Staaten bemüht man

sich mit so genannten DDR-Programmen (*disarmement, demobilisation, reintegration*) um die Entwaffnung, Demobilisierung und soziale Wiedereingliederung von zehntausenden ehemaligen Kämpfern und insbesondere der Kindersoldaten. Damit sollen die Voraussetzungen für eine Rückkehr zur Normalität und für demokratische Wahlen geschaffen werden. Zudem setzte die »internationale Gemeinschaft« eine neue Regelung für den Diamantenhandel durch, um den Schmuggel mit »Kriegsdiamanten« zu unterbinden, mit dem sich die Milizen in Sierra Leone und Liberia finanzierten. Schließlich wurde auch Charles Taylor, der ehemalige Präsident Liberias, von seinem Zufluchtsland Nigeria an das UN-Sondertribunal für Sierra Leone in Den Haag ausgeliefert.

In Westafrika lebten 2004 rund 290 Millionen Menschen, bis 2025 wird diese Zahl auf 430 Millionen steigen. Die gesundheitliche Lage in der Region hat sich trotz Aids und des Wiederauflebens der Malaria gebessert. Heute sind 45 Prozent der Bevölkerung junge Leute unter 15 Jahren, von denen viele in den städtischen Ballungszonen leben. Diese Jugend führt ein Leben zwischen Traum und täglicher Selbstbehauptung, weshalb »Warlords«, machtgerige Politiker und religiöse Heilsverkünder willige Anhänger finden. Für viele ist die letzte Hoffnung die Emigration – konkret der Versuch, irgendwie nach Europa zu gelangen

In der Währungszone des CFA-Franc (dem ehemaligen Franc der französischen Kolonien) wächst das Bruttonationaleinkommen (BNE) nicht mehr schnell genug, um die demografische Explosion aufzufangen. In die Länder der Sahelzone kehrte 2005 nach fünfzehn Jahren ohne Hunger wieder die Angst zurück. Die Ursachen waren unzureichende Regenfälle und schlechte Ernten, die um 50 Prozent gesunkenen Baumwollexportpreise sowie die immer wiederkehrenden Heuschreckenschwärme. Die Binnenstaaten litten außerdem unter der politischen Krise, die 1999 in der Elfenbeinküste ausgebrochen war. Dieses ehemalige »Musterland« erbrachte früher innerhalb der Ecowas ein Fünftel der gesamten Wirtschaftsleis-

## ► Index der menschlichen Entwicklung: die Region im Vergleich





Innere Konflikte und äußere Einflüsse ◀

2005 war dieser Anteil auf ein Zehntel gesunken.

Auf politischer Ebene sieht es nicht besser aus: Umstrittene Präsidenten kleben an ihren Posten wie in Guinea; die Militärs zeigen Putschgelüste wie in Guinea-Bissau, wo sich die Armee seit der Unabhängigkeit ständig in die Politik einmischt. Und in Togo hat sich der Sohn des verstorbenen Präsidenten als Nachfolger installiert. Dennoch gibt es noch einige Oasen der Demokratie wie etwa Benin und Senegal. Und im anglophonen Westafrika bietet Ghana das Beispiel eines friedlichen Machtwechsels.

Die 1994 erfolgte Abwertung des CFA-Franc, der Bankrott der multinationalen

Air Afrique und die faktische Zweiteilung der Elfenbeinküste dokumentieren den Niedergang einer Region, die Frankreich früher als seine westafrikanische Domäne betrachtet hat. Dass der einstige »Pate« ständig an Einfluss verliert, wird seit einigen Jahren von den Vereinigten Staaten ausgenutzt, die in Westafrika auffällige militärische Aktivitäten entfalten (vor allem in Mali, in Senegal und in der Inselrepublik São Tomé und Príncipe). Diese laufen zwar unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus in der Sahelzone, sollen tatsächlich aber die reichen Ölvorkommen im Golf von Guinea und andere Rohstoffe sichern helfen.

**WWW**

- tägliche Übersicht über Afrika-Beiträge (deutsch)
  - [www.net-news-global.de/index.php?cat=58](http://www.net-news-global.de/index.php?cat=58) deutsch
- West Africa Review
  - [www.westaficareview.com](http://www.westaficareview.com)
- Medienanalysen, beim Institut Panos Afrique de l'Ouest
  - [www.panos-ao.org](http://www.panos-ao.org)
- Afrikastudien der Columbia University (mit Links)
  - [www.columbia.edu/cu/lweb/indiv/africa/cuvl/West.html](http://www.columbia.edu/cu/lweb/indiv/africa/cuvl/West.html)
- englische Website der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft
  - [www.ecowas.int](http://www.ecowas.int)
- West African Network for Peace Building
  - [www.wanep.org](http://www.wanep.org)

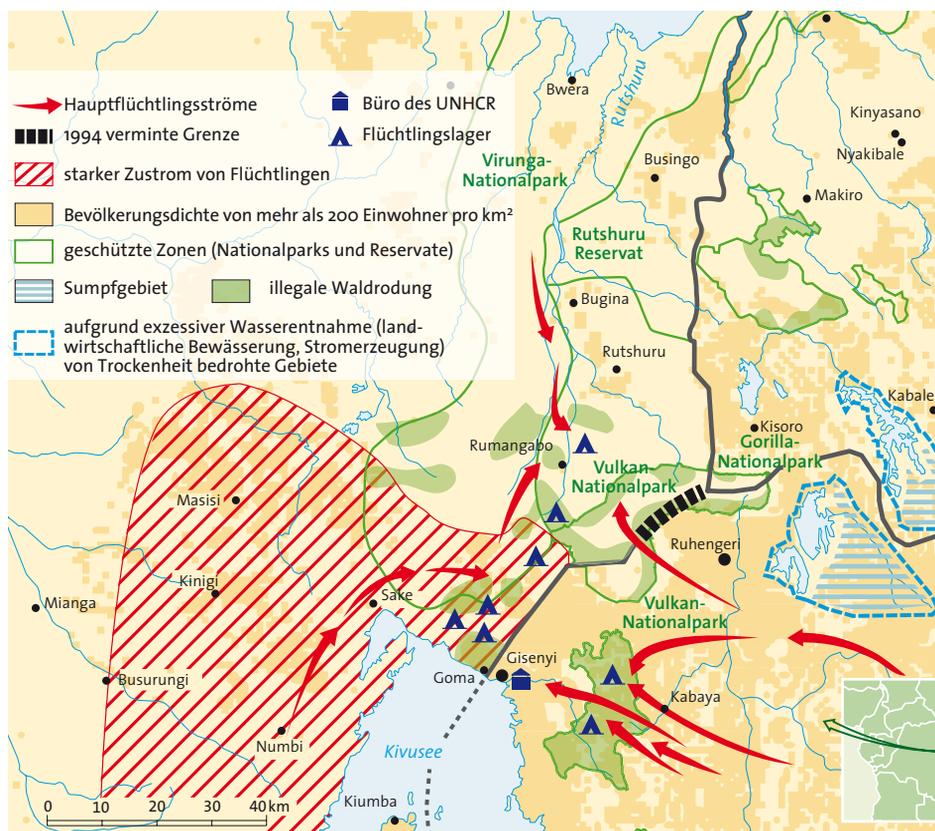
# Das Afrika der Großen Seen: nach dem Genozid

*Politische Gewalt und ethnisch motivierter Hass haben in der zentralafrikanischen Region der Großen Seen besonders viele Opfer gefordert. Das Resultat von fünfzehn Jahren Barbarei sind fast 5 Millionen Tote im Kongo, in Ruanda und Burundi. Weiterhin finanzieren sich die Milizen durch die in den Industrieländern begehrten Bodenschätze. Die Demokratisierung macht nur langsam Fortschritte.*

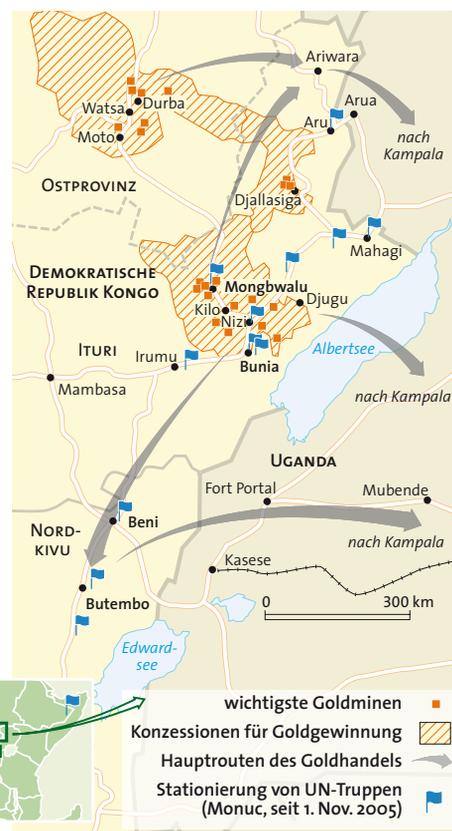
Die 1990er-Jahre waren im ostafrikanischen Seengebiet von schrecklichen Bildern geprägt. Die Plünderungen und Zerstörungen, die Ausbreitung bewaffneter Gruppen, der fortschreitende Verfall der Staaten schienen kein Ende zu nehmen. Doch jetzt ist ein Wendepunkt erreicht. Die Großmächte wollen nicht mehr zulassen, dass die Region zum Hinterland für terroristische Gruppen und Schmuggelringe wird, und übernehmen die Stabilisierungsbemühungen selbst. Die UNO engagiert sich in Burundi und in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo, früher Zaire), und die EU finanziert Wahlen und Entwicklungsprogramme. Auch Südafrika, das seine regionale Führungsrolle behaupten und für seine Bergbauindustrie neue Auslandsmärkte erschließen will, hat sich ganz bewusst in die Friedensverhandlungen in Burundi und der DR Kongo eingeschaltet.

Ruanda, das 1994 nach dem Völkermord am Boden lag, hat sich rasch wieder gefangen. Statt auf Hilfsaktionen angewiesen zu sein, setzt man heute auf Entwicklungsprogramme. Das früher zum französischen Einflussgebiet gehörende Land wird neuerdings stark von den Amerikanern und Briten unterstützt. Es hat sich eine neue Verfassung gegeben, in der jeglicher »Divisionismus«, also jeder Bezug auf ethnische Kriterien abgeschafft ist. 2004 wurde Paul Kagame mit 95 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Obwohl es formell ein Mehrparteiensystem gibt, regiert die Ruandische Patriotische Front (FPR) das Land mit eiserner Hand. So konnte Ruanda zwar eine politische Stabilisierung und ein zügiges Wirtschaftswachstum erreichen, aber zugleich mischt sich das Land permanent in die Politik der DR Kongo ein und beteiligt sich am hemmungslosen Raub der im

## ► Migration und Ökologie



## Der Faktor Gold ◀



Osteil des Nachbarlandes lagernden Bodenschätze (Gold, Zinn, Tantal).

Wie die Regierung in Ruanda verweist auch die in Uganda auf Rebellen Gruppen, die angeblich aus dem Kongo heraus operieren, um für sich ein Recht auf Einmischung in die Politik des Nachbarlandes zu reklamieren. Unter diesem Vorwand setzt Uganda seine Waffenlieferungen an Milizen auf kongolesischem Boden fort, damit es weiter die Bodenschätze, wie etwa das Gold der Provinz Ituri, ausbeuten kann.

Auch in Burundi liegt eine Verflechtung der Konflikte vor, weil die Hutu-Rebellen von der DR Kongo aus das Territorium von Burundi angriffen. Diese Hutu aus Burundi hatten sich den Hutu angeschlossen, die aus Ruanda geflüchtet waren, wo viele von ihnen an dem Genozid mitgewirkt hatten. In Verhandlungen unter der Schirmherrschaft Nelson Mandelas und danach Thabo Mbekis wurde Burundi gezwungen, eine Machtverteilung zwischen Hutu und Tutsi auszuhandeln. Die beinhaltet sogar die Gründung einer gemischten Armee, in der auch Kämpfer der ehemaligen Rebellen Gruppen dienen. Dank der Anwesenheit einer UN-Friedenstruppe konnten dann im Som-

mer 2005 die Kommunal- und Parlamentswahlen ungestört über die Bühne gehen. Die meisten Sitze errangen dabei die Forces pour défense de la démocratie (Kräfte für die Verteidigung der Demokratie), also die Bewegung, die 1993 nach der Ermordung von Präsident Melchior Ndaye, eines Hutu, durch Tutsi-Militärs den bewaffneten Kampf aufgenommen hatte.

In der DR Kongo, wo die 2003 offen gebliebene Machtfrage 2006 durch Wahlen geklärt werden soll, stellen sich schier unlösbare Aufgaben: Die im Lande stationierte 15.500 Mann starke Blauhelmsuppe (Monuc) ist mit einem Budget von über einer Milliarde Dollar die teuerste UN-Mission überhaupt. Die Organisation von Wahlen in einem Land, das so groß wie Westeuropa ist und über kein nennenswertes Verkehrs- und Kommunikationsnetz verfügt, ist ein logistischer Albtraum. Gleichwohl gibt es den konkreten Willen, dem kongolesischen Staat einen Neubeginn zu ermöglichen, der im Übrigen von allen Westmächten mitgetragen wird. Die Schreckensbilanz einer langen Reihe von Krisen und Kriegen hat die internationale Öffentlichkeit aufgerüttelt. Aber die westlichen Regierungen wün-

schon sich, auch angesichts der absehbaren Konkurrenz Indiens und vor allem Chinas, stabile politische Rahmenbedingungen für eine rationelle Ausbeutung der erheblichen Bodenschätze, bei der sie freilich mit der Konkurrenz Südafrikas rechnen müssen.

Die Stabilisierung des Kongo setzt allerdings die Befriedung der Ostprovinzen voraus. Doch dort stehen weiterhin Rebellen Gruppen, die von den Nachbarländern Ruanda und Uganda bewaffnet werden. Diese Gruppen können die Wahlen jederzeit behindern.

**WWW**

- Ausführliche Berichte auf deutsch
  - [www.kongo-kinshasa.de](http://www.kongo-kinshasa.de)
- Ökumenisches Netz Zentralafrika
  - [oenz.de](http://oenz.de)
- International Documentation Network on the Great African Lakes Region
  - [www.grandslacs.net/home.html](http://www.grandslacs.net/home.html)
- Great Lakes Center for Strategic Studies
  - [www.glcss.org](http://www.glcss.org)
- Beiträge zum Kongo der AG Friedensforschung der Uni Kassel
  - [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Kongo](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Kongo)
- Observatoire de l'Afrique centrale
  - [www.obsac.com](http://www.obsac.com)

Die Bodenschätze des Kongo ◀



# Ostafrika – von Darfur bis Somalia

*Der grausam eskalierte ethnische Konflikt im Westen des Sudan ist ohne internationale Vermittler nicht einzudämmen. Im Süden des Landes scheint hingegen eine innersudanesische Friedenslösung gefunden worden zu sein. Die Konflikte am Horn von Afrika sind von außen kaum zu beeinflussen.*

Der Krieg in Darfur begann mit der Bewaffnung irregulärer »Arabermilizen«, die von der sudanesischen Regierung in Khartoum gegen aufständische schwarzafrikanische Bauernstämme (Fur, Masalit, Zaghawa) im Westen des Landes mobilisiert wurden. Die Milizen betrieben eine regelrechte »ethnische Säuberung«, indem sie Dörfer überfielen und in Brand steckten. Die schreckliche

Bilanz sind bisher 200.000 Tote, 200.000 Flüchtlinge, die in den Tschad ausgewichen sind, und mehr als 2 Millionen Vertriebene – ein Drittel der Gesamtbevölkerung der Provinz – in provisorischen Lagern in Darfur selbst. Seit Sommer 2004 laufen in großem Maßstab internationale Hilfseinsätze, doch der Krieg geht weiter. Die UNO rief zunächst den Internationalen Strafgerichtshof an und delegierte dann das Krisenmanagement an die Afrikanische Union, die 6.000 Soldaten in die Region entsandte, allerdings ohne Kampfmandat. Die Soldaten mussten deshalb dem erneuten Aufblühen der Feindseligkeiten im Herbst 2005 ohnmächtig zusehen. Die Verhandlungen scheitern einerseits an der Unnachgiebigkeit Khartoums, andererseits an der Uneinigkeit der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung (Sudan Peoples Liberation Movement, SPLM), der wichtigsten Organisation der Aufständischen.

Bei der Frage der Aufteilung der Macht und der Ressourcen orientieren sich die Verhandlungsführer an dem Schema, das zur Beendigung des Kriegs im Südsudan geführt hat. Dort bemüht sich nach dem Tod von John Garang, dem historischen Chef der SPLM, dessen Nachfolger Salva Kiir, den Friedensvertrag vom Januar 2005 umzusetzen. Der hat dem nunmehr autonomen Südsudan eine anerkannte Regierung beschert, die in Juba sitzt. Aber auch

in Khartoum gibt es seitdem eine »Friedensregierung«, in der die SPLM mit der islamistischen Partei von Präsident al-Baschir zusammenarbeitet.

Der Frieden zwischen Nord und Süd bleibt jedoch zerbrechlich, zumal der Krieg in Darfur weitergeht und das Verhältnis zwischen den Regierungspartnern von Misstrauen geprägt ist. Zu Zusammenstößen kommt es häufig selbst noch in Khartoum, wo mehrere Millionen (christliche) Vertriebene aus dem Süden leben, die hier kein Wahlrecht haben und den islamischen Gesetzen unterworfen sind.

Die zweite offene Wunde in der Region ist der Grenzkonflikt zwischen Äthiopien und Eritrea. Nach dem von 1988 bis 2000 dauernden Krieg, der 70.000 Tote gefordert hatte, einigten sich beide Länder auf ein Schiedsverfahren beim Ständigen Schiedsgerichtshof in Den Haag. Doch eine Entscheidung vom 13. April 2002 wurde von Äthiopien nicht akzeptiert. Die Garantiemächte des Abkommens (UNO, USA, EU) wollten keine Lösung oktroyieren, und die Spannungen zwischen beiden Ländern verschärften sich immer mehr.

Das hatte vor allem für Eritrea gravierende Folgen. Präsident Isaya Afewerki hielt einen neuen Krieg für unvermeidlich und verwandelte sein autoritäres, gleichwohl populäres Regime 2001 in eine strenge

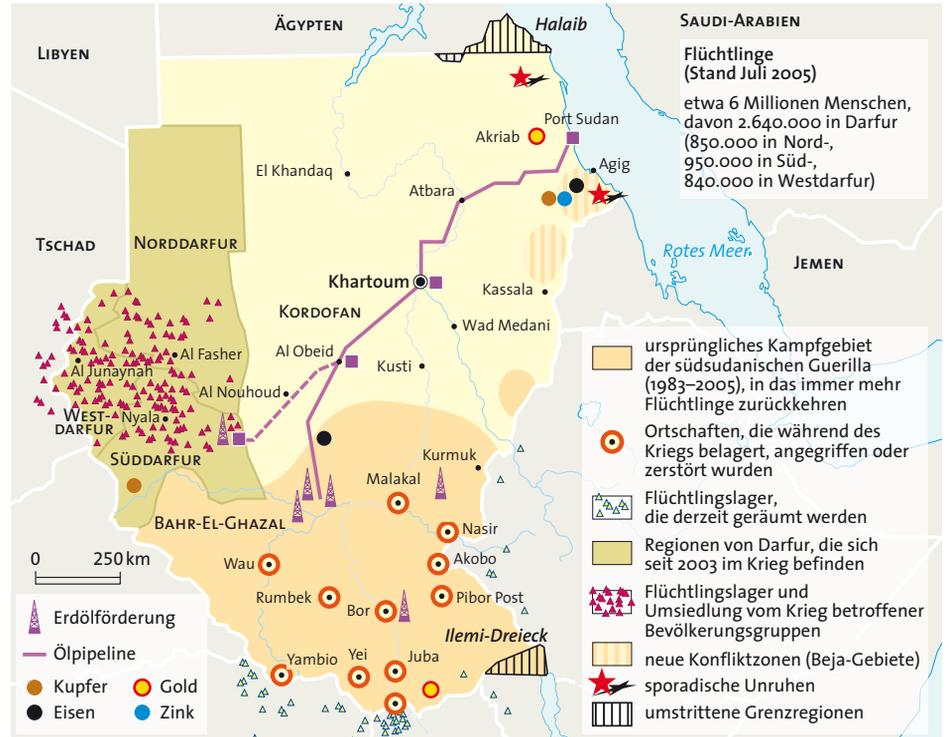
► Die Grenze zwischen Äthiopien und Eritrea bleibt umstritten



Diktatur. Die Jugendlichen wurden zu permanentem Militärdienst verpflichtet, Oppositionelle ins Gefängnis geworfen, alle unabhängigen Presseorgane und Organisationen verboten. Die militarisierte Wirtschaft hat das Land ausgeblutet und extreme Spannungen produziert. Außenpolitisch wirft die Regierung der internationalen Gemeinschaft und speziell UN-Generalsekretär Kofi Annan eine Komplizenschaft mit dem äthiopischen Regierungschef Meles Zenawi vor.

Äthiopien ist seit den Anschlägen vom 11. September 2001 der wichtigste Partner der USA in der Region. Doch als im Mai 2005 die ersten freien Wahlen abgehalten wurden, musste die aus der Befreiungsbewegung hervorgegangene Regierungspartei EPRDF (Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front) schockiert feststellen, dass die Opposition gewonnen hatte. Daraufhin beging das Regime eine skrupellose Wahlfälschung und sprach sich selbst zwei Drittel der Sitze zu. Proteststreiks und friedliche Demonstrationen der Opposition wurden blutig unterdrückt, die Anführer des Oppositionsbündnisses CUD (Coalition for Unity and Democracy) verhaftet.

Somalia ist auch fünfzehn Jahre nach dem Sturz der Regierung von Siad Barre ein zerrissenes Land ohne Zentralstaat. Schon über ein Dutzend Male ist der Versuch gescheitert, eine neue Regierung zustande zu bringen. Der neueste, von der UNO unterstützte Versuch konzentriert sich auf den starken Mann der Region Puntland, den von Äthiopien unterstützten Abdullahi Yussuf. Doch dem ist es nicht gelungen, seine Residenz in die Hauptstadt Mogadischu zu verlegen, denn dort haben inzwischen die Islamis-



Krieg und Hunger im Sudan ◀

ten die Macht übernommen. Innerhalb der Herrschaftsgebiete der jeweiligen Clans scheint das Alltagsleben nicht sonderlich unter dem Fehlen einer Zentralgewalt zu leiden. An der Küste hat allerdings die Piraterie beunruhigende Dimensionen angenommen.

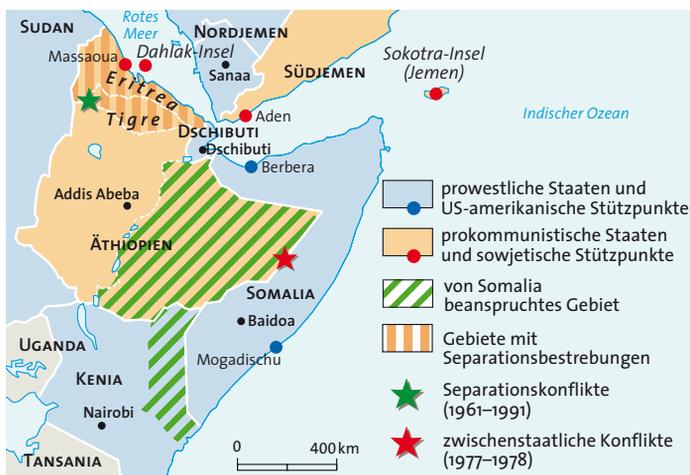
Im Vergleich zu Somalia sind die beiden Ministaaten der Region wahre Inseln des Friedens. Im international nicht anerkannten Somaliland hat die Opposition ihre Niederlage bei den Wahlen von 2005 sportlich genommen, was in Afrika eine seltene Ausnahme ist. Und Dschibuti lebt

– inmitten seiner unruhigen Umgebung wie das stille Auge des Zyklons – von seinem Hafen. Der dient nicht nur Äthiopien als einziger Zugang zum Meer, sondern beherbergt auch zwei große Militärstützpunkte, von denen der eine Frankreich und der andere den USA gehört.

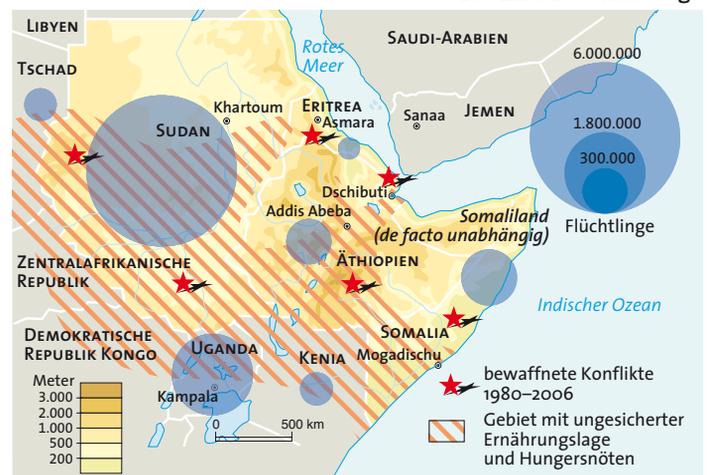
**WWW**

- AG Friedensforschung der Uni Kassel
- [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/chronik/Welcome.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/chronik/Welcome.html)
- ausführliche Dokumentation des Konflikt zwischen Eritrea und Äthiopien
- [www.dehai.org/conflict](http://www.dehai.org/conflict)

► Das Horn von Afrika seit 1977



Die Last der Flüchtlinge ◀



# Kolumbien: Paramilitärs und Guerilla

*Obwohl er mit den rechtsextremen paramilitärischen Terrorgruppen bereits verhandelt hat, weigert sich der kolumbianische Präsident Uribe, einen Dialog auch mit den wichtigsten Organisationen der oppositionellen Guerilla zu beginnen. Die USA unterstützen diese einseitige Politik.*

Kolumbien bietet nach einem über Jahrzehnte andauernden inneren Krieg eine trostlose Bilanz: 3,5 Millionen Binnenvertriebene, 8.000 Morde mit politischem oder sozialem Hintergrund, hunderte spurlos Verschwundene. Die Regierung kontrolliert zwar Bogotá und die großen Städte, doch die ländlichen Gebiete sind in eine Vielzahl von Einflusszonen aufgespalten. Hier haben entweder Guerillabewegungen das Sagen, also die Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens, Farc) und die Ejército de Liberación Nacional (Nationale Befreiungsarmee, ELN), oder die rechtsextremen para-

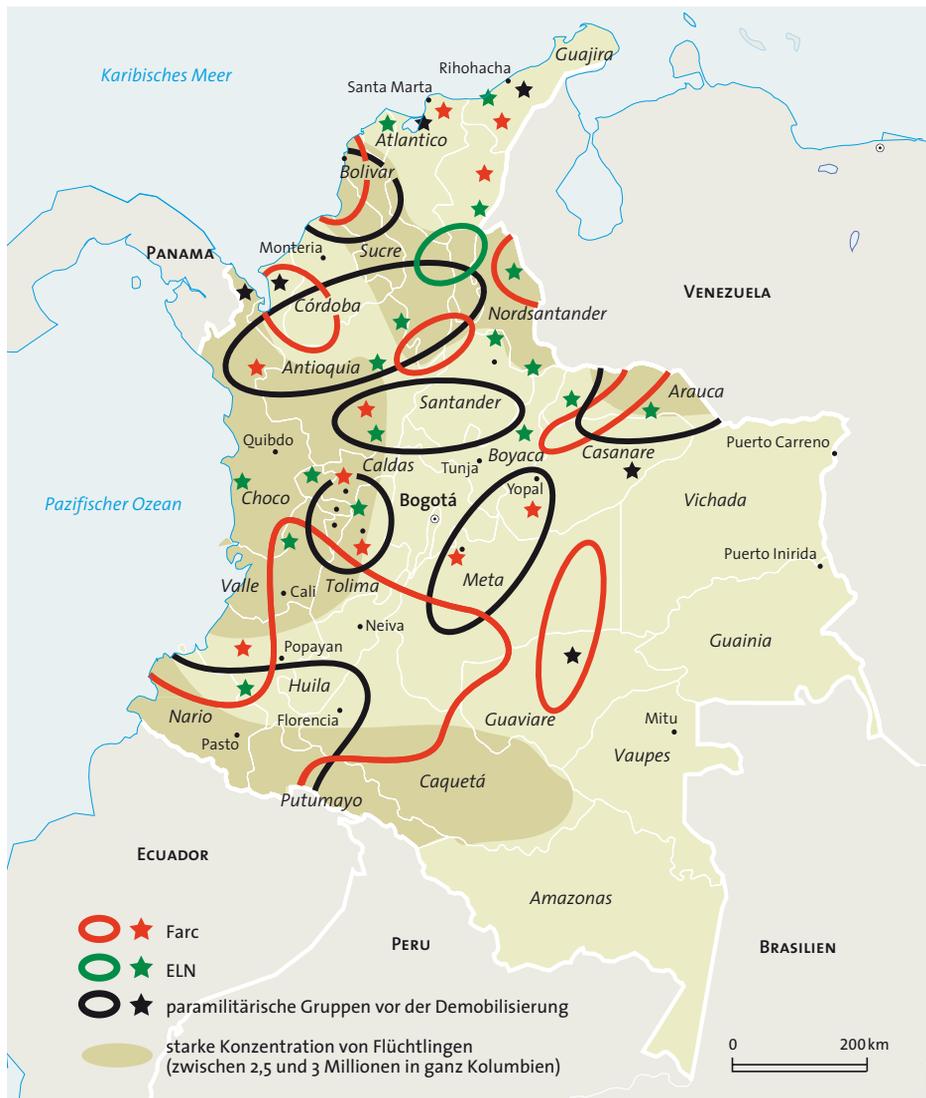
mitärischen Gruppen, die AUC (Autodefensas Unidas de Colombia, also Vereinigte Bürgerwehren Kolumbiens). Gleichwohl spricht Präsident Uribe nicht von einem bewaffneten Konflikt, für ihn gibt es nur den »Terror der Guerilla«, weshalb er sich auch nicht an internationale humanitäre Vereinbarungen gebunden fühlt

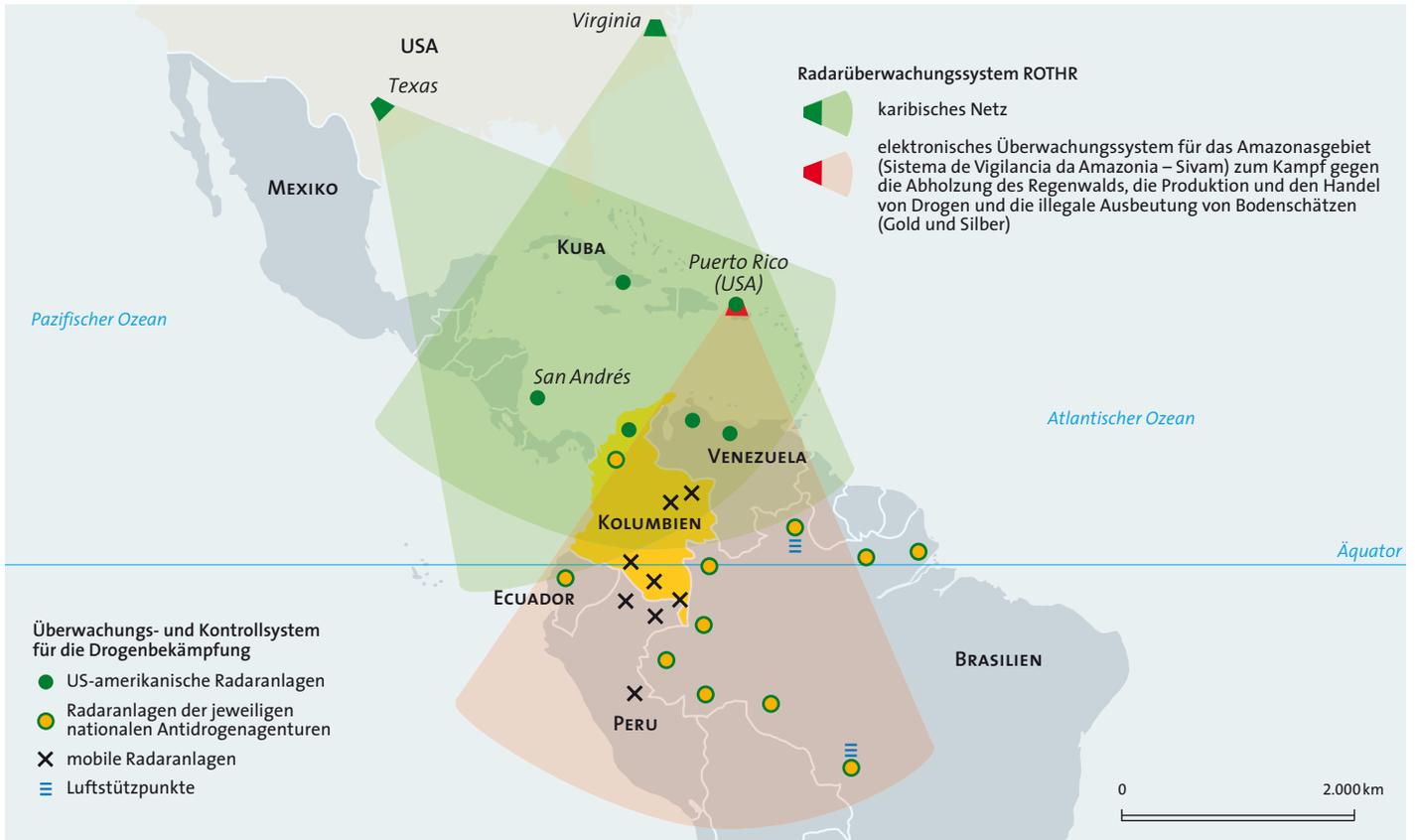
Álvaro Uribe war als Vertreter einer harten Linie an die Macht gelangt und wollte »mit dem Krieg Schluss machen«, ohne mit der bewaffneten Opposition zu reden. Doch er hat sein Ziel trotz massiver Hilfe der USA nicht erreicht. Im Zeitraum von sechs Jahren erhielt Bogotá im Rahmen des Kolumbienplans US-Militärhilfe im Wert von über 3,6 Milliarden Dollar. Dieser Plan war angeblich zur Bekämpfung des Drogenhandels gedacht, in Wirklichkeit war das Ziel, die Guerilla aufzureiben. Dazu lieferten die USA nicht nur Ausrüstung und Waffen, sondern bildeten auch neue Elitebataillone aus. Zusätzlich entsandte das Regionalkommando Süd der US-Streitkräfte 800 Militärberater in das Andenland, zu denen noch einmal 600 Mann von privaten Militärdienstleistern kamen. Seit März 2004 sind 18.000 kolumbianische Soldaten unter der Führung ihrer US-Militärberater im Einsatz.

Diese »Operation Patriot« ist die bislang umfangreichste Offensive gegen die Farc überhaupt. Ihre Hauptstoßrichtung geht gegen die Provinzen im Süden (Caquetá, Meta, Guaviare und Putumayo), wo die südlichen und östlichen Formationen der Farc operieren. Aber auch die Einrichtung imposanter ausgerüsteter Armeebasen und die Intensivierung der Antiguerillaeinsätze konnten nicht verhindern, dass die Farc nach einem »strategischen Rückzug« seit Februar 2005 wieder eine Reihe mörderischer Offensiven startete.

Ein ähnliches Konzept verfolgte die »Operation Escudo« mit der Entsendung von Truppen in die Provinzen Arauca und Norte de Santander, entlang der Grenze zu Venezuela, die im Übrigen Irritationen in Caracas auslöste. Diese Politik der »demokratischen Sicherheit«, die den Konflikt nicht im mindesten zu lösen vermochte, bedeutet eine schwere Belastung für die Bevölkerung. In ihrem Namen werden zum Beispiel die sozialen Bewe-

► Ein umkämpftes Land





Ein überwachtes Land ◀

gungen und die Gewerkschaften unterdrückt, wurde ein Spitzelnetz mit über einer Million Informanten gegründet, werden zehntausende »Bauernsoldaten« rekrutiert und so genannte Umerziehungszonen eingerichtet, die von Militärs verwaltet werden und in denen die Bürgerrechte nur eingeschränkt gelten.

► Die Kokaregionen



Gespräche mit den Guerillaorganisationen lehnt die Regierung ab. Hingegen verhandelt sie seit Dezember 2002 mit den Paramilitärs, die sich als Hilfskräfte des Staates begreifen und enge Verbindungen zur Armee, zu den Großgrundbesitzern und insbesondere zur Drogenmafia unterhalten. Als das kolumbianische Repräsentantenhaus im Juni 2005 das »Gesetz für Gerechtigkeit und Frieden« verabschiedete, waren 4.000 Mitglieder der paramilitärischen Gruppen trotz fehlender gesetzlicher Regelung bereits demobilisiert.

Dieses Gesetz wurde sowohl von den Menschenrechtsorganisationen als auch von den Vereinten Nationen kritisiert, da es das Problem des Drogenhandels auspart, die großen Vermögen der am Drogengeschäft beteiligten Kriegsherren legalisiert und für tausende von Verbrechen des AUC Straflosigkeit bedeutet. Nach Angaben der kolumbianischen Juristenkommission kamen allein in der Zeit zwischen Dezember 2002 und Juni 2005 – als die »Friedensverhandlungen« in vollem Gange waren – etwa 1.900 Tote

und Verschwundene auf das Konto der AUC. Im Übrigen behalten die Paramilitärs, und zwar die aktiven wie die »demobilisierten«, in gut jeder dritten Kommune des Landes ihren Einfluss auf das politische, soziale und wirtschaftliche Geschehen – dank vielfältiger Druckmittel, die ihnen mit ihren lokalen Herrschaftsinstrumenten und mafiosen Befehlsstrukturen zur Verfügung stehen. Mit solchen Methoden dürften sie auch maßgeblich zur Wiederwahl von Präsident Uribe im Mai 2006 beigetragen haben, der dank einer Verfassungsänderung ein weiteres Mal kandidieren konnte.

WWW

- Einführend, auf englisch, »Drugs and Conflict in Columbia« beim Transnational Institute
- [www.tni.org](http://www.tni.org)
- Colombia Support Network
- [www.colombiasupport.net](http://www.colombiasupport.net)
- Material der AG Friedenspolitik
- [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Kolumbien/Welcome.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Kolumbien/Welcome.html)
- Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien
- [www.kolumbien-aktuell.ch](http://www.kolumbien-aktuell.ch)
- Alternativer Informationsdienst »Rebelión« (spanisch)
- [www.rebelion.org/plancolumbia.htm](http://www.rebelion.org/plancolumbia.htm)

# Abhängige Gebiete, letzte Kolonien

*Heute existieren nur noch sechzehn Kolonien. Außer diesen Territorien gibt es noch die über die Welt verstreuten »Krümel« der alten Kolonialreiche. Sie dienen entweder als strategisch wichtige Militärbasen oder als diskrete Finanzplätze und Steuerparadiese. Hier leben mehr als 10 Millionen Menschen.*

Seit 1945 führen die Vereinten Nationen ein Verzeichnis aller abhängigen Gebiete und Territorien. Darin waren bis Ende der 1950er-Jahre noch bis zu hundert Territorien aufgelistet, nach der Entkolonialisierungswelle zwischen 1960 und 1980 blieben davon nur noch sechzehn übrig.

Von der Fläche her ist die von Marokko okkupierte Westsahara das bei weitem größte der verbleibenden Gebiete und das einzige, das in Afrika liegt. Zehn dieser Territorien mit insgesamt 220.000 Einwohnern sind von Großbritannien abhängig: in der Karibik die Inseln Anguilla, Bermuda, Kaiman, Turks und Caicos sowie die Britischen Jungferninseln; im Südatlantik Sankt Helena und die Falklandinseln (von den Argentinern, die sie beanspruchen, Malvinas genannt).

Unter US-amerikanischer Verwaltung leben insgesamt 320.000 Personen, und zwar auf den Jungferninseln in der Karibik (eine wichtige Anlaufstation für Kreuzfahrtschiffe), auf Guam (eine wichtige Militärbasis) und auf Samoa im Pazifik (das von der Thunfischverarbeitung lebt). Frankreich besitzt noch die Verwaltungshoheit über Neukaledonien (mit wichtigen Nickelvorkommen), das sich nach den Verträgen von Nouméa (1998) allerdings in einem Übergangsstatus befindet.

Seit der Unabhängigkeit von Namibia (1990), Eritrea (1993) und Osttimor (2001) ist es um das zuständige Special Commit-

tee of 24, das seit Anfang der 1960er-Jahre existiert und den Entkolonialisierungsprozess begleiten sollte, sehr geworden. Obwohl die Vereinten Nationen zu Beginn des dritten Jahrtausends ein zweites Jahrzehnt der Entkolonisierung ausgerufen haben, beschränkt sich das Komitee im Wesentlichen darauf, sich für die größtmögliche Integration der noch abhängigen Territorien in ihre regionale Umgebung einzusetzen.

Viele Inseln und Territorien – insbesondere französische – wurden dem wachsenden Auge der UN entzogen, indem man einfach ihren Status änderte. Die französischen Kolonien in den Antillen und im Indischen Ozean – Réunion, Martinique, Guadeloupe und Guayana, mit insgesamt 1,7 Millionen Einwohnern – wurden bereits 1946 zu Überseeprovinzen (Départements d'outre mer, DOM). Mayotte im Komorenarchipel strebt denselben Status an. Diese Inseln sind heute als »ultraperiphere Regionen« in die Europäische Union integriert, womit sie denselben Status haben wie die Azoren und Madeira (portugiesisch) und die Kanarischen Inseln (spanisch).

► Die Karibik Europas und der USA

